

## **HABERMAS' THEORETISCHES MODELL DELIBERATIVER KOMMUNIKATION**

---

Die Diskurstheorie von Habermas geht vom Begriff des kommunikativen Handelns aus und unternimmt den Versuch, eine Brücke von der Frage der sozialen Integration von Gesellschaften über die als kommunikatives Netzwerk gefasste Öffentlichkeit bis hin zur Frage der demokratischen Gestaltung des politischen Systems zu schlagen. Die Kommunikationstheorie ist dabei in den Kern der Theorie eingebaut, so dass die gesamte Demokratietheorie auf ihr beruht.<sup>1</sup>

Im Folgenden wollen wir zunächst diesen Aufbau der Theorie nachvollziehen, ausgehend von der allgemeinen Ebene der Demokratietheorie hin zum Begriff des Diskurses und seiner kommunikationstheoretischen Ausgestaltung. Dabei geht es zunächst um eine reine Darstellung der in der Theorie angelegten Zusammenhänge. Erst im Anschluss erfolgt eine kritische Diskussion insbesondere der kommunikationstheoretischen Grundlagen der Diskurstheorie.

### **Deliberative Demokratie**

Demokratiethorien beschreiben grundlegend die Beziehungen zwischen Bürgern und Staat unter dem Aspekt der Regelung von Herrschaft. Ausgehend von der Grundannahme, dass Demokratie Herrschaft des Volkes, Herrschaft durch das Volk und Herrschaft für das Volk bedeutet (Abraham Lincoln), kommt der Frage der Legitimation der Herrschaft, also

---

1 Die Gesellschaftstheorie fußt demgegenüber noch auf weiteren Annahmen, etwa der Spaltung der Gesellschaft in System- und Lebenswelt.

der Rückbindung an das Volk, entscheidende Bedeutung zu. Während dieser Ausgangspunkt von allen Demokratietheorien geteilt wird, unterscheiden sie sich in der Frage, wie die Beziehungen zwischen den Herrschenden-Beherrschten und ihren Beherrschten-Herrschern gestaltet sein sollten, also zwischen Gesellschaft und Staat.

Mit dem Begriff der deliberativen Demokratie hat Jürgen Habermas in dieser Diskussion einen eigenen Akzent gesetzt. Für unsere Fragestellung ist diese Demokratietheorie besonders interessant, da sie konsequent von einer kommunikativen Konstitution von Gesellschaft ausgeht, Öffentlichkeit als intermediäre Ebene zwischen Gesellschaft und Staat konzipiert und innerhalb der Öffentlichkeit dem Diskurs eine zentrale Rolle als Medium der Meinungs- und Willensbildung zuschreibt. In der internationalen Diskussion gilt die Theorie der deliberativen Demokratie heute als die am stärksten rezipierte und anerkannte Demokratietheorie, die mit ihrem sozialtheoretischen Kern die Diskussion in verschiedenen geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen – von der Philosophie über die Geschichtswissenschaft bis zur Politikwissenschaft und Soziologie – beeinflusst und befruchtet hat. Sie stellt daher den Ausgangs- und Reibungspunkt unserer Analyse von Online-Deliberation dar. Im Folgenden soll zunächst die Theorie der deliberativen Demokratie im Kontext liberaler<sup>2</sup> und republikanischer Demokratiekonzepte dargestellt werden, bevor die drei grundlegenden Merkmale der Theorie, die kommunikative Konstitution von Gesellschaft und Staat, der Begriff der Öffentlichkeit und die Theorie des Diskurses im Einzelnen dargestellt und diskutiert werden.

Der Demokratietheorie geht es zum einen grundlegend um die Konstitution des Politischen, also die Selbstverständigung der Gesellschaft als Akteur und Gegenstand politischer Herrschaft, zum anderen aber auch um den Prozess des Politischen, also die konkret ablaufenden Verfahren der Vorbereitung, Findung und Durchsetzung von politischen Entscheidungen. Die Theorie der deliberativen Demokratie ist dabei als Gegenmodell zum liberalen und republikanischen Modell der Demokratie zu sehen. Dem liberalen Verständnis stellt sich die Gesellschaft als eine Aggregation von individuellen Akteuren dar, die ihre Interessen verfolgen, typisch also als Wirtschaftsgemeinschaft, da für die politische

---

2 »Liberal« bezeichnet dabei diejenige Tradition des politischen Denkens, die sich auf John Locke und die Vorstellung eines vor-gesellschaftlich konstituierten Individuums beruft. In der amerikanischen Diskussion bezieht sich »liberal« zum Teil auf andere, insbesondere dem Kommunitarismus und dem konservativen Denken entgegengesetzte Theorien, z. B. von John Rawls oder Richard Dworkin, die hier jedoch nicht gemeint sind. Bei dieser Abgrenzung folgen wir Habermas 1992a: 359, FN 10.

Frage der Ordnung des Gemeinwesens von den rein privaten Interessen abgesehen werden kann (zugleich ist diese Trennung der Sphäre des Privaten vom Öffentlichen ein wesentliches Merkmal des liberalen Modells, aus dem sich die Grenzen des Politischen erst ergeben). Der Staat tritt der Gesellschaft in dieser Perspektive entgegen als etwas Äußeres, er muss sich für alle Eingriffe in die Gesellschaft rechtfertigen und kann dies nur insoweit, als er dafür die Zustimmung der Bürger erhält. Im republikanischen Modell ist die Konstitution des Politischen dagegen eine unmittelbare Leistung der Gesellschaft, der Staat ist nur Ausdruck des allgemeinen Willens des Volkes und geht in diesem auf. Auch in diesem Modell ist der Staat insofern eng an die gesellschaftliche Sphäre gekoppelt, als er nur legitime Macht beanspruchen kann, wenn er sich als Ausdruck des allgemeinen Willens offenbart und diesem in seinen Entscheidungen zur Durchsetzung verhilft. Umgekehrt unterläuft diese Sichtweise die Trennung von privater und öffentlicher Sphäre, da der Einzelne immer als politisches Subjekt betrachtet wird, das teil hat am gemeinsamen Ganzen.

Auch was den politischen Prozess angeht, ergeben sich aus diesen Modellen unterschiedliche Vorschläge. Für das liberale Modell kommt dem politischen Prozess vor allem die Aufgabe der Entscheidungsfindung und der anschließenden Kontrolle der politischen Entscheidungen zu. Das liberale Modell geht diesbezüglich von der Vorstellung aus, dass die Akteure ihre jeweiligen Interessen selbständig ausbilden und es im politischen Prozess dann vor allem darum geht, eine Abstimmung über diese zu erreichen. Die Abstimmung, also das Auszählen der unterstützenden Stimmen für unterschiedliche Optionen, stellt den bevorzugten Modus der Entscheidungsfindung im liberalen Modell dar. Der Staat kann daher als von der Gesellschaft weitgehend abgetrenntes System vorgestellt werden, dem die politischen Funktionen übertragen sind und das zugleich durch die Verfassung in seiner Reichweite eng begrenzt wird. Andere Formen der politischen Kommunikation, etwa Diskussionen, dienen vor allem der Information der Akteure über die verfügbaren Optionen und die jeweils daraus resultierenden Konsequenzen. Hier ist auch die Rolle der Öffentlichkeit zu sehen, der eine große Bedeutung für die Demokratie zugewiesen wird. Die Vorstellung eines Konsenses unter den Beteiligten am politischen Prozess wird jedoch als eher abwegig und empirisch selten vorkommend angesehen.

Im republikanischen Modell dagegen spielt die Öffentlichkeit vor allem als Ort der Selbstverständigung der Gesellschaft eine Rolle. Da das Volk selbst der Souverän ist, besteht die Aufgabe des politisch-administrativen Systems vor allem in der Formulierung und Umsetzung von Entscheidungen, die aus dem Volk als allgemeiner Wille hervorgehen.

Der Staat als bürokratisch verselbständigter Apparat wird jedoch als Fremdkörper in einer bereits politisch konstituierten Gesellschaft angesehen. Öffentlichkeit ist auch hier nicht die Sphäre, in der Konflikte zwischen Interessen und Sichtweisen ausgetragen werden, sondern dient zum einen – mit Wirkung auf die Entscheidungsträger – der Bekanntgabe des politisch Gewollten, zum anderen – mit Wirkung zurück auf das Volk – der rituellen Selbstvergewisserung auf dem Weg der Inszenierung der eigenen Souveränität. Konsens wird in diesem Modell also immer schon vorausgesetzt, die Aufgabe von politischer Kommunikation ist auch hier nicht die Diskussion, sondern die (Selbst-)Darstellung von politischen Handlungen.

Das Modell der deliberativen Demokratie steht zwischen diesen beiden Demokratiemodellen. Gesellschaft ist in diesem Modell nicht als unpolitisch konzipiert wie im liberalen Modell, auch nicht als durchgängig politisch, wie im republikanischen. Vielmehr konstituiert sich die Gesellschaft zum Teil als politische, und zwar in der Zivilgesellschaft, also in Form von spontanen Assoziationen, die die Funktion der Artikulation von politischen Interessen und Optionen übernehmen und im Medium der Öffentlichkeit agieren. »Dem Diskursbegriff der Demokratie entspricht hingegen das Bild einer dezentrierten Gesellschaft, die allerdings mit der politischen Öffentlichkeit eine Arena für die Wahrnehmung, Identifizierung und Behandlung gesamtgesellschaftlicher Probleme ausdifferenziert« (Habermas 1996b: 291).

In ähnlicher Weise stellt die deliberative Theorie den Staat als politisches System vor, das in seinem Kern einer eigenen Logik folgt und relativ autonom von der Gesellschaft ist, was sich etwa im Modus der Entscheidung zeigt, die im politischen System getroffen wird, aber weit darüber hinaus Geltung erlangt. Zugleich ist der Staat, sind politische Entscheidungen aber inhaltlich bzw. programmatisch insofern an die Gesellschaft rückgebunden, als sie nur die Institutionalisierung von Formen der politischen Meinungs- und Willensbildung darstellen, die grundlegend in der Gesellschaft verankert sind. In jedem seiner einzelnen Schritte verdankt sich der staatlich institutionalisierte politische Prozess also dem politischen Willen der Gesellschaft, den er zu berücksichtigen und dem er Ausdruck zu verleihen hat. Die Rolle des Staates ist die Umwandlung der kommunikativ erzeugten Macht der Öffentlichkeit in administrative Macht. Dabei ist er zwar der Gesellschaft als unabhängig gegenübergestellt, aber durch die Einbettung in den politischen Prozess an diese gebunden. »Die nach demokratischen Verfahren zu kommunikativer Macht verarbeitete öffentliche Meinung kann nicht selber ›herrschen‹, sondern nur den Gebrauch der administrativen Macht in bestimmte Richtungen lenken« (Habermas 1992a: 364).

Die Implikationen des deliberativen Modells im Einzelnen sollen an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden. Vielmehr soll auf die theoretischen Grundlagen dieses Modells näher eingegangen werden, die seine Besonderheit deutlich werden lassen. Wie erwähnt, handelt es sich dabei erstens um die Ansicht, dass Kommunikation die Grundlage der Gesellschaft bildet und auch den Ausgangspunkt einer Gesellschaftstheorie bilden sollte. Zweitens geht es um die Bedeutung der Öffentlichkeit, die Habermas' Theorie als intermediäre Ebene zwischen der Gesellschaft und dem Staat konzipiert. Schließlich ist als für die vorliegende Untersuchung wesentliches Element der Begriff des Diskurses als zentrales Medium der Meinungs- und Willensbildung zu diskutieren.

## **Die Gesellschaftstheorie und ihr kommunikationstheoretisches Fundament**

Gesellschaftstheoretisch knüpft Habermas zum einen an bereits seit langem bestehende Entwicklungen der Soziologie an, zum anderen vollzieht er mit der »kommunikativen Wende« eine Neuausrichtung der soziologischen Theorie, die bis heute folgenreich ist. Er setzt den Begriff der Kommunikation als grundlegenden Mechanismus der Integration von Gesellschaft ein, wobei er sich auf Vorarbeiten insbesondere Meads stützen kann. Kommunikation bleibt bei Habermas zwar Handlung und sein Theorieentwurf handlungstheoretisch fundiert (im Unterschied zur Gegenüberstellung von Handlung und Kommunikation und gleichzeitiger Bevorzugung der Kommunikation bei Niklas Luhmann). Doch im Gegensatz zu Gesellschaftstheorien, die in den sozialen Strukturen die Grundlage der Gesellschaft und ihrer integrativen Funktion sehen, setzt Habermas mit dem Begriff der Kommunikation an die erste Stelle einen Prozess, der sich notwendigerweise zwischen Akteuren vollzieht und nicht auf individuelles Handeln reduziert werden kann. Als intersubjektives Phänomen integriert Kommunikation die sozialen Akteure in die Gesellschaft.

Dennoch, und darin liegt die Kontinuität und der Anschluss an Autoren wie Weber und Parsons, versteht Habermas die moderne Gesellschaft als ausdifferenziert in unterschiedliche, gegenüber der übrigen Gesellschaft verselbständigte Handlungsbereiche. Er geht dabei von einer Zweiteilung der Gesellschaft in diese Handlungssphären, die Systeme, einerseits und einen Restbereich nicht-ausdifferenzierter Handlungen, die Lebenswelt, andererseits aus. Diese Zweigesichtigkeit von Gesellschaft kommt in Habermas' Vorschlag zur Geltung, wonach Gesellschaften »*systemisch stabilisierte* Handlungszusammenhänge *sozial integrierter* Gruppen darstellen« (Habermas 1981b: 228, Hervorh. im

Orig.). Es gibt also eine Parallelität von gesamtgesellschaftlicher Integration, die durch den kommunikativen Prozess geschaffen wird, und systemischer Ausdifferenzierung von Handlungsbereichen: Gesellschaft als System und Lebenswelt.

In Bezug auf den Bereich der Politik wurde bereits darauf hingewiesen, dass Habermas den Staat nicht als in der Gesellschaft aufgehend betrachtet, sondern ihn dieser gegenüberstellt sieht, zumindest insofern, als der Staat bestimmte Handlungen, nämlich das Treffen kollektiv verbindlicher Entscheidungen, für die Gesellschaft und ihre Akteure übernimmt. Das politische System insgesamt stellt bei Habermas ein »systemisch stabilisiertes Handlungssystem« dar, das sich aus den übrigen Handlungsbereichen ausdifferenziert hat. Ihm gegenüber steht die Zivilgesellschaft, die einen besonderen Status hat. Es handelt sich bei ihr um den politischen Bereich der alltäglichen Lebenswelt. Mit der Zivilgesellschaft sind all diejenigen Akteure und Handlungen umgrenzt, die zwar politisch agieren, aber nicht dem politischen System zuzuordnen sind, sondern in den Bereich der Lebenswelt fallen. Dazu gehören Gruppierungen wie die Kirchen und Gewerkschaften, aber auch spontanere Assoziationen wie soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen etc. Der wesentliche Unterschied zwischen deren politischem Auftreten und dem von politischen Akteuren im engeren Sinn liegt für Habermas in der Grundlage ihres Handelns. Während das politische System einer spezifischen Logik folgt und aus dieser heraus handelt, unterliegt die Zivilgesellschaft der übergreifenden Handlungslogik der alltäglichen Lebenswelt und ist daher in gewisser Weise frei von den Normen, Interessen und Zwängen der Politik.

Zur Systemwelt zählt Habermas all jene Phänomene der sozialen Koordination, die sich nicht als Folgen der Intention von Handelnden erklären lassen. Die systemische Ordnung von Handlungszusammenhängen erfolgt nicht bewusst, sondern unterhalb der Schwelle der Aufmerksamkeit der Teilnehmer an einem solchen Handlungszusammenhang. Das wohl charakteristischste Beispiel für einen systemischen Handlungszusammenhang ist die Wirtschaft, in der die »unsichtbare Hand des Marktes« (Adam Smith) als unbewusster Mechanismus zur effizienten Allokation der Güter führt. Der Mechanismus ist nicht allein nicht-intentional, er beruht auch auf einer bestimmten Form nichtsprachlicher Kommunikation, auf Medien, die Koordinationsleistungen erbringen (in diesem Fall Geld).

»Moderne Gesellschaften erreichen, wie wir sehen werden, eine Ebene der Systemdifferenzierung, auf der autonom gewordene Organisationen über entsprechende Kommunikationsmedien miteinander in Verbindung stehen. Diese

systemischen Mechanismen steuern einen von Normen und Werten weitgehend abhängigen sozialen Verkehr, nämlich jene Subsysteme zweckrationalen Wirtschafts- und Verwaltungshandelns, die sich nach Webers Diagnose gegenüber ihren moralisch-praktischen Grundlagen verselbständigt haben« (Habermas 1981b: 230).

Die Systemwelt umfasst also nicht allein die Mechanismen der Handlungskoordination, sondern auch die zugehörigen Institutionen und Organisationen, die das Wirken dieser Mechanismen auf Dauer stellen und ermöglichen. Dabei sind die systemischen Mechanismen der Koordination den intentionalen gegenüber vorrangig.<sup>3</sup>

Das Neue an dieser Sichtweise ist nicht, dass Habermas diese Ausdifferenzierung konstatiert. Sie findet sich bei den soziologischen Klassikern und ihren Zeitdiagnosen zur modernen Gesellschaft durchgehend, wie ja auch der Verweis auf Weber im obigen Zitat verdeutlicht. Zwar grenzt sich Habermas durch die Ausweisung einer eigenen systemischen Sphäre von seinen Vorgängern ab. Doch mit Parsons hatte die Soziologie bereits eine überzeugende Ausarbeitung einer systemtheoretischen Gesellschaftstheorie erfahren, der Habermas, im Unterschied zu Luhmann mit seiner späteren autopoietischen Interpretation der Systemtheorie, keine neue, eigene Prägung hinzufügt.

Neu an Habermas' Analyse im Gegensatz zur Systemtheorie ist vielmehr, dass er dem systemisch ausdifferenzierten Bereich der Gesellschaft eine undifferenzierte, durch einen besonderen Modus der Kommunikation geprägte Lebenswelt gegenüberstellt.<sup>4</sup> Mit dem Begriff der Lebenswelt hält Habermas an einem sozusagen vormodernen Lebenszusammenhang der sozialen Akteure fest, der in vielen Analysen der modernen Gesellschaft zugunsten der systemisch ausdifferenzierten Bereiche als verloren oder zumindest stark eingeschränkt gilt. Aufbauend auf Husserls Lebensweltanalysen und Schütz' Phänomenologie räumt Habermas der Lebenswelt den Status eines stets gegenwärtigen und selbstverständlichen Horizonts des kommunikativen Handelns ein. Analog zur Bewusstseinsphilosophie ist mit dem Bild des »Horizonts« zum einen ein unveränderliches, immer präsentes Moment beschrieben, zum anderen aber auch eine Standortabhängigkeit der Lebenswelt. Die Lebenswelt ist zwar transzendental, insofern sie auf Kultur und Sprache beruht. Sie ist aber gleichzeitig konkret, insofern sie als Kontext von Situationen

3 Dies ergibt sich zumindest aus Habermas' Ausführungen, wenn er die systemische Integration von Gesellschaft als »durch die Handlungsorientierungen hindurchgreifende« Form beschreibt (Habermas 1981b: 179).

4 Luhmann dagegen fordert dazu auf, die »Prämisse der »Intersubjektivität« bzw. des Konsenses [...] schlicht« aufzugeben (Luhmann 1997: 874).

handlungsorientierende Relevanz erlangt. Mittels ihres doppelten Charakters von konkreter Situationsdetermination und unbewusster Hintergrundstrukturierung stellt die Lebenswelt Bedeutungszusammenhänge her zwischen kommunikativen Äußerungen, dem unmittelbaren Kontext und ihrem konnotativen Bedeutungshorizont (vgl. Habermas 1981b: 190).

Im sozialen Aufeinandertreffen von Akteuren wird die Homogenität bzw. Divergenz der Lebenswelt sichtbar in Form von gelingender Kommunikation bzw. von Missverständnissen.

»Die Lebenswelt ist gleichsam der transzendente Ort, an dem sich Sprecher und Hörer begegnen; wo sie reziprok den Anspruch erheben können, dass ihre Äußerungen mit der Welt (der objektiven, der sozialen oder der subjektiven Welt) zusammenpassen; und wo sie diese Geltungsansprüche kritisieren und bestätigen, ihren Dissens austragen und Einverständnis erzielen können« (Habermas 1981b: 192).

Als ein solcher Ort ist sie den kommunikativ Handelnden allerdings nur punktuell verfügbar, denn: »Nur die begrenzten Ausschnitte der Lebenswelt, die in einen Situationshorizont hineingezogen werden, bilden einen thematisierungsfähigen Kontext verständigungsorientierten Handelns [...]« (Habermas 1981b: 189). Kommunikation beruht auf den kontextuellen Leistungen der Lebenswelt, ohne diese allerdings bearbeiten zu können. Nur im Fall von Reibungspunkten kann es zur Kommunikation über die Lebenswelt kommen, auch dann allerdings nur über einzelne Aspekte derselben.

Gehen wir der Einführung von Kommunikationsbegriff und Lebensweltbegriff nach, so wird deutlicher, welche Strukturen Habermas in Bezug auf die Lebenswelt im Blick hat. Zugleich zeigt sich die fundamentale Bedeutung, die Habermas der Kommunikation in seiner Gesellschaftstheorie zumisst. Die Lebenswelt nämlich reproduziert sich durch Narrationen der Akteure, also durch Alltagsdeutungen und -tradierungen in der Form von Erzählungen. Damit hat Habermas die grundlegende Funktion des Mediums Sprache für die Reproduktion der Lebenswelt aufbauend auf Mead begründet (Habermas 1981b: 208), und das verständigungsorientierte kommunikative Handeln mit seinen spezifischen Leistungen rückt in den Blickpunkt der Gesellschaftsanalyse.

Kommunikatives Handeln erfüllt drei unterschiedliche Funktionen: es zielt auf Verständigung ab, es dient der Koordinierung von Handlungen, und es liegt Sozialisationsprozessen zugrunde. Diesen drei Funktionen entsprechen drei Dimensionen, die zusammen die symbolischen Strukturen der Lebenswelt ausmachen: Verständigung betrifft die sach-

liche Ebene der kulturellen Wissensinhalte, auf dieser Ebene der Lebenswelt wird also Wissen tradiert und erneuert. Handlungskoordination betrifft die soziale Ebene der Gesellschaft, auf dieser Ebene werden Akteure sozial integriert und Solidarität hergestellt. Die Sozialisation schließlich betrifft die zeitliche Ebene personaler Identität, auf ihr werden Persönlichkeiten ausgebildet und verändert. Die Dimensionen der Lebenswelt lassen sich somit aus den Merkmalen des kommunikativen Handelns ableiten, das ihr zugrunde liegt.

Gleichzeitig begründet Habermas auf diese Weise den hohen Stellenwert der Lebenswelt, die gesellschaftlich zentrale Funktionen abdeckt. Im Gegenzug wird die Bedeutung des kommunikativen Handelns gestärkt, das Transparenz schafft, weil durch die Lebenswelt »alle gesellschaftlichen Vorgänge in den Lichtkegel kooperativer Deutungsprozesse« gezogen werden (Habermas 1981b: 224) und wiederum zum Gegenstand kommunikativer Bearbeitung werden können. Allerdings ist nicht zu übersehen, wie sehr Habermas an dieser wichtigen Stelle dem Konzept der Narration und somit einer Fiktionalität vertraut, auf der die Leistungen der Lebenswelt beruhen und die strategisch gleichzusetzen ist mit der kontrafaktischen Begründung der Diskursethik, die uns später noch beschäftigen wird.

Die Bedeutung von Systemen und Lebenswelt in ihrem Bezug zur Kommunikation lässt sich am Begriff der Zivilgesellschaft veranschaulichen. Diese ist zwar in der Lebenswelt verortet, gleichzeitig aber am politischen System und seinen Handlungsweisen orientiert. Sie umfasst diejenigen Vereinigungen und Organisationen, die nicht der Logik des politischen oder ökonomischen Systems unterliegen, also zum Beispiel soziale Bewegungen, Kirchen, Gewerkschaften etc. Von diesen Assoziationen nimmt Habermas an, dass sie weniger durch spezifische Interessen als durch die Orientierung an Verständigung geprägt sind, mithin also die kulturellen, sozial-integrativen und identitätsbildenden Funktionen des kommunikativen Handelns befördern.

Als Schnittstelle zwischen der Lebenswelt und dem politischen System kommt diesen Assoziationen allerdings eine spezifische Rolle zu. Sie tragen Themen und Probleme aus der privaten Lebenswelt an die Öffentlichkeit und übertragen sie dem politischen System zur Bearbeitung. Umgekehrt ermöglichen sie es, politische Programme der öffentlichen Meinung auszusetzen und in deren Ausarbeitung und Formulierung zum Zweck der Legitimierung auch die Meinungen und Anregungen von Akteuren außerhalb des politischen Systems einfließen zu lassen.

Den Ausgangspunkt bilden dazu ganz lebensweltlich die konkreten Erfahrungen der sozialen Akteure mit den Anforderungen, Leistungen und Fehlleistungen der Funktionssysteme, im Fall der Politik also des

Staates bzw. politischer Institutionen. Sie werden zunächst alltagsweltlich durch Kommunikation verarbeitet, und zwar, wie oben beschrieben, in Form von Narrationen. Die private Kommunikation erstreckt sich konzentrisch vom Individuum über Familie und Freunde über losere Kontakte wie Nachbarn und Arbeitskollegen bis hin in einen erweiterten Vertrautheitsbereich der Kommunikation mit Fremden. Allerdings bleibt auch diese Kommunikation mit Fremden, da sie im lebensweltlichen Nahbereich ihren Ursprung hat, noch den Prinzipien des kommunikativen Handelns verhaftet, also der Verständigungsorientierung. Erst im politischen System als ausdifferenzierter Sphäre herrschen andere als die lebensweltlich verankerten Orientierungen vor.

Die durch private Erfahrungen und Narrationen geprägte politische Sphäre existiert nicht in einem luftleeren Raum, sondern ist institutionell gefestigt:

»Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert. Diese ›diskursiven Designs‹ spiegeln in ihren egalitären und offenen Organisationsformen wesentliche Züge der Art von Kommunikation, um die sie sich kristallisieren und der sie Kontinuität und Dauer verleihen« (Habermas 1992a: 443f.).

Als Beispiel können Kirchengemeinden oder auch lokale Bürgerinitiativen gelten, die zwar über einen organisatorischen Kern verfügen, an denen die Bürger aber spontan teilnehmen können, und die, auf der sachlichen Ebene, zu ganz unterschiedlichen Themen Stellung nehmen können. In Demokratien genießen sie einen Status der gesetzlichen Verankerung (insbesondere durch die Meinungs- und Versammlungsfreiheit), auch wenn dieser aufgrund der Spontaneität der Zivilgesellschaft nicht unbedingt alle Assoziationsformen berücksichtigt. Im Gegensatz zu den Systemen sind die Assoziationen der Zivilgesellschaft zum einen sozial integrierend, zum anderen aber nicht festgelegt auf die Bearbeitung bestimmter Probleme. Außerdem gewähren sie den Akteuren nur Einfluss, nicht aber politische Macht, also die Fähigkeit, kollektive Entscheidungen zu treffen und auch durchzusetzen.

Die Zivilgesellschaft stellt eine Verbindung zwischen der Lebenswelt und der politischen Sphäre dar. Zugleich bildet sie ein intermediäres Element, dem eine Schnittstellenfunktion zukommt. Habermas betont, dass die Zivilgesellschaft im Zuge ihrer Vermittlung von Themen und Meinungen an die politische Öffentlichkeit auch zur Berücksichtigung der Normen des kommunikativen Handelns in der Öffentlichkeit sowie im politischen System beitragen. Bevor die Rolle der Kommuni-

kation und der besondere Stellenwert von Diskursen in diesem Prozess betrachtet werden, soll zunächst ein weiteres intermediäres Element, die Öffentlichkeit, analysiert werden. Sie hat in der Theorie der deliberativen Demokratie eine besondere gesellschaftliche Bedeutung, ebenso interessant sind im Kontext der vorliegenden Arbeit allerdings ihre kommunikationstheoretischen Grundlagen.

## Öffentlichkeit als intermediäre Ebene

Öffentlichkeit stellt als Kommunikationsraum zunächst einmal den Ort bzw. den kommunikativen Kontext für die zivilgesellschaftliche Kommunikation dar. Sie steht im Gegensatz sowohl zum privaten Lebensbereich als auch zum systemischen Bereich der Politik. Von der Privatheit unterscheidet sich die Öffentlichkeit nicht so sehr durch die Teilnehmerschaft. Denn die gleichen Akteure können in einem Fall eine private Kommunikation führen, im anderen eine öffentliche. Vielmehr hängt der Grad von Öffentlichkeit von den *potentiell* erreichbaren Adressaten ab. Die Teilnehmer an öffentlicher Kommunikation müssen immer von einem sozial nicht abgeschlossenen Kommunikationsraum ausgehen, da ihre Äußerungen, vermittelt über Verbreitungsmedien in Kombination mit Speichermedien, auch Empfänger erreichen können, deren sie sich bei ihrer Äußerung nicht unbedingt bewusst sind.<sup>5</sup>

Die Sprecher und Adressaten stellen die soziale Dimension der Öffentlichkeit dar. Auf der sachlichen Dimension ist öffentliche Kommunikation im Unterschied zu privater durch die Wahl der Themen gekennzeichnet. Während, wie erwähnt, lebensweltliche Kommunikation ihren Ursprung in den konkreten, subjektiven Erfahrungen der Akteure hat und diesen verhaftet ist, stellen nur solche Themen adäquate Inhalte der öffentlichen Kommunikation dar, die auch für andere Akteure, und zwar in einer generalisierten Form »andere«, relevant sind oder sein könnten. Darin liegt auch der Grund für die Gleichsetzung von Öffentlichkeit mit einer politischen Öffentlichkeit. In ihr werden Probleme behandelt, die aus dem Zusammenleben und den unterschiedlichen Interessen von Akteuren entstehen. Auch hier gilt eine prinzipielle Unabgeschlossenheit. Denn es lassen sich nicht bestimmte Themen von vorn-

---

5 Eine entsprechende Nichtabgeschlossenheitsannahme fordert Habermas für Diskurse auch in Bezug auf die Sprecher ein, doch dazu später mehr. An diesem Punkt setzen auch verschiedene Kritiker von Habermas an, die ihm vorwerfen, zu stark von einem Modell mündlicher Kommunikation auszugehen und den hier angesprochenen Aspekt der semantischen wie sozialräumlichen Nichtabgeschlossenheit nicht genügend zu berücksichtigen (vgl. Thompson 1995: 131; Fusfield 1997).

herein aus der öffentlichen Behandlung ausschließen, da das öffentliche Interesse sich auf immer neue Problemlagen fokussieren kann.

Entsprechend bildet Öffentlichkeit auf der zeitlichen Dimension einerseits immer neue Episoden der Kommunikation aus und reicht von der

»episodischen Kneipen-, Kaffeehaus- oder Straßenöffentlichkeit über die *veranstaltete* Präsenzöffentlichkeit von Theateraufführungen, Elternabenden, Rockkonzerten, Parteiversammlungen oder Kirchentagen bis zu der *abstrakten*, über Massenmedien hergestellten Öffentlichkeit von vereinzelt oder global verstreuten Lesern, Zuhörern und Zuschauern« (Habermas 1992a: 452, Hervorh. im Orig.; vgl. dazu auch Gerhards/Neidhardt 1990).

Andererseits ist alle Abgeschlossenheit öffentlicher Kommunikation immer nur eine vorläufige, strukturierende, aber keine abgrenzende. Denn der Kommunikationszusammenhang der Öffentlichkeit ist im Prinzip unendlich, es sind immer wieder neue Äußerungen möglich, die an vorherige anschließen, und auch lange zurückliegende Diskussionen können wieder aufgegriffen und fortgeführt werden. Insofern kann sich also auch in zeitlicher Hinsicht eine Äußerung nicht allein auf den gegenwärtigen Stand beziehen. Es ist immer damit zu rechnen, dass sie auch in einer späteren Zeit rezipiert und zur Grundlage weiterführender Kommunikation werden kann.

Diese aus der Lebenswelt hervorgehende und von dieser gespeiste »allgemeine Öffentlichkeit« charakterisiert Habermas als Medium

»uneingeschränkter Kommunikation, in dem neue Problemlagen sensitiver wahrgenommen, Selbstverständigungsdiskurse breiter und expressiver geführt, kollektive Identitäten und Bedürfnisinterpretationen ungezwungener artikuliert werden können als in den verfahrensregulierten Öffentlichkeiten [des auf Entscheidungen abzielenden politischen Systems, St. A.]. Die demokratisch verfasste Meinungs- und Willensbildung ist auf die Zufuhr von informellen öffentlichen Meinungen angewiesen, die sich idealerweise in den Strukturen einer nicht-vermachteten politischen Öffentlichkeit bilden« (Habermas 1992a: 374).

Der öffentliche Rahmen selbst stellt also kein Hindernis für die Verbreitung und Mitteilung lebensweltlicher Erfahrungen dar. Wie oben bereits erwähnt, kann sich das kommunikative Handeln als Orientierung vom privaten Nahbereich bis in die Sphären der Öffentlichkeit ziehen.

Genau durch diese Orientierung am kommunikativen Handeln unterscheidet sich die Öffentlichkeit auch von den Systemen der Gesellschaft. Sie unterliegt zwar dem Einfluss ganz unterschiedlicher Handlungssys-

teme, insbesondere dem Einfluß des politischen Systems. Dieses spielt eine besonders große Rolle für die Öffentlichkeit – je nach dem Grad, nach welchem es die Problemdefinitionen und Lösungsvorschläge aus der Öffentlichkeit bereit ist aufzunehmen und umzusetzen. Auch als Themengeber ist das politische System einflussreich, nicht zuletzt ist im Grundgesetz der Bundesrepublik der explizite Auftrag an die Parteien formuliert, die politische Willensbildung mitzugestalten. Doch das Kennzeichen des politischen Systems, die Orientierung an politischer Macht und an kollektiv bindenden Entscheidungen, wirkt sich gerade nicht in die Sphäre der Öffentlichkeit aus. Vielmehr ist sich die öffentliche Kommunikation bewusst, dass sie unmittelbar nichts bewirken kann. Ihre Macht liegt einzig und allein im kommunikativen Bereich, also darin, auf bestimmte Probleme hinzuweisen, bestimmte Meinungen zu artikulieren, und bestehende Zustände und Prozesse zu hinterfragen und kritisieren (vgl. Habermas 1992a: 625)

Habermas' Theorie der deliberativen Demokratie kommt die Leistung zu, die Rolle der Öffentlichkeit für den demokratischen Prozess bewusst gemacht und ihr normativ einen hohen Stellenwert eingeräumt zu haben. Während andere Demokratietheorien sich bis dahin auf den Kern des politischen Systems beschränkten,<sup>6</sup> erweiterte Habermas die Perspektive auf diesen peripheren Bereich der Politik, wobei wieder die Trennung von politischem System einerseits und andererseits peripherer Öffentlichkeit als Schnittstelle zur außerpolitischen Lebenswelt deutlich wird. Im Rahmen der deliberativen Demokratie kommt der Öffentlichkeit nicht nur die Funktion einer Kontrolle politischer Entscheidungen zu, wie noch im liberalen Konzept. Vielmehr übernimmt die Öffentlichkeit eine aktive Rolle der Beeinflussung politischer Entscheidungen im Vorfeld, sie programmiert das politische System und setzt der Machtorientierung ein eigenes, an Kommunikation orientiertes Gewicht entgegen: »Die administrativ verfügbare Macht verändert ihren Aggregatzustand, solange sie mit einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung rückgekoppelt bleibt, welche die Ausübung politischer Macht nicht nur nachträglich kontrolliert, sondern mehr oder weniger auch programmiert« (Habermas 1992a: 364).<sup>7</sup>

Neben dem Verhältnis zum politischen System ist die Beziehung zwischen der Öffentlichkeit und den Massenmedien von Interesse für die Frage der Abgrenzung der Öffentlichkeit von systemischen Hand-

6 Eine bedeutende Ausnahme bildet Hannah Arendt (1960).

7 Wenzel verweist darauf, dass der Begriff der kommunikativen Macht in einer Reihe mit anderen kontrafaktischen Idealisierungen der kommunikativen Vernunft stehe, wie zum Beispiel der idealen Sprechsituation (Wenzel 2001: 57f.).

lungszusammenhängen. Denn die Massenmedien bilden mit ihrem Geflecht aus Institutionen eine spezifische Logik der Selektion, Bearbeitung und Verbreitung von Informationen aus, die sich gegenüber der übrigen Gesellschaft und insbesondere auch dem politischen und ökonomischen System zumindest soweit verselbständigt, dass sich von einem System der Massenmedien sprechen lässt. Habermas grenzt sich zwar kritisch gegenüber der älteren Frankfurter Schule und ihrer Beurteilung der Massenmedien als »Kulturindustrie« ab. Doch in der Argumentationslinie der Kritischen Theorie sieht auch er ein »autoritäres Potential« der Massenmedien (Habermas 1992a: 573), das darin begründet liegt, dass sie durch ihre hierarchische Organisation und ihr Quasi-Monopol über die Verbreitungskanäle Kommunikationsflüsse kontrollieren und damit soziale Kontrolle ausüben können. Das Mediensystem entwickelt in enger Verknüpfung mit dem ökonomischen System eigene Kriterien der Selektion und Darstellung von Informationen, die in verschiedenen Studien auch empirisch beschrieben worden sind (Altheide/Snow 1979; Meyer 2002). Allerdings geht das Mediensystem nicht in einer allgemeinen Kulturindustrie auf, also in einem übermächtigen wirtschaftlichen System, sondern es ist als eigenständiges System zu betrachten, da es sich, wie Habermas mit Verweis auf entsprechende Studien belegt, in vielen Aspekten auch an der Logik des ökonomischen Systems reibt (vgl. Habermas 1981b: 574f.).

Für die Öffentlichkeit haben die Massenmedien zum einen die Funktion, dass sie Öffentlichkeit in einem größeren Rahmen überhaupt erst herstellen. Abstrakte Öffentlichkeit ist nicht vorstellbar ohne die vermittelnde Funktion von Medien, die Kommunikation verbreiten und über den engeren Interaktionskontext hinaus anschlussfähig machen. Diese große, gesellschaftsübergreifende Öffentlichkeit bildet in der deliberativen Demokratietheorie den Kern des politischen Prozesses.

Dass dabei bestimmte Annahmen über die Kommunikationsbedingungen von Öffentlichkeiten eingeschränkt werden müssen, ist für Habermas durchaus hinnehmbar (Habermas 2006b). Denn im Gegenzug bildet der durch die Massenmedien geschaffene Kommunikationsraum ein Gegengewicht gegenüber dem politischen System, in dem sich Kritik und Reflexion etablieren können und das mit seinem Einfluss eine eigene Machtquelle darstellt. Zum anderen leisten sie aufgrund ihrer systemischen Handlungslogiken die Selektion und Verdichtung von Themen zu politischen Positionen. Dieser Einfluss auf die Öffentlichkeit ist positiv zu sehen, sofern durch diese Selektionsleistung die Informationsmengen der öffentlichen Kommunikation handhabbar gemacht werden.

Im Zusammenspiel dieser beiden Aspekte bestimmen die Massenmedien die Öffentlichkeit nicht vollständig. Vielmehr bleibt trotz der

konstitutiven Bedeutung der Massenmedien für die Öffentlichkeit und trotz ihrer Eigenlogik des Handelns die lebensweltliche Prägung der Kommunikation erhalten und kann ihr »emanzipatorisches« Potential entfalten. Denn auch wenn die massenmediale Kommunikation vom lebensweltlichen Kontext abstrahiert und starker sozialer Kontrolle unterworfen wird, kann sie »nicht zuverlässig gegen die Widerspruchsmöglichkeiten zurechnungsfähiger Akteure abgeschirmt werden« (Habermas 1981b: 573).<sup>8</sup>

Öffentlichkeit nimmt somit in ihrer Zwischenstellung zwischen der Lebenswelt und den Systemen eine Schnittstellenfunktion ein, indem sie erlaubt, die Verständigungsorientierung der Lebenswelt in das machtbasierte politische System zu integrieren, ohne selbst Teil des Systems zu sein. Sie hat dazu eine besondere Form entwickelt, die Habermas als Netzwerk von durch Kommunikation verbundenen Teilöffentlichkeiten beschreibt, als den »einen, radial in alle Richtungen ausgreifenden und kontinuierlich fortgeschriebenen Text ›der‹ Öffentlichkeit« (Habermas 1992a: 452). Habermas' Konzept der Öffentlichkeit steht in starkem Kontrast zur Theorie der öffentlichen Meinung ebenso wie zu einer Systemtheorie der Öffentlichkeit.

Gegen die Systemtheorie grenzt sich Habermas zum einen durch die bereits diskutierte Verankerung der Öffentlichkeit in lebensweltlicher Kommunikation ab, zum anderen durch den wiederholten Hinweis darauf, dass die Öffentlichkeit nicht organisiert werden könne (Habermas 1992a: 374, 625). Damit lässt sich das Konzept von Öffentlichkeit nicht mehr in eine Systemtheorie Luhmann'scher Prägung integrieren, die einerseits nur von Systemen als Elementen der Theorie ausgeht (und diesen ontologischen Status beimisst, vgl. Luhmann 1984: 30), andererseits das soziale System nach den Ebenen der Interaktion, Organisation und Gesellschaft differenziert (Luhmann 1975). Entsprechend schwer tut sich Luhmann auch mit der Einordnung der Öffentlichkeit in seine Theorie des politischen Systems (s. Luhmann 2000). Denn es ist deutlich, dass sich Öffentlichkeit nicht in Interaktionen erschöpft, gleichzeitig ist auf der Ebene der Gesamtgesellschaft kein Punkt vorgesehen, von dem aus sich diese beobachten und reflektieren ließe, worin ja die Funktion der Öffentlichkeit besteht. Mit der These der Unorganisierbarkeit von Öffentlichkeit fällt auch die letzte Ebene weg, auf der sich Öffentlichkeit noch verorten ließe. Luhmann hält daher auch am Begriff der »öffentli-

8 Mit dieser Bewertung der Massenmedien grenzt sich Habermas explizit von der Medien-skeptischen Tradition der kritischen Theorie ab (Habermas 1981b: 572). Kritiker wie Wenzel werfen ihm allerdings vor, den Stand der Forschung nicht ausreichend rezipiert zu haben und einen ambivalenten Medienbegriff zu haben (Wenzel 2001: 61).

chen Meinung« fest und verortet deren Bedeutung in der Peripherie des politischen Systems, das durch seine komplexe interne Vernetzung auf eine locker vernetzte Peripherie angewiesen ist (Luhmann 2000: 318). Unseres Erachtens gelingt ihm mit dieser Einordnung jedoch keine theoretische Beschreibung, die der gesellschaftlich wahrgenommenen Bedeutung von Öffentlichkeit entspricht.

Gegen die Vorstellung einer öffentlichen Meinung, die sich als Summe der Einzelmeinungen von Individuen ergibt, grenzt sich Habermas bereits mit seiner kommunikationstheoretischen Ausrichtung ab.<sup>9</sup> Denn die Idee hinter der kommunikativen Grundlegung des Sozialen war ja gerade, die Intersubjektivität und die zwischen den Akteuren bestehenden sozialen Beziehungen besser erfassen zu können, die mehr darstellen als eine schlichte Aggregation der Individuen. Entsprechend basiert auch das Konzept der Öffentlichkeit weit weniger auf den einzelnen Meinungen und Positionen, die in der Öffentlichkeit kommuniziert werden; es rückt vielmehr die Prozesse der Meinungsbildung ebenso wie die Verbindungen von Öffentlichkeit und Lebenswelt auf der einen Seite und politischem System auf der anderen Seite in den Fokus. Auch wenn sich am Ende des Prozesses der Meinungsbildung bestimmte Meinungen in der Öffentlichkeit ablesen lassen, greift eine Analyse zu kurz, die sich allein auf diese Meinungen stützt, aber deren Entstehungskontext ignoriert, und kommt bezüglich der Wirkung solcher Meinungen zu falschen Schlüssen.<sup>10</sup>

Stattdessen entsteht für Habermas aus der kommunikativen Begegnung von Akteuren ein »sprachlich konstituierter öffentlicher Raum« (Habermas 1992a: 437), der zunächst nicht gegenüber unbekanntem Anderen abgeschottet ist. Sofern sich die Akteure wechselseitig kommunikative Freiheit gewähren, also auf die Äußerungen des jeweiligen Gegeners eingehen, lassen sie sich auf eine Form der Kommunikation ein, die den Ergebnissen ihrer Kommunikation wiederum eine besondere Qualität verleiht, nämlich die einer »qualifizierten öffentlichen Meinung« (Habermas 1992a: 438) im Gegensatz zur schlichten öffentlichen Meinung. Die Öffentlichkeit in dem Zuschnitt, den Habermas' Konzept

---

9 Vgl. zu dieser Diskussion auch Habermas 1962: 283ff. Unterstützend Calhoun (1988: 228): »The public life on which democracy depends must be more than simply the ability of governments to spread messages widely, and to receive messages from dispersed individuals«.

10 Belegt sind z. B. die Fallstricke, die sich für die Theorie der Schweigespirale aufboten. Diese ging von der Vorstellung aus, dass sich Meinungen einzelner Personen u. a. durch Anpassung an die wahrgenommene, öffentlich kommunizierte Mehrheitsmeinung bilden (Noelle-Neumann 1989). Die Annahmen der Theorie wurden durch empirische Überprüfungen massiv in Frage gestellt (vgl. Fuchs et al. 1992).

ihr verleiht, stellt zum einen einen solchen Kommunikationsraum dar, in dem sich die entsprechenden Formen entfalten können, zum anderen hängt sie in ihrer Existenz von diesen Kommunikationsformen ab.

Mit dem Begriff der qualifizierten öffentlichen Meinung bringt Habermas den normativen Anspruch seiner Theorie auf den Punkt und eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit einer Verbindung von normativer Theorie und empirischer Beobachtung. Denn mit der Qualität verbinden sich zwei Aspekte öffentlicher Kommunikation, die prozeduralen Formen, unter denen Meinungen gebildet werden, und deren Legitimität und Rationalität im politischen Prozess, also die Genese und die Folgen öffentlicher Meinung. »Die ›Qualität‹ einer öffentlichen Meinung ist, soweit sie sich an prozeduralen Eigenschaften ihres Erzeugungsprozesses bemisst, eine empirische Größe. Normativ betrachtet, begründet sie ein Maß für die Legitimität des Einflusses, den öffentliche Meinungen auf das politische System ausüben« (Habermas 1992a: 438f.). Legitimation ist dabei nur ein Aspekt der normativen Bedeutung von anspruchsvoll gebildeter Meinung. Mit dem normativen Begriff der öffentlichen Meinung verbunden ist auch ganz zentral die Vorstellung, dass diese die Rationalität des politischen Prozesses gewähren kann:

»Verfahren und Kommunikationsvoraussetzungen der demokratischen Meinungs- und Willensbildung funktionieren als wichtigste Schleuse für die diskursive Rationalisierung der Entscheidungen einer an Recht und Gesetz gebundenen Regierung und Verwaltung. *Rationalisierung* bedeutet mehr als bloße Legitimation, aber weniger als Konstituierung der Macht« (Habermas 1992a: 364, Hervorh. im Orig.).

Mit dem ersten Satz reiht sich Habermas zunächst anscheinend nur in die Reihe derjenigen Theorieansätze ein, die davon ausgehen, dass sich »mit Argumenten Politik machen« lasse (vgl. den Untertitel eines Aufsatzes von van den Daele und Neidhardt 1996). Doch der Hinweis auf den Zusammenhang von Verfahren und Voraussetzungen der Kommunikation und der Qualität von Entscheidungen wird uns noch näher beschäftigen. Seine neue Position jenseits von republikanischem und liberalem Modell der Öffentlichkeit macht Habermas dann jedoch mit dem zweiten Satz deutlich, der die Theorie der deliberativen Demokratie mit ihrem anspruchsvollen Begriff von Öffentlichkeit zusammenbringt mit der Theorie des kommunikativen Handelns und ihren Ansprüchen an die Rationalität von Kommunikation. Im folgenden Abschnitt wollen wir uns mit dem hier angerissenen Zusammenhang von Formen und gesellschaftlicher Wirkung der öffentlichen Kommunikation näher beschäfti-

gen und das Augenmerk auf den Diskurs lenken, der dabei eine zentrale Rolle spielt.

## **Diskurs als Medium der Meinungs- und Willensbildung**

Die Theorie der deliberativen Demokratie, die hier in ihren Grundzügen vorgestellt wurde, wird im Folgenden als gültiges Modell des politischen Systems vorausgesetzt und nicht weiter hinterfragt (wobei allerdings der Begriff der Lebenswelt kritisch wieder aufzugreifen ist, da er Grundlagen der Kommunikationstheorie berührt). Vielmehr soll es um die kommunikationstheoretische Grundlage dieser normativen Theorie gehen, also um den zuletzt angesprochenen Zusammenhang zwischen Kommunikationsformen und -bedingungen einerseits und den Ergebnissen und Leistungen von Kommunikationsprozessen andererseits.<sup>11</sup> Diesem angenommenen Zusammenhang wird durch den Rahmen der deliberativen Theorie eine besondere Bedeutung zugewiesen. Er bildet eine Brücke zwischen der Demokratietheorie und der Kommunikationstheorie bzw. der – eher philosophisch ausgerichteten – formalpragmatischen Diskursethik von Habermas. Gleichzeitig bieten sich die in ihm zusammengefassten Annahmen zur empirischen Überprüfung am Beispiel von öffentlichen Kommunikationsprozessen an, die in einem eigenen Abschnitt unternommen werden soll.

Zunächst ist zu klären, worin im Einzelnen die Formen und Bedingungen sowie die positiven Effekte diskursiver Kommunikation bestehen. Auch sind diejenigen theoretischen Annahmen zu identifizieren, die einen Zusammenhang zwischen ersteren und letzteren herstellen. Dies erscheint nötig, weil Habermas den Zusammenhang nicht isoliert behandelt, sondern im Rahmen seiner gesamten Theorie des kommunikativen Handelns, in der philosophisch-normative Aspekte mit politisch-sozialen zusammenkommen. Der Weg der Klärung dieser Frage führt uns daher von den Studien zur Öffentlichkeit über die Theorie des kommunikativen Handelns hin zur Frage des Moralbewusstseins und der Diskursethik.

Der Diskursbegriff bildet eine Schnittstelle zwischen kommunikationstheoretischer Grundlage und politischen Auswirkungen von Diskus-

---

11 »Das dritte Demokratiemodell, das ich vorschlagen möchte, stützt sich genau auf die *Kommunikationsbedingungen*, unter denen der politische Prozess die Vermutung für sich hat, vernünftige Resultate zu erzeugen, weil er sich dann auf ganzer Breite in einem deliberativen Modus vollzieht« (Habermas 1996b: 285).

sionsprozessen.<sup>12</sup> Ein Diskurs ist in der Theorie von Habermas ein Prozess, in dem es darum geht, die Gültigkeit der mit einer Äußerung erhobenen Ansprüche zu klären. So wie in einem Gerichtsverfahren ein Kläger antritt und bestimmte Ansprüche gegenüber einem Beklagten geltend macht, so sind auch in der Kommunikation die mit einer Äußerung verbundenen Geltungsansprüche zu verstehen. Der Beklagte ist in diesem Fall der Sprecher, der eine Äußerung gemacht hat, Kläger kann jeder Rezipient der Äußerung sein. Wie ein Gerichtsverfahren stellt auch ein Diskurs immer eine Form von Metakommunikation dar, die sich reflexiv auf andere Kommunikation bezieht. Dem Diskurs geht immer eine Äußerung in einem konkreten Kommunikationsprozess voraus, von deren Kritik er seinen Ausgang nimmt.

Anders als in einem typischen Gerichtsverfahren geht es im Diskurs allerdings nicht in erster Linie um die Durchsetzung eigener Ansprüche, sondern um die Bezweiflung der Rechtmäßigkeit der Ansprüche des Sprechers, er erfolgt also auf Basis einer skeptischen Haltung. Ziel des Diskurses ist letztlich, zu gewährleisten, dass nur solche Ansprüche langfristige Geltung haben, die auch berechtigt sind. Die hier verwendete Analogie zum Recht als Charakterisierung von Diskursen kommt nicht von ungefähr. Zum einen legt Habermas sie selbst nahe, wenn er von Geltungsansprüchen spricht, zum anderen dominiert sie die Rezeption der Habermas'schen Diskurstheorie über weite Strecken.<sup>13</sup>

Allerdings wird das Vorgehen der Begründung von Ansprüchen explizit von der deduktiven Logik unterschieden. Es soll also nicht darum gehen, logische Ableitungen in der Argumentation vorzubringen.<sup>14</sup> Habermas folgt aber auch nicht einer relativistischen Sichtweise, nach der das Ergebnis eines Diskurses letztlich kontingent zu sehen wäre und z. B. von Machtverteilungen abhängt (vgl. Habermas 1992b: 478). Vielmehr hält er an der rationalen Klärbarkeit der Gültigkeit kommunika-

12 Wenzel sieht darin gar den »eigentlichen Kernbegriff der Theorie« (Wenzel 2001: 55).

13 Sie eröffnet auch eine interessante Parallele zur Metapher des »due process«, die von Hewitt in die Forschungen zur künstlichen Sozialität in der Informatik eingeführt und als Modell für die Abstimmungsprozesse unter autonomen handelnden Software-Agenten empfohlen wurde (Hewitt 1991, allgemein zur Frage künstlicher Sozialität vgl. Malsch 1997). Dabei kommen erstaunlich ähnliche Argumente zum Tragen, u. a. der Verweis auf die spezifische Logik solcher Verfahren, die sich nicht mit der klassischen Logik nachbilden lassen (vgl. entsprechend Habermas (1973: 115f.): »Die Logik des Diskurses wird nur in Abhebung von ›logischer Notwendigkeit‹ erläutern können, was ›rationale Motivation‹ bedeutet ...«).

14 Vgl. allerdings entsprechende argumentationstheoretische Forschungen innerhalb der Kognitionswissenschaft (Grosz et al. 1989) oder der Informatik (S. Parsons/McBurney 2003).

ver Ansprüche fest, also daran, dass sich die Teilnehmer an einem Diskurs qua gemeinsamer Vernunftfähigkeit auf einen Konsens einigen können.

Die angenommene Vernünftigkeit von Diskursen hängt eng mit Habermas' Konzeption von Diskursen als Argumentationen zusammen. Damit wird eine Form der Kommunikation bezeichnet, in der die Teilnehmer »strittige Geltungsansprüche thematisieren und versuchen, diese mit Argumenten einzulösen oder zu kritisieren« (Habermas 1981a: 38). Die Teilnehmer an einem Diskurs begründen Aussagen oder stellen sie in Frage unter Verwendung von Argumenten, die die anderen Teilnehmer zur Annahme des jeweils Intendierten bewegen sollen, also zur Annahme der Ursprungsaussage im Falle der Begründung bzw. zur Ablehnung der Ursprungsaussage im Falle der Kritik. Eine Aussage anzunehmen bedeutet dabei, den in ihr enthaltenen Geltungsanspruch anzuerkennen und seine kommunikativen Konsequenzen zu tragen. Kommunikative Konsequenzen sind dabei ganz grundlegend, dass die zur Diskussion stehende Aussage nicht erneut in Zweifel gezogen wird, sondern im Gegenteil in der Diskussion anderer Aussagen argumentativ auf sie aufgebaut werden kann.

Streng genommen, gehören die Aussagen selbst nicht zum Diskurs, da sie auf der nicht-reflexiven Ebene der Kommunikation getätigt wurden. Doch im Lauf eines Diskurses werden weitere Aussagen getroffen, so dass eine solche strenge Unterscheidung zwischen Kommunikation und Metakommunikation nicht sinnvoll erscheint und stattdessen der Begriff des Diskurses alle im Prozess der reflexiven Thematisierung von Aussagen gemachten Äußerungen umfassen soll. Wesentlich für einen Diskurs ist aber, dass nicht eine einmalige Korrektur von Aussagen stattfindet, sondern dass auf die Begründung bzw. Kritik durch einen Teilnehmer eine Entgegnung durch andere Teilnehmer erfolgt, die sich wiederum begründend oder kritisch auf die Ausgangskommunikation beziehen oder aber die Begründung bzw. Kritik des ersten Teilnehmers einer erneuten Begründung oder Kritik unterziehen. Erst wenn sich auf diese Weise ein eigener, metakommunikativer Prozess ausdifferenziert, lässt sich von einem Diskurs als eigener Kommunikationsform sprechen.<sup>15</sup>

---

15 Auf einer solchen Ausdifferenzierung aufbauend, entwickelt Malsch (2005a) den Begriff der Beobachtungskommunikation. Messmer (2003) macht einen ähnlichen Differenzierungsvorgang zur Grundlage seines Konfliktbegriffs. Allerdings ist im Fall von Diskursen zu beachten, dass es sich nicht um einen abgrenzbaren Kommunikationsprozess handelt, sondern vielmehr um einen Modus der Kommunikation, der als Begleiterscheinung von Kommunikation jederzeit auftreten, aber ebenso schnell wieder verschwinden kann, etwa, wenn die zur Frage stehenden Geltungsansprüche geklärt werden können. Im Gegensatz zum Konflikt als eigen-

Dieser Prozesscharakter von Diskursen ist nicht allein dem Umstand geschuldet, dass sich Kommunikationsereignisse immer zu Prozessen verknüpfen lassen und erst in ihrer Verknüpfung als Kommunikation sozial wirksam werden. Habermas verweist auf den zusätzlichen Aspekt, dass sich aus den zwei Anschlussmöglichkeiten, nämlich zum einen, die reflexive Kommunikation fortzuführen, und zum anderen, die reflexive Kommunikation selbst zu reflektieren, die Chance für Lernprozesse ergibt, in denen soziale Erfahrungen mit den Konsequenzen von Aussagen und ihren Geltungsansprüchen gemacht werden können und diese Erfahrungen wiederum zur Grundlage der weiteren Kommunikation werden. Insofern stellen Diskurse nach Habermas ein Medium für Lernprozesse (Habermas 1981a: 38) oder, speziell für den politischen Bereich, für die Meinungs- und Willensbildung dar.<sup>16</sup>

Dabei müssen Diskurse bzw. die Teilnehmer an ihnen allerdings bestimmte Voraussetzungen erfüllen. So ist auf Seiten der Teilnehmer wichtig, dass sie sich auf den Modus der Argumentation einlassen und nur auf diese Weise an Argumente anschließen. Das impliziert auch die Bereitschaft, sich der Kritik anderer Teilnehmer auszusetzen und sie nicht einfach zu übergehen. Wenn ein Teilnehmer zwar selbst Kritik übt, aber die Kritik anderer Teilnehmer nicht zur Kenntnis nimmt, kann sich nur einseitige Kommunikation ergeben, nicht aber ein Diskussionsprozess, in dem beide Seiten durch den wechselseitigen Austausch von Argumenten ihre Sichtweise und ihre Begründungen weiterentwickeln. Diskurse setzen damit auch immer einen Minimalkonsens voraus, nämlich den, dass die Teilnehmer an einer *gemeinsamen* Bearbeitung der fraglichen Geltungsansprüche interessiert sind, und nicht allein daran, die andere Seite bzw. die anderen Teilnehmer von ihrer eigenen Sichtweise zu überzeugen.<sup>17</sup> Entsprechend gehört auch die Fähigkeit zur Selbstreflexion zu den notwendigen Bedingungen für Diskurse, denn nur wenn die Teilnehmer bereit sind, ihre eigene Position zu überdenken und im Licht anderer Argumente aufzugeben bzw. zu modifizieren, kann es zu einem konstruktiven Austausch kommen (vgl. Habermas 1981a: 38). Der Austausch setzt daher auch voraus, dass sich keine festen Rol-

---

ständiger Episode haben wir es auch dann mit diskursiver Kommunikation zu tun, wenn sich keine Episode ausdifferenziert.

- 16 M. Miller (2006) entwickelt auf dieser Basis eine »Theorie diskursiven Lernens«. Die Beobachtung von Lernprozessen erfordert einen normativen Maßstab der Rationalität. Während Miller diesen im gemeinsamen Wissen über Differenzen verortet, sieht Habermas vor allem in der Begründbarkeit und der Kritisierbarkeit von Aussagen das rationale Element von Diskursen (Habermas 1981a: 36).
- 17 Vgl. Clark (1996), der auf dieser Einsicht in den »common ground« von Kommunikation seine Theorie aufbaut.

lenmuster von Sprechern und Hörern bilden bzw. von Kritikern und Befürwortern. Denn nur wenn der Kritiker einer Aussage auch bereit ist, für eine Gegenposition argumentativ einzutreten, und nur wenn der Kritisierte im Falle des Nichteinverständnisses auch bereit ist, seinerseits die Kritik argumentativ zurückzuweisen oder seine Position in Anbetracht überzeugender Einwände zu revidieren, entwickelt sich die Prozedur eines Hin und Her von Rede und Gegenrede, die für den Diskurs als Prozess charakteristisch ist und ihm seinen Namen eingebracht hat.<sup>18</sup>

Eine für die Diskurstheorie wichtige Frage taucht an dieser Stelle auf: Handelt es sich bei diesen Bedingungen um pragmatische Bedingungen, die für die Durchführung von Diskursen idealerweise gegeben sein sollten und im Fall der Abwesenheit eine Verschlechterung der Diskursqualität mit sich bringen? Oder handelt es sich vielmehr um konstitutive Bedingungen, die sozusagen »a priori« vorliegen müssen, damit man überhaupt von einem Diskurs sprechen kann? Habermas findet auf diese Frage mit dem Konzept kontrafaktischer Annahmen eine vor allem aus philosophischer Sicht höchst interessante Antwort, deren Diskussion wir jedoch zunächst zurückstellen möchten, um sie später im Rahmen der theoretischen Grundlagen behandeln zu können.

Zunächst interessiert uns, wie Habermas diesen Begriff von Diskurs in Beziehung setzt zur Behandlung politischer Fragen in der Demokratie. Auch wenn Habermas den Diskurs als allgemeine Form argumentativer Kommunikation einführt, schert er nicht alle Diskurse über einen Kamm, sondern unterscheidet sie nach der Art der Geltungsansprüche, die in ihnen thematisiert werden.<sup>19</sup> So gibt es neben dem theoretischen Diskurs, wie er in der Wissenschaft zur Klärung von Wahrheitsfragen geführt wird, auch den praktischen und den explikativen Diskurs (Habermas 1981a: 39, an anderer Stelle auch der »hermeneutische« – Habermas 1973: 114), in denen es um Fragen der normativen Gültigkeit bzw. um Fragen des Verständnisses geht. Als »Diskurse« oder auch als

---

18 Etymologisch leitet sich »Diskurs« von »discurrere« ab, vom Auseinanderlaufen bzw. Hin- und Herlaufen. Zur Begriffsgeschichte, insbesondere auch zur Entwicklung von einer negativen Belegung des Begriffs als »planlose Bewegung«, als »Herumirren« zu einer positiven als Reflexion unterschiedlicher Betrachtungsweisen vgl. Kohlhaas (2000) sowie Nennen (2000: VIII f.).

19 An anderer Stelle führt Habermas – offensichtlich in Reaktion auf die kritische Diskussion seines Werks – eine weitere Unterscheidung ein, die zwischen pragmatischen Diskursen, ethisch-politischen, moralischen und normativen Diskursen (Habermas 1992a: 196ff., 675ff.; vgl. auch Habermas 1991a). Allerdings geht es dabei eher um die Frage der Anwendbarkeit des Diskursprinzips, weniger um die Grundlagen von Diskursen, weshalb wir dieser Verschiebung nicht weiter nachgehen.

Form der »Kritik« (Habermas 1981a: 41) werden außerdem jene Argumentationen bezeichnet, die sich auf Fragen des subjektiven Empfindens (ästhetischer Diskurs) oder des subjektiven Ausdrucks beziehen (therapeutischer Diskurs). Dabei interessiert sich Habermas besonders für den praktischen Diskurs, der die Frage der normativen Gültigkeit von Regeln behandelt. Ziel dieser Art von Diskurs ist die Begründung von allgemeinen Regeln des Sollens und Handelns, also von moralischen und juridischen Regeln, die letztlich die sozialen Beziehungen und das Zusammenleben der Akteure bestimmen.

Für solche Diskurse gilt nach Habermas folgendes Prinzip: »Gültig sind genau die Handlungsnormen, denen alle möglicherweise Betroffenen als Teilnehmer an rationalen Diskursen zustimmen können« (Habermas 1992a: 138). Dieser Satz bildet als »Diskursprinzip« eines der beiden Fundamentaltheoreme der Diskursethik. Habermas entwickelt ihn ausgehend von den Vorstellungen des Pragmatismus und der Leitidee der Transzendentalphilosophie. Von Kant übernimmt er die Perspektive, ethische Normen nicht in ihrer Substanz, sondern durch abstrakte Prinzipien festzulegen. Er geht allerdings noch einen Schritt weiter als die Transzendentalphilosophie, indem er nicht abstrakte Prinzipien für die Normen selbst formuliert (wie es Kant mit dem kategorischen Imperativ tut), sondern nur Prinzipien für das Zustandekommen von solchen Normen formuliert.

Zum Diskursprinzip gesellt sich daher als zweites Fundamentaltheorem noch der »Universalisierungsgrundsatz«, wonach gilt: »Jede gültige Norm muss der Bedingung genügen, dass die Folgen und Nebenwirkungen, die sich aus ihrer *allgemeinen* Befolgung für die Befriedigung der Interessen *jedes* Einzelnen voraussichtlich ergeben, von *allen* Betroffenen zwanglos akzeptiert werden können« (Habermas 1983: 131, Hervorh. im Orig.). Leicht ersichtlich ist, dass die Grundidee des kategorischen Imperativs erhalten bleibt, allerdings verschiebt sich die Last der Abschätzung von Konsequenzen der Befolgung einer Norm auf die Betroffenen, die sie akzeptieren oder aber ablehnen können.<sup>20</sup> Eine Brücke zum kategorischen Imperativ schlägt Habermas noch durch die Möglichkeit des »advokatorischen« (Habermas 1983: 133) bzw. des »inneren« Diskurses (Habermas 1973: 134), an denen die Betroffenen nicht persönlich bzw. an denen nicht alle Betroffenen teilnehmen müssen. Allerdings relativiert er diese als nur »ersatzweise« erlaubt (Habermas

20 Vgl. Habermas explizit: »Der kategorische Imperativ erhält damit eine diskurstheoretische Lesart. An seine Stelle tritt das Diskursprinzip ›D‹, wonach nur die Normen Geltung beanspruchen dürfen, die die Zustimmung aller Betroffenen als Teilnehmer eines praktischen Diskurses finden könnten« (Habermas 1996a: 49).

1983: 133) und begründet dies durch die später noch zu diskutierende Bedingung, dass jeder einzelne Teilnehmer mit einer einzigartigen persönlichen Perspektive zum Diskurs beitrage (vgl. Habermas 1983: 77f.).<sup>21</sup>

Die weitergehenden ethischen Fragen, die sich aus diesem Vorschlag in der philosophischen Diskussion ergeben haben, sollen uns hier nicht beschäftigen (vgl. dazu z. B. Tugendhat 1993). Wichtig bleibt festzuhalten, dass Habermas einen universellen Anspruch der Begründbarkeit von Normen in der Tradition des Rationalismus aufrechterhält, dass er dessen Erfüllung jedoch nicht dem philosophischen Rasonnement überlässt, sondern – ganz im Sinne des demokratischen Ideals der Selbststeuerung der Bürger – durch die Betroffenen in Form eines geregelten Verfahrens, den rationalen Diskurs, zu erbringen vorsieht.

Diese Verfahrensorientierung übernimmt Habermas aus der Tradition des Pragmatismus. Er greift Gedanken von Peirce auf, die er – auf den von Meads »Fragmenten über Ethik« gebahnten Pfaden einer Soziologisierung des kategorischen Imperativs<sup>22</sup> – aus der Perspektive einer

21 Später werden advokatorische Diskurse allerdings zum »Regelfall« ernannt (Habermas 1992a: 224) – ein Tribut an die realweltlichen Bedingungen politischer Meinungsbildung.

22 Die Argumentation entspricht dabei der von Peirce (1991, 5.311) für wissenschaftliche Schlussfolgerungen aufgestellten: »Das Reale ist also das, in dem schließlich früher oder später Information und schlussfolgerndes Denken resultieren würden und das daher unabhängig von meinen und deinen Einfällen ist. So zeigt eben der Ursprung des Begriffs der Realität, dass dieser Begriff wesentlich den Gedanken einer *Gemeinschaft* einschließt, die ohne definitive Grenze ist und das Vermögen zu einem definitiven Wachstum der Erkenntnis besitzt« (Hervorh. im Orig.). An anderer Stelle (Peirce 1991, 2.655) heißt es: »Es mag seltsam erscheinen, dass ich drei Gefühle als unerlässliche Forderungen der Logik in den Vordergrund stelle, nämlich das Interesse an einer unbeschränkten Gemeinschaft, das Anerkennen der Möglichkeit, dieses Interesse zum höchsten überhaupt zu machen, und die Hoffnung auf die unbegrenzte Fortdauer geistiger Aktivität.« Entsprechend die Weiterentwicklung bei Mead: »Der Mensch ist ein vernunftbegabtes Wesen, weil er ein gesellschaftliches Wesen ist. Die Allgemeinheit unserer Urteile, die von Kant so sehr betont wird, leitet sich aus der Tatsache ab, dass wir die Haltung der ganzen Gemeinschaft, die Haltung aller vernunftbegabten Wesen einnehmen. Wir sind, was wir sind, durch unser Verhältnis zu anderen. Unser Ziel muss daher unvermeidlich ein gesellschaftliches Ziel sein, sowohl in Bezug auf seinen Inhalt (was primitiven Impulsen entspricht) als auch in Bezug auf die Form. Die Sozialität ist Ursache der Universalität ethischer Urteile und bildet die Grundlage der verbreiteten Behauptung, dass die Stimme aller die allgemeine Stimme sei; das heißt, dass jeder vernunftbegabte Mensch die Situation gleich einschätze« (Mead 1968: 429f.).

Konsenstheorie der Wahrheit rezipiert<sup>23</sup> und für die Begründung seiner Ethik heranzieht (vgl. insbesondere Habermas 1973). In der Bezugnahme auf den Pragmatismus ist der Ausgangspunkt für die Annahme eines Zusammenhangs zwischen Kommunikationsbedingungen und Auswirkungen der Kommunikation zu sehen. Gleichzeitig erfolgt an dieser Stelle auch der Brückenschlag zwischen Kommunikation als theoretischer Grundlage des Sozialen und der empirisch ablaufenden Kommunikation. So erläutert Habermas das noch sehr abstrakt gehaltene Diskursprinzip durch eine Klärung des Begriffs des rationalen Diskurses:

»[...] ›rationaler Diskurs‹ soll *jeder* Versuch der Verständigung über problematische Geltungsansprüche heißen, sofern er unter Kommunikationsbedingungen stattfindet, die innerhalb eines durch illokutionäre Verpflichtungen konstituierten öffentlichen Raums das freie Prozessieren von Themen und Beiträgen, Informationen und Gründen ermöglichen. Indirekt bezieht sich der Ausdruck auch auf Verhandlungen, soweit diese durch diskursiv begründete Verfahren reguliert sind« (Habermas 1992a: 138f., Hervorh. im Orig.).

Habermas charakterisiert also genauer, wie ein Diskurs ablaufen muss, wenn er seiner Rolle als reflexives Medium gerecht werden soll. Relevant sind in der zitierten Aussage der Verweis auf »illokutionäre Verpflichtungen« sowie die Betonung des »freien Prozessierens«. Damit ist gemeint, dass sich die Argumentation nicht auf dem Diskurs äußerliche Gründe für die Akzeptanz oder Kritik von Aussagen stützen soll, sondern allein der Konsistenz des Gesagten verpflichtet ist, und dass sich die Diskussion um Themen, Beiträge, Informationen und Gründe, mithin also eine kommunikative Bearbeitung sozialer Probleme drehen soll. Unter Berücksichtigung des Diskursprinzips sowie dieser Erläuterung des Begriffs des rationalen Diskurses können wir folgende Bedingungen formulieren, die zusammengenommen diejenige kommunikative Form ausmachen, die als Diskurs geeignet ist, die politische Meinungs- und Willensbildung sowie die Klärung von normativen Fragen zu bestreiten:<sup>24</sup>

- Gegenstand der Kommunikation sind Geltungsansprüche von Aussagen, die sich auf unterschiedliche Aspekte von kommunikativer Geltung beziehen können (normative Fragen, Wahrheitsfragen, Fragen der Wahrhaftigkeit etc.),
- die Kommunikation verläuft im Modus der Argumentation, das heißt es werden Geltungsansprüche vorhergehender Aussagen kritisiert bzw. begründet,

23 In diesem Punkt ähnlich wie auch Apel (1975).

24 Vgl. dazu auch: Eemeren et al. 1996: 283f.; Steenbergen et al. 2003: 25f.

- die Teilnehmer streben eine Verständigung über die Geltungsansprüche an, das schließt ein, dass sie motiviert sind, ihre Ansicht einzubringen, dass sie sich für die Aussagen und Argumente der anderen Teilnehmer interessieren und diese respektieren (die Argumente wie auch die Teilnehmer) und dass sie bereit sind, ihre eigenen Ansprüche gegebenenfalls zu revidieren,
- die Teilnahme ist offen für »alle möglicherweise Betroffenen«, also sowohl die unmittelbar ersichtlich Betroffenen als auch die eventuell Betroffenen (bis hin zu zukünftigen Generationen unter dem Leitbild der »Nachhaltigkeit«), die Offenheit der Teilnahme umfasst auch, was von den Teilnehmern in den Diskurs eingebracht wird,
- äußere Einflüsse auf die Akzeptanzentscheidungen der Teilnehmer sind ebenso ausgeschlossen wie solche, die aus der internen Dynamik der Kommunikation resultieren, also z. B. Macht, Eitelkeit, Profitstreben, Termindruck, Sprecherdominanz etc., die Zustimmung zu Geltungsansprüchen hängt allein von der Einsicht in deren Rationalität ab.

Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, kann ein rationaler Diskurs stattfinden. Wenn dieser nach den angegebenen Verfahren durchgeführt wird, dann zeitigt er Ergebnisse, die allein durch den »zwanglosen Zwang des besseren Arguments« begründet sind und insofern sowohl eine allgemeine legitime Gültigkeit als auch Rationalität beanspruchen können – also auf die beiden Aspekte normativer Gültigkeit einen Anspruch erheben können.

Diskurse, die nach diesem Muster ablaufen, konstituieren nach Habermas demokratische Verfahren. Ohne sie entbehren diese der Legitimation und der Rationalität, reine Abstimmungen nach dem Modell der Akklamation oder der Aggregation sind ebenso wenig geeignet, den komplexen Anforderungen moderner Probleme des Interessensausgleichs gerecht zu werden wie Verhandlungslösungen, bei denen die Teilnehmer an ihren Interessen festhalten und diese so weit wie möglich gegenüber den anderen Teilnehmern durchzusetzen versuchen. Daher liegt für Habermas das Diskursprinzip der Demokratie zugrunde, auch wenn es gleichzeitig institutionell durch das Medium des Rechts abgesichert werden muss: »Der Selbstbestimmungspraxis der Bürger ist nichts vorgegeben außer dem Diskursprinzip, das in Bedingungen kommunikativer Vergesellschaftung überhaupt angelegt ist, auf der einen und dem Rechtsmedium auf der anderen Seite« (Habermas 1992a: 161f.).

Soweit lässt sich der kommunikationstheoretische Kern der Theorie der deliberativen Demokratie zusammenfassen, und in dieser Form findet er sich vielfach in der Sekundärliteratur zitiert, der es dann etwa dar-

um geht, diesen normativen Maßstab auf die empirisch vorfindliche Diskurspraxis anzuwenden (z. B. Steenbergen et al. 2003; Feindt 2003) oder die Meriten dieser Begründung des demokratischen Selbstverständnisses gegenüber anderen Modellen zu diskutieren (z. B. Elster 1998). Uns soll es im Folgenden zwar ebenfalls um eine kritische Diskussion des Modells gehen, allerdings speziell um den skizzierten Kern. Wir fragen danach, woraus sich diese Charakterisierung von Diskursen ableitet, die zunächst die Form einer Setzung hat und insofern selbst begründungsbedürftig erscheint. Dabei nehmen wir uns die Freiheit, einen bestimmten Aspekt der Begründung in den Vordergrund zu rücken, nämlich die Frage nach der kommunikationstheoretischen Rechtfertigung des dargestellten Zusammenhangs zwischen Kommunikationsbedingungen und Leistungen von Diskursen.

## **Kommunikationstheoretische Grundlagen von Deliberation**

Für diese Diskussion ist es notwendig, etwas weiter auszuholen. Habermas' Fokus auf Kommunikation als zentrales Element der soziologischen Theorie ist zunächst theoriestrategisch bedingt. Auf der Basis einer kritischen Durchsicht des Standes der Theorieentwicklung in der Soziologie (Habermas 1981a, 1981b) und bei gleichzeitig intendierter kritischer Abgrenzung gegenüber den seinerzeit identifizierten Forschungsrichtungen (vgl. Habermas 1981b: 550ff.) rückt Habermas den Begriff der Kommunikation ins Zentrum.

Ziel ist dabei zum einen die Abgrenzung zu verhaltenswissenschaftlich und an zweckrationalem Handeln orientierten Ansätzen, gegen die Habermas an der Kategorie des Sinns als konstitutivem Begriff der Soziologie festhält. Da Sinn als sprachlich ausdrückbarer Sinn verstanden wird, kommt der Sprache eine große Bedeutung für das soziale Handeln zu (Habermas 1984a: 12). Ebenso grenzt sich Habermas gegenüber der – damals noch – handlungstheoretisch ausgerichteten Systemtheorie und der interpretativen Soziologie ab. Ihm geht es sowohl um Interpretation als auch um die Berücksichtigung systemischer Handlungskoordination, die nur durch eine Verbindung beider Richtungen auf der Basis des in beiden Theorien zentralen Elements der Kommunikation möglich ist.

Während die interpretative Richtung der Interaktion verhaftet bleibt und nicht in der Lage ist, abstraktere soziale Koordinierungsmechanismen zu erfassen, vernachlässigt die Systemtheorie in Habermas' Sicht die Perspektive der Teilnehmer zugunsten einer ausschließlich beobachtenden Perspektive (Habermas 1981b: 552f.; Habermas 1996c: 397). Mit

seinem Fokus auf kommunikativen Sinn behält Habermas demgegenüber einen deutenden Zugang zum Gegenstandsbereich sozialer Phänomene bei, der gleichzeitig in das Individuum und einzelne Interaktionen übergreifenden Strukturen verortbar ist. In der Kommunikation zeigt sich das Soziale in seiner wesentlichen Form, nämlich als Relation zwischen Individuen, als Intersubjektivität, die nicht auf einzelne Teilnehmer und deren Handlungen reduzierbar ist.

## Kommunikationstheorie als Sozialtheorie

Kommunikation ist insofern von Habermas als zentraler Begriff gewählt, weil sich in ihm der intersubjektive Charakter von Sozialität besonders deutlich niederschlägt.<sup>25</sup> Ganz offensichtlich hat es wenig Sinn, von einer Kommunikation zu sprechen, wenn nicht *mehrere Subjekte* an einem *gemeinsamen Vorhaben* beteiligt sind. Die Pluralität der Subjekte stellt die Kommunikation vor die paradoxe Situation, eine Verbindung zwischen im Grunde autonomen, monadischen Individuen herzustellen. Kommunikation setzt daher voraus, dass sich die Teilnehmer auf diese Begegnung mit anderen einlassen, ihr Gegenüber als Subjekt anerkennen und diese Subjekthaftigkeit in ihrem eigenen Handeln respektieren. Wer sich in Kommunikation engagiert, versucht, sich in das Gegenüber hineinzusetzen, ist sich aber gleichzeitig bewusst, dass dies nur näherungsweise gelingen kann. Die unter diesen Umständen mögliche Gemeinsamkeit ist eines der Kernthemen von Habermas' Theorie: Worauf beruht sie, und wie lässt sie sich angesichts der Unterschiedlichkeit und Autonomie der Subjekte herstellen?

Habermas greift dazu auf die Kategorie des intersubjektiv geteilten Sinns zurück: »Eine im strengen Sinne intersubjektiv vergemeinschaftete Erfahrung kann nicht ohne den Begriff eines kommunizierten, von verschiedenen Subjekten ›geteilten‹ Sinnes gedacht werden« (Habermas 1984a: 58). Die Individuen werden also nicht als Monaden angesehen, die sich untereinander nur beobachten können, sondern als einfühlungsfähige Wesen, die wechselseitig ein Grundmaß an Gemeinsamkeit unterstellen und auf dieser Basis zur Interaktion befähigt sind. Auf der Basis wechselseitiger Interpretationen von ebenfalls wechselseitig aufeinander bezogenen Handlungen ist nach Habermas eine Koordination von Handlungen möglich, die ergänzend zu den ansonsten in der Soziologie

---

25 Vgl. auch Krämer (2001: 74), die Kommunikation bei Habermas bezeichnet als »[...] eine Keimzelle sozialer Interaktion, deren Strukturprinzip nicht Macht, vielmehr Vernunft ist.«

unterschiedenen Handlungsarten des strategischen bzw. instrumentellen Handelns zu betrachten ist: das kommunikative Handeln.

»Der Begriff des *kommunikativen* Handelns schließlich bezieht sich auf die Interaktion von mindestens zwei sprach- und handlungsfähigen Subjekten, die (sei es mit verbalen oder extraverbalen Mitteln) eine interpersonale Beziehung eingehen. Die Akteure suchen eine Verständigung über die Handlungssituation, um ihre Handlungspläne und damit ihre Handlungen einvernehmlich zu koordinieren« (Habermas 1981a: 128, Hervorh. im Orig.).

Die soziale Beziehung zwischen den Teilnehmern, die inhaltlich zunächst nicht bestimmt sein muss, gründet also auf einer Orientierung an Verständigung, die Habermas allgemein als »telos« von Kommunikation ansieht. Ziel der Kommunikation ist letztlich, neben den eventuell mit der Kommunikation verfolgten Zielen, die Verständigung zwischen den an der Kommunikation Beteiligten. Verständigung ist dabei auch Grundlage von Kommunikation, denn ohne Verständigung kann es keine Kommunikation im eigentlichen Sinn dieses Begriffs geben (wohl aber: Aneinandervorbeireden, Missverständnisse etc., die für Habermas als pathologische Kommunikation anzusehen sind). Insofern lässt sich gar nicht präzise sagen, Verständigung sei Ziel der Kommunikation, da sie genauso Voraussetzung ist. Sie ist konstitutiv für die Kommunikation so wie die Regeln des Spiels bei Wittgenstein konstitutiv sind für das Spiel selbst. »Denn der Sinn von Rede überhaupt besteht offensichtlich darin, dass sich mindestens zwei Sprecher/Hörer über etwas verständigen. Dabei unterstellen sie, dass die Verständigung, soweit sie eine erzielen, einen gültigen Konsens herbeiführt« (Habermas 1984a: 104).<sup>26</sup>

Mit der Orientierung auf Verständigung hin ist kein emphatischer Begriff des Verstehens gemeint, denn das Verstehen des Interpreten bezieht sich primär auf die kommunikativen Akte selbst, nicht aber auf die Intentionen, die ein Sprecher eventuell darüber hinaus mit seiner Äuße-

26 Gegen diese Sichtweise von Verständigung als telos der Kommunikation wehrt sich Bader mit dem Argument, Sprechen sei immer in außersprachliche Handlungsabsichten eingebunden und die Verständigung diesen untergeordnet (Bader 1985: 362). Allerdings ist metatheoretisch anzumerken, dass die Soziologie die möglichen Einsichten in die soziale Funktion von Kommunikation verschenken würde (die außer Habermas insbesondere Mead und Goffman betont haben), wenn sie sich allein auf eine Analyse der Handlungsstrukturen beschränkte. In der Tat ist aber das Verhältnis von Handlung und Kommunikation im Begriff des kommunikativen Handelns nicht zufriedenstellend geklärt.

nung verfolgt.<sup>27</sup> So kann ein Akteur einen Befehl in seiner kommunikativen Funktion als Befehl verstehen, auch wenn er ihn vielleicht nicht befolgen will. Verständigung dient also der Etablierung einer gemeinsamen Basis, auf der Kommunikation erst möglich wird, nicht darüber hinausgehender Akzeptanz. Wohl aber ist dazu eine Interpretation notwendig, die Intersubjektivität voraussetzt, also die Fähigkeit, sich in den anderen Akteur hineinzuversetzen und dessen Perspektive zumindest prinzipiell nachvollziehen zu können. Luhmann wählte bekanntlich in seiner Kommunikationstheorie ebenfalls den Begriff des Verstehens, für den bei ihm jedoch keine Interpretation notwendig (und auch nicht möglich) ist, sondern der allein auf der Grundlage wechselseitiger Beobachtung und der Reaktion Kontingenz Kommunikation ermöglichen soll (vgl. dazu Luhmann 1986).

Die Orientierung an Verständigung unterscheidet das kommunikative Handeln von den anderen sozialen Handlungsarten, gleichzeitig verdeutlicht sie, dass diese Handlungsform bei Habermas nicht parallel zu den anderen situiert ist, sondern diesen zugrunde liegt (vgl. Habermas 1981a: 388; Schützeichel 2004: 228). Denn nur auf der Basis von in diesem Sinne gelingender Kommunikation können andere Arten sozialen Handelns überhaupt erst erfolgen. Sie sind auf das Trägermedium Kommunikation angewiesen, das die grundlegende Beziehung zwischen den Individuen herstellt. Anders gesagt, ist all jenes Handeln, das eine Manipulation der sozialen Welt darstellt, also nicht der objektiven Umwelt oder der Psyche eines Individuums, auf die Kooperation anderer Akteure angewiesen. Denn außer im Grenzfall der Einwirkung durch Gewalt auf die Körper lassen sich Individuen nur unter der Voraussetzung eines grundlegenden – nicht notwendigerweise emphatischen (s. oben) – Einverständnisses zu bestimmten Verhaltensweisen oder Handlungen motivieren.<sup>28</sup>

In der Fortsetzung der oben zitierten Erläuterung des kommunikativen Handelns greift Habermas die Bedeutung von Interpretation auf, die er nicht nur aus der hermeneutischen Tradition, sondern ebenso aus der Tradition des symbolischen Interaktionismus und der Ethnomethodologie bezieht:<sup>29</sup> »Der zentrale Begriff der *Interpretation* bezieht sich in

---

27 Vgl. zum hermeneutischen Hintergrund dieser Abgrenzung auch W. L. Schneider 1996: 264.

28 Damit ist das Einverständnis als notwendige, nicht aber unbedingt hinreichende Bedingung für die Motivation zu Handlungen ausgewiesen. Vgl. dazu unten die Diskussion über die motivierende Kraft kommunikativen Handelns.

29 Habermas bezieht sich auf Mead und Garfinkel mit der Bemerkung, diese hätten dem Begriff des kommunikativen Handelns zu »paradigmatischer

erster Linie auf das Aushandeln konsensfähiger Situationsdefinitionen. In diesem Handlungsmodell erhält die Sprache, wie wir sehen werden, einen prominenten Stellenwert« (Habermas 1981a: 128, Hervorh. im Orig.). Entgegen der zuerst vorgenommenen Betonung auch extraververbaler Mittel wird hier deutlich, dass sprachlich vermittelte Kommunikation in der Theorie Habermas' die zentrale Rolle spielt. Habermas beschränkt sich auf sprachlich vermittelte Kommunikation mit dem von Searle übernommenen Argument, alle nichtsprachlichen Äußerungen ließen sich letztlich darauf zurückführen (sogenanntes »Prinzip der Ausdrückbarkeit«, vgl. Searle 1971: 34; Habermas 1984a: 12 sowie Habermas 1981a: 400, 441ff.). Vor diesem Hintergrund erscheint es konsequent, den Ausgangspunkt für die kommunikationstheoretische Fundierung der Sozialtheorie in der Sprachtheorie zu suchen.

### **Sprache, Sprechakt, diskursive Kommunikation<sup>30</sup>**

Die Ausrichtung auf Sprache als intersubjektiv verbindendes Element zwischen Akteuren und gleichzeitig auf Kommunikation als einen Typus des Handelns schließt von vornherein eine Kommunikationstheorie aus, die Kommunikation als Austausch zwischen Akteuren begreift, wie sie paradigmatisch im Container- oder Boten-Modell der Kommunikation verwirklicht ist.<sup>31</sup> Ebenso wendet sich Habermas gegen Theorien, die von den Intentionen der Sprecher ihren Ausgang nehmen (Habermas 1981a: 370ff.). Diese betrachten Kommunikation wesentlich als zielgerichtetes Handeln von Individuen, was die von Habermas hervorgehobene Differenz zwischen strategischem und kommunikativem Handeln gerade verwischt. Habermas versucht stattdessen, die beim Kommunizieren von den Sprechenden implizit verwendeten Regeln und die zugrunde gelegten Voraussetzungen des Sprechens rational zu rekonstruieren (vgl. Habermas 1984b: 363ff.). Damit ist gemeint, dass aus der Analyse konkreten Sprachgebrauchs auf die Voraussetzungen zurückgeschlossen werden soll. Dabei orientiert sich Habermas vor allem an zwei theoretischen Vorgängern, dem Organonmodell von Karl Bühler (1934), das von der Funktion sprachlicher Zeichen ausgeht, und der Sprechakttheorie nach John Searle (1971), die den Handlungscharakter des Sprechens in den Vordergrund rückt. Die spezifische Kombination der beiden The-

---

Bedeutung« für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung verholphen (Habermas 1981a: 129).

30 In Anlehnung an den Buchtitel von Krämer (2001), der die Argumentationsfolge dieses Abschnitts passend wiedergibt.

31 Habermas 1981a: 373. Vgl. als Übersicht zu diesen Modellen auch Krippendorf 1994.

orien, in der zugleich die Sprache als logisches System stark in den Mittelpunkt gerückt wird und dennoch Kommunikation als Handlung verstanden wird, macht Habermas' Kommunikationstheorie speziell für eine soziologische Theorie der Gesellschaft interessant.

Während Bühler noch das sprachliche Zeichen isoliert betrachtete und nach seiner Bedeutung fragte, geht es Habermas um komplexere Einheiten der Kommunikation, die in systematischen Zusammenhängen stehen (Habermas 1981a: 372ff.). Wie die Sprechakttheorie rückt er die Aussage als elementare Einheit in den Vordergrund. Eine weitere Verschiebung besteht darin, dass Habermas weniger nach der Funktion der kommunikativen Symbole fragt, sondern nach ihrer Bedeutung: Wie kann eine Aussage verstanden werden? Dabei hält Habermas allerdings, im Unterschied zu den vorwiegend an semantischen Fragen interessierten Sprachtheorien, an Büblers an die Semiotik erinnernde Trias der Dimensionen der Verwendung von Sprache fest, dem symbolischen (Bezug auf Gegenstände), symptomatischen (Ausdruck von Innerlichkeit) und signalhaften Charakter (Appell an den Hörer).

Habermas' Fokus liegt dabei auf Äußerungen mit Bezug auf Gegenstände rein sozialen Charakters, die nur in der Kommunikation entstehen und auch nur in dieser Bestand haben. Deren Existenz ist erklärungsbedürftig: Wie schaffen Menschen in der Kommunikation quasi-objekt-hafte Gegenstände, also die Art von sozialen Tatsachen, die schon Durkheim ins Zentrum der Soziologie rückte? Für Habermas muss sich dieses eigentümliche Phänomen durch Rückgriff auf die Kommunikation, also auf Sprache klären lassen, denn in der Sprache müssen sich die sozialen Tatsachen etablieren und verankern lassen, und aus der Sprachverwendung heraus muss sich ihre Funktion der Verständigung erschließen lassen.

Im Gefolge des damals aktuellen Trends der Sprechakttheorie betont Habermas insbesondere den pragmatischen Aspekt von Sprache, also die Handlungsdimension. Mit jeder Äußerung sagt ein Sprecher demnach nicht nur etwas aus, sondern vollzieht gleichzeitig auch eine Handlung. Durch ein Versprechen etwa geht ein Akteur allein aufgrund einer sprachlichen Äußerung ein Verpflichtungsverhältnis gegenüber dem Vertragspartner ein. Ebenso kann auch eine Behauptung als Handlung rekonstruiert werden, nämlich als Aufstellen einer Behauptung des jeweiligen Inhalts. Diesen Bezug von Sprache und Handlung versucht Habermas, soziologisch fruchtbar zu machen.

An der sprachlichen Kommunikation interessiert sich Habermas für einen bestimmten Typus, der für ihn allerdings zugleich die universale Grundlage sprachlicher Kommunikation darstellt, nämlich Aussagen mit einer propositional-performativen Doppelstruktur. Damit ist gemeint,

dass sich an einer Aussage immer zwei Aspekte unterscheiden lassen: ein auf Gegenstände der objektiven Welt bezogener (propositionaler Aspekt) und ein auf die Beziehungsebene der Teilnehmer an Kommunikation bezogener (performativer Aspekt). Wenn ein Akteur beispielsweise sagt: »Draußen regnet es«, dann macht er damit nicht nur eine Aussage über das Wetter (Proposition), sondern stellt zugleich eine Behauptung auf (Sprechakt). In einer formalen Struktur ausgedrückt, stellt sich diese Äußerung, die zunächst als reine Proposition erscheint, demnach so dar: I(p). I steht dabei für die Illokution, also die mit der Äußerung verbundene Sprechhandlung, in diesem Fall eine Feststellung bzw. Behauptung. P steht für die eigentliche Aussage, die aber sozusagen geklammert wird durch die Illokution. Das heißt selbst eine so einfache Aussage wie die, dass es regne, wird von den Hörern nicht als Information aufgenommen und verarbeitet, sondern als von einem Sprecher in einer bestimmten Form mitgeteilte Information verstanden.

Die Klammer veranschaulicht, dass sich in der Kommunikation die beiden Ebenen nicht trennen lassen. Es gibt also keine objektive Informationsübertragung, sondern diese ist immer durch einen Mitteilungsaspekt gekennzeichnet.<sup>32</sup> Andererseits gibt es auch keine reine Mitteilung, diese hat immer bestimmte Inhalte als Bezugspunkt. Beide Aspekte, die Habermas auch als den kognitiven und kommunikativen Sprachgebrauch kennzeichnet, sind also notwendig miteinander verschränkt:

»Der kommunikative Sprachgebrauch setzt ebenso sehr den kognitiven, durch den wir über propositionale Gehalte verfügen, voraus; wie auch umgekehrt der kognitive Gebrauch den kommunikativen voraussetzt, weil assertorische Sätze nur in konstativen Sprechhandlungen verwendet werden können. Eine Kommunikationstheorie der Gesellschaft muss, obgleich sie sich unmittelbar auf Sedimentierungen und Erzeugnisse des kommunikativen Sprachgebrauchs richtet, der kognitiv-kommunikativen Doppelstruktur der Rede gerecht werden« (Habermas 1984a: 81).

Mit dieser Zweiteilung von Äußerungen legt Habermas allerdings die Grundlage für eine Zwei-Welten-Theorie der Kommunikation, deren Problematik uns später noch beschäftigen wird.

Wie bereits Searle legt auch Habermas den Schwerpunkt auf die Illokution, den kommunikativen Aspekt. In der Illokution verortet er die

32 Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass es sich beim Akt des Mitteilens nicht um eine Form der Kodierung im Sinne des Kommunikationsmodells von Shannon und Weaver (1976) handelt. Vielmehr stellt das Mitteilen eine komplexere Interaktion dar, an deren erfolgreichem Zustandekommen sowohl Sender als auch Empfänger beteiligt sind.

sozialen Bindungskräfte, die der Kommunikation zugeschrieben werden, und zeigt damit die Fruchtbarkeit der Sprechakttheorie für die Soziologie auf. Mit jeder Illokution verbunden sind nämlich bestimmte Geltungsansprüche, die von den Hörern anerkannt werden müssen, damit die Sprechhandlung als erfolgreich gelten kann. Soll mit der Aussage »Draußen regnet es« beispielsweise eine Behauptung aufgestellt werden, dann muss der Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit anerkannt werden. Nur wenn die Hörer dem Sprecher abnehmen, dass er tatsächlich meint, was er sagt, können sie die Aussage als Behauptung verstehen und nicht etwa als Aprilscherz. Entsprechend ist die Akzeptanz von Geltungsansprüchen die Bedingung dafür, dass Sprechhandlungen in ihrer kommunikativen Funktion wirksam werden können, dass also zum Beispiel Informationen übertragen, Verträge eingegangen oder Liebesbekenntnisse abgegeben werden können. Da sowohl Sprecher als auch Hörer sich für eine gelingende Kommunikation auf akzeptable Geltungsansprüche verständigen müssen, schafft die Illokution eine soziale Bindung zwischen beiden (Habermas 1984a: 80f.).

In der Belegung der Illokution mit Geltungsansprüchen ist Habermas' genuine kommunikationstheoretische Leistung zu sehen. Er verbindet an dieser Stelle die Sprechakttheorie, die den Charakter der Illokutionen als Handlungen zwischen Akteuren hervorgehoben hatte, mit der noch weiterreichenden Kommunikationstheorie von Bühler unter dem Aspekt der Bedeutung und des Verstehens, also des (intersubjektiven) Sinns. Bühlers Organonmodell der Kommunikation weist, wie bereits bemerkt, dem sprachlichen Zeichen in seiner Rolle als Mittel der Verständigung zwischen Kommunikationspartnern drei Funktionen zu: eine symbolische, eine symptomatische und eine signalhafte Funktion.

Unter Rückgriff auf diese Theorie wendet Habermas die sprachphilosophische Semantik, die die Bedeutung eines Satzes als Gültigkeit bestimmter Wahrheitsbedingungen bestimmt hatte, von ihrer Fokussierung auf assertorische Sätze hin zu einer »Universalpragmatik«. Dazu macht er den Vorschlag,

»die *illokutionäre* Rolle nicht als eine *irrationale* Kraft dem geltungsbegründenden propositionalen Bestandteil gegenüberzustellen, sondern als diejenige Komponente zu begreifen, die *spezifiziert, welchen* Geltungsanspruch ein Sprecher mit seiner Äußerung erhebt, *wie* er ihn erhebt und *für was* er ihn erhebt« (Habermas 1981a: 375f., Hervorh. im Orig.).

Die Bedeutung einer Aussage bemisst sich – wie in der philosophischen Bedeutungstheorie – an der Gültigkeit bestimmter Bedingungen, die nun allerdings nicht ausschließlich die Wahrheit betreffen, sondern den gan-

zen Umfang der von Bühler mit seinen drei Funktionen umrissenen Aspekte.

Für das Aufbrechen des bedeutungstheoretischen Wahrheitsbezugs nimmt Habermas die Drei-Welten-Theorie von Popper in Anspruch. Hatte dieser plausibel gemacht, dass sich ontologisch nicht alle Phänomene auf die objektive Welt der materiellen Gegenstände reduzieren lassen, sondern daneben auch Elemente des subjektiven Empfindens und sozial geteilte kulturelle Elemente objektivierbar sind, so wendet Habermas dieses Weltbild kommunikationstheoretisch. Für ihn »bilden die Welten insgesamt ein in Kommunikationsprozessen gemeinsam unterstelltes Bezugssystem. [...] Sprecher und Hörer handhaben ein System von *gleichursprünglichen Welten*« (Habermas 1981a: 126, Hervorh. im Orig.). Die Geltung, die in der Kommunikation unterstellt wird, lässt sich demnach ebenfalls in die drei Bezugsbereich der Welt existierender Sachverhalte,<sup>33</sup> der subjektiven Welt und der intersubjektiven Welt untergliedern. Anders herum betrachtet, erhebt ein Sprecher mit einer Äußerung bestimmte Geltungsansprüche, wobei die Illokution Aufschluss darüber gibt, auf welche der Welten sich diese Ansprüche beziehen, also welche Art von Geltung beansprucht wird.

Die möglichen Bezüge lassen sich noch einmal mit den jeweiligen Arten von Handlungen zusammenfassen, wobei auch der Bezug zu den drei Funktionen sprachlicher Zeichen nach Bühler deutlich wird (vgl. die Übersicht in Habermas 1981a: 439):

- Der Bereich der materiellen und sozial existierenden Tatsachen. Für diesen ist die Unterscheidung von Sein und Schein relevant, ohne die nicht verständnisorientiert über die objektive Welt gesprochen werden kann. In diesem Bereich beanspruchen die Sprecher Wahrheit für ihre Aussagen. Dieser Bereich lässt sich auf Bühlers symbolische Funktion von Sprache beziehen, da hier Aussagen für objektive Tatsachen der realen Welt stehen. Bei Handlungen, die sich auf diesen Bereich beziehen, spricht Habermas von teleologischem Handeln.
- Der Bereich der innerlichen Welt, der Empfindungen. Für diesen müssen Sprecher wie Hörer zwischen Wesen und Erscheinung unterscheiden können, also die Wahrhaftigkeit von Äußerungen beur-

33 Bei Habermas umfasst diese die ganze objektive Welt im Unterschied zur rein materiellen wie bei Popper. Poppers Kulturwelt wird bei Habermas also grundlegend anders aufgeteilt in die Tatsachen (objektive Welt) und die Sollenssachen (soziale Welt). Habermas begründet diese Abweichung damit, dass Elemente des »objektiven Geistes«, also der dritten Welt in Poppers Terminologie, sich durchaus unter dem Aspekt der Wahrheit diskutieren lassen, wohingegen sich andere Elemente, nämlich die »nicht-kognitiven Bestandteile der Kultur«, sich nur unter dem Aspekt der Sollensgeltung beurteilen lassen (Habermas 1981a: 124 und ff.).

teilen können. Daher spricht Habermas vom Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit, der sich mit Bühlers Ausdrucksfunktion der Sprache verbinden lässt, da hier Aussagen die subjektiven Gefühle von Individuen wiedergeben. Handlungen mit Bezug auf die innerliche Welt werden als dramaturgisches Handeln bezeichnet.

- Der Bereich der normativen Welt, des intersubjektiven Umgangs mit anderen. Hier geht es um die Unterscheidung des Seins vom Sollen, also um die Frage, was normativ richtig ist. Handlungen, die sich auf diesen Bereich beziehen, stellen normenreguliertes Handeln dar. Aussagen über die normative Welt erheben den Geltungsanspruch der normativen Richtigkeit. Dieser Bereich entspricht der Signalfunktion der Sprache bei Bühler, also der Einwirkung auf andere Akteure mittels sprachlicher Aussagen.

Die kommunikative Welt lässt sich in diese drei Bereiche aufteilen, und entsprechend unterscheidet Habermas auch alle kommunikativen Phänomene danach, auf welchen der drei Bereiche sie sich beziehen. Die Orientierung an Verständigung wird zuweilen als vierter Bereich hinzugefügt, so wie das kommunikative Handeln als viertes Handlungsmodell gilt. Allerdings ist diese Form der Orientierung korrekterweise auf einer anderen Ebene zu situieren als die anderen drei Bereiche, da sie die Möglichkeit von Kommunikation überhaupt betrifft und nicht Orientierung innerhalb der Kommunikation (Habermas 1981a: 143). Das kommunikative Handeln liegt nach Habermas als Bedingung der Möglichkeit von Kooperation überhaupt den anderen Handlungsarten in einem konstitutiven Sinn zugrunde.

Mit der komplizierten, ganz unterschiedliche theoretische Traditionen einbeziehenden und verbindenden Argumentation spannt Habermas einen Bogen von Bühlers grundlegendem Kommunikationsmodell über die sprachanalytische Philosophie bis hin zur Sprechakttheorie. Es ist diese Verbindung von Sprachtheorien, die sein Modell der Kommunikation für die Soziologie besonders interessant macht. Der Begriff des kommunikativen Handelns als besonderer Form der Sozialität drückt zum einen den Anspruch aus, einen grundlegenden Modus der sozialen Integration gefunden zu haben, er belegt zum anderen aber auch, dass sich die Soziologie kommunikationstheoretisch fundieren lässt, dass Kommunikation in der Tat die »Keimzelle sozialer Interaktion« (Krämer) darstellen kann. Auch wenn man dem ersten Anspruch skeptisch gegenüber stehen kann, bleibt der zweite unbestritten folgenreich in der Entwicklung der soziologischen Theorie.

Für unsere Fragestellung nach der politischen Funktion öffentlicher Diskurse ist dabei besonders ein Aspekt relevant, der zwar in den bereits

erwähnten Gedanken impliziert ist, jedoch noch nicht genügend hervorgehoben wurde. Er hat seinen Grund in Habermas' spezifischer Interpretation der Popper'schen Drei-Welten-Theorie, auf die wir hier noch einmal zurückkommen. Während Popper die dritte Welt allgemein als Sphäre der sozial konstituierten Begriffe ansieht, unterscheidet Habermas feiner zwischen diesen Begriffen als vorgegebenem Horizont von Kommunikation und als thematisierter Gegenstand einer reflexiven Betrachtung (vgl. Habermas 1981a: 123f.). Im ersten Fall handelt es sich um die Elemente der kulturellen Lebenswelt. Im zweiten Fall dagegen wird diese Lebenswelt selbst Gegenstand der Diskussion, sie wendet sich also reflexiv auf sich selbst, sofern Akteure mit den kommunikativen Mitteln der Lebenswelt diese zum Thema machen, sie reflektieren und hinterfragen. Aus dieser Unterscheidung ergibt sich in Verbindung mit der Differenzierung der kommunikativen Bezugssysteme und der Theorie der Geltungsansprüche das Konzept diskursiver Kommunikation. Denn der Diskurs ist diejenige Kommunikationsform, in der sich die Kommunikation reflexiv auf sich selbst wendet, in der Geltungsansprüche nicht ohne weiteres als fraglos hingenommener Horizont der Lebenswelt akzeptiert werden, sondern kritisch hinterfragt und in einem gesonderten Kommunikationsprozess zum Thema gemacht werden. Aus der Unterscheidung von Lebenswelt und objektiver Welt wird die Unterscheidung von unproblematischem kommunikativem Handeln und diskursiver Kommunikation. Beide beruhen auf der Kraft von Illokutionen innerhalb von Sprechakten, allerdings im einen Fall hinsichtlich ihrer quasi selbstverständlichen Geltung, im anderen gerade hinsichtlich ihrer Problematisierung.

»Wir haben bisher zwei Formen der Kommunikation (oder der ›Rede‹) unterschieden: *kommunikatives Handeln* (Interaktion) auf der einen Seite, *Diskurs* auf der anderen Seite. Dort wird die Geltung von Äußerungen naiv vorausgesetzt, um Informationen (handlungsbezogene Erfahrungen) auszutauschen; hier werden problematisierte Geltungsansprüche zum Thema gemacht, aber keine Informationen ausgetauscht« (Habermas 1984a: 122, Hervorh. im Orig.).

Mit dieser Herleitung der kommunikationstheoretischen Basis der Diskurstheorie können wir uns nun der Frage widmen, inwiefern die normativ postulierten Bedingungen von Diskursen kommunikationstheoretisch begründet sind.

## Kommunikative Voraussetzungen von Diskursen

Diskurse sind in Habermas' Theorie definiert als eine »durch Argumentation gekennzeichnete Form der Kommunikation [...], in der problematisch gewordene Geltungsansprüche zum Thema gemacht und auf ihre Berechtigung hin untersucht werden« (Habermas 1973: 130). Ihre Funktion ist daher metakommunikativ – sie lösen mit den Mitteln der Kommunikation Probleme, die in der Kommunikation entstanden sind. Bei diesen Problemen handelt es sich um Verständigungsprobleme, der Diskurs zielt auf einen »wahren« Konsens über in der Kommunikation geäußerte Geltungsansprüche ab. Im Unterschied zum »falschen« Konsens, bei dem die Kommunikationsteilnehmer das Geäußerte zwar faktisch akzeptieren, es im Falle einer Überprüfung aber revidieren müssten, übersteht der »wahre« Konsens kritische Anfechtungen im Diskurs und gewährt die Rationalität von Kommunikation. »Einen vernünftigen Konsens, so haben wir gesagt, erzielen wir in Diskursen« (Habermas 1984a: 114).

Ein Diskurs kommt also in Gang, wenn Äußerungen in ihren Geltungsansprüchen problematisiert werden. In ihm bringen die Sprecher argumentativ Begründungen für ihre Äußerungen vor. Entsprechend der möglichen Geltungsansprüche der Wahrheit, der Wahrhaftigkeit und der normativen Richtigkeit können folgende Typen von Diskursen unterschieden werden: Im theoretisch-empirischen Diskurs geht es um den Anspruch der Wahrheit. Aussagen über die objektive Welt werden gerechtfertigt, die Gültigkeit von theoretischen Gesetzen steht zur Diskussion. Der praktische Diskurs dreht sich um die Annahme oder Ablehnung von normativen Richtlinien. Durch den Austausch von Argumenten, die die Ansprüche unterstützen, wird ein rationales Einverständnis über deren Rechtmäßigkeit erzielt, das sich als »zwangloser Zwang des besseren Arguments« auf alle am Diskurs Beteiligten auswirkt und den Konsens mit der Kraft einer rationalen Motivation ausstattet, die sich wiederum auf die ursprüngliche Äußerung auswirkt. Ein Diskurs über Fragen der Wahrhaftigkeit, also mit Bezug auf Gegenstände der subjektiven Welt, ist im eigentlichen Sinn nicht möglich, da sie nur dem äußernden Individuum zugänglich sind. Hier kann sich erst im weiteren Verlauf der Interaktion anhand der Konsistenz folgender Äußerungen bzw. Handlungen zeigen, inwiefern ein entsprechender Geltungsanspruch gerechtfertigt ist oder nicht (vgl. Habermas 1983: 69).<sup>34</sup>

34 Habermas spricht im Übrigen auch von der ästhetischen bzw. therapeutischen »Kritik«. Im Unterschied zu theoretischen und praktischen Diskursen zielt sie allerdings nicht unbedingt auf einen Konsens der Beteiligten ab (z. B. Habermas 1983: 115).

Auch wenn Habermas in späteren Schriften seinen Diskursbegriff ausweitet und neben dem praktischen Diskurs, der lange im Zentrum seiner moralphilosophischen Arbeiten stand, stärker die Unterschiede zwischen spezialisierten Diskursen hervorhebt (vgl. z. B. Habermas 1985: 393),<sup>35</sup> bleibt für seinen Diskursbegriff die Fundierung im Begriff der Intersubjektivität charakteristisch, also der Bezug auf Sprache als verbindendes Element (Schöttler 1997: 136). Thema des Diskurses ist die normale Kommunikation, genauer die Gültigkeit der dabei aufgestellten Ansprüche. Sowohl die Problematisierung von Äußerungen als auch die Rechtfertigung dieser durch Argumentation sind dem Diskurs vorbehalten, sie markieren den Übergang von der einen kommunikativen Form zur anderen. Dem Diskurs kommen somit zwei Funktionen der Reflexion zu: die Thematisierung bestimmter Äußerungen bzw. der in diesen erhobenen Geltungsansprüche und die Kritik dieser Ansprüche. Durch die Möglichkeiten diskursiver Kommunikation kann die Verständigung auch in Fällen von problematisierten Geltungsansprüchen hergestellt werden.

Diese verständigungssichernde Fähigkeit von Diskursen liegt nicht in spezifischen Festlegungen der Verwendungsweise von Illokutionen oder der Kommunikationsinhalte. Das Besondere an Habermas' Vorschlag zur Lösung von Verständigungsproblemen ist die strikt prozeduralistische Fassung. Denn einen Diskurs einzugehen bedeutet zunächst nichts anderes, als dass sich die Kommunikation mit sich selbst beschäftigen muss, reflexiv werden muss, und dies in einer genauer bestimmten Form, nämlich der Argumentation. Die besondere Form und ihre Anwendungsbedingungen stellen letztlich, also im Fall von Konflikten, die Verständigung zwischen Interaktionspartnern sicher, ganz so wie im Fall öffentlicher Diskurse diese Form und die Bedingungen die Legitimität und Rationalität der Meinungsbildung herstellen. Und diese Formen und Bedingungen sind es auch, die Habermas meint, durch seine Diskursethik begründen zu können (im Unterschied zu Apel, Rawls und anderen, die auch inhaltliche Grundnormen zu begründen versuchen, vgl. Habermas 1983: 96).

Als Problem bei der Begründung stellt sich zunächst der zirkuläre Bezug von Diskursen auf Kommunikation und von Kommunikation wiederum auf Diskurse dar. Kommunikatives Handeln ist auf Diskurse angewiesen als Möglichkeit, die Bedeutung von Äußerungen und ihre Geltungsbedingungen zu klären. Diskurse sind ihrerseits darauf ange-

---

35 An dieser Stelle nähert sich Habermas dem wissenssoziologischen Diskursbegriff an, was für sein sonstiges Werk allerdings eine Ausnahme darstellt.

wiesen, dass die Klärung strittiger Geltungsansprüche kommunikativ erfolgen kann, das kommunikative Handeln also zumindest in großen Teilen weiter reibungslos verläuft (vgl. Habermas 1996a: 53). Habermas schließt dabei die Eröffnung einer dritten oder noch höherstufigeren Ebene aus, auf der die Ansprüche des Diskurses überprüft werden, also einen gesondert zu behandelnden »Diskurs über Diskurse«. Solche Metadiskurse wären ja selbst wieder Diskurse und stünden damit wieder auf der gleichen Ebene:

»Einen Diskurs können wir nicht führen, ohne zu *unterstellen*, dass die Bedingungen für das Eintreten in einen Diskurs schon erfüllt sind; nachdem wir aber diese Unterstellung gemacht haben, ist der Diskurs darüber, ob wir diese Voraussetzung zu Recht vornehmen, sinnlos. Auf der Ebene des Diskurses kann es eine Trennung von Diskurs und dem externen Standort eines Diskursbeobachters nicht geben« (Habermas 1984a: 118, FN 90).<sup>36</sup>

Dann aber ist erst recht nicht ganz klar, wie Habermas den Zirkel von Kritik und Anspruch bzw. den infiniten Regress der steten Überprüfung der Überprüfung der Überprüfung usw. auflösen will.

Das grundlegende Problem scheint in der Trennung von illokutionärem und propositionalem Aspekt als zwei zu trennender Aspekte von Kommunikation zu liegen, die sich entsprechend gegeneinander stellen lassen. An einer Stelle sagt Habermas, Diskurse seien »Veranstaltungen mit dem Ziel, kognitive Äußerungen zu begründen« (Habermas 1984a: 114). Dann aber wären sie (aufgrund der Gleichsetzung von kognitiven Äußerungen mit dem propositionalen Gehalt, s. oben zur kognitiv-kommunikativen Doppelstruktur der Rede) allein auf den propositionalen Aspekt von Aussagen beschränkt, wonach Habermas' Konzeption von Äußerungen mit einer Doppelstruktur keinen Sinn mehr haben würde. Allerdings ist diese Charakterisierung durchaus symptomatisch für die frühe Charakterisierung der »Theorie des kommunikativen Handelns« Anfang der 1970er Jahre. Denn sie zeigt die Problematik der Zwei-Welten-Annahme von propositionalem und illokutionärem Aspekt auf. Zur Verständigung nötig ist letztlich ein wahrer Konsens über den illokutionären Teil, der sich für Habermas als Zustimmung zu den mit der Äußerung verbundenen Geltungsansprüchen bestimmt. Damit der Konsens ein wahrer ist, und nicht nur ein möglicherweise wahrer, müssen die Geltungsansprüche problematisiert werden. Dann werden sie selbst zu propositionalen Aspekten, nämlich zu Behauptungen, die über-

---

36 Wohl aber gibt es *innerhalb* der Ebene des Diskurses unterschiedliche Ebenen der Reflexion, zwischen denen die Kommunikation wechselt. Vgl. Habermas 1973: 176.

prüft werden können. Das Problem ist nun, dass mit der Behauptung der Geltungsansprüche – jetzt als Propositionen – erneut auch illokutionäre Aspekte ins Spiel kommen, nämlich die mit der Erhebung der Geltungsansprüche der ersten Aussage erhobenen Geltungsansprüche. Und diese können wiederum nur durch einen Diskurs geklärt werden, in dem aber wieder illokutionäre Aspekte zum Tragen kommen usw. Ein Zirkel ist mit dieser Konzeption offenbar unvermeidbar.

Habermas' Ausweg aus diesem Zirkel liegt letztlich darin, den Zirkel zum Prinzip zu erheben. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Begriff der »idealen Sprechsituation«. Gemeint ist eine Vorstellung von »reiner« Kommunikation (Habermas 1984a: 125), in der nur die Vernunft regiert und der Selbstzweck der Verständigung der einzige Sinn der Kommunikation ist. Äußere Einflüsse sind nicht zugelassen, sie würden die Kommunikation systematisch verzerren.<sup>37</sup> So charakterisiert Habermas die »ideale Sprechsituation« als Situation,

»in der die Kommunikation nicht nur nicht durch äußere kontingente Einwirkungen, sondern auch nicht durch Zwänge behindert wird, die sich aus der Struktur der Kommunikation selbst ergeben. Die ideale Sprechsituation schließt systematische Verzerrung der Kommunikation aus. Nur dann herrscht ausschließlich der zwanglose Zwang des besseren Arguments, der die methodische Überprüfung von Behauptungen sachverständig zum Zuge kommen lässt und die Entscheidung über praktische Fragen rational motivieren kann« (Habermas 1984a: 119f.).

Zwar gibt es auch reale Akteure, die an dieser Art von Kommunikation teilnehmen, diese sind aber gleichsam den typischen realweltlichen Bedingungen enthoben: Sie verfolgen keine eigennützigen Interessen und sie unterliegen nicht Beschränkungen von Raum und Zeit. Strukturelle Merkmale der Kommunikation sind insofern aufgehoben, als sie den freien Fluss der Argumentation behindern könnten. So steht z. B. die Anforderung der Sequenzialität von Sprechakten der Möglichkeit entgegen, alle Geltungsansprüche wechselseitig kritisieren zu können, auch für die Rollenaufteilung in Sprecher und Hörer gilt dies.

»Die ideale Sprechsituation soll dadurch bestimmt sein, dass jeder Konsens, der unter ihren Bedingungen erzielt werden kann, per se als vernünftiger Kon-

37 Vgl. Wenzel 2001: 52: »Eine Verständigungsorientierung, die den Hörer *unmittelbar, intrinsisch* zum Akzeptieren von Geltungsansprüchen und zur Übernahme der implizierten moralischen Obligation bringt, ist tatsächlich nur auf der Basis einer *völlig kontextunabhängigen* – das heißt wesentlich äußerungsfähigen, deklarierbaren und *deshalb kritisierbaren* – Illokution denkbar« (Hervorh. im Orig.).

sens gelten darf. Meine These heißt: Der Vorgriff auf eine ideale Sprechsituation gibt allein Gewähr dafür, dass wir mit einem faktisch erzielten Konsensus den Anspruch des vernünftigen Konsenses verbinden dürfen; zugleich ist dieser Vorgriff ein kritischer Maßstab, an dem jeder faktisch erzielte Konsensus auch in Frage gestellt und daraufhin überprüft werden kann, ob er ein zureichender Indikator für wirkliche Verständigung ist« (Habermas 1984a: 118f.).

Habermas erhebt für eine ideale Sprechsituation also nicht den essentialistischen Anspruch, mit dem etwa Niklas Luhmann seine Ausführungen über soziale Systeme beginnt. Er behauptet nicht, dass eine ideale Sprechsituation an irgendeinem Ort oder zu irgendeiner Zeit in der Welt einmal vorgekommen sei. Das ist für sein Argument auch nicht weiter relevant. Die Möglichkeit einer solchen Situation (und diese wird in der Tat von Habermas behauptet) und die Vorstellbarkeit durch die kommunizierenden Akteure sind genug. Die ideale Sprechsituation ist insofern Grundlage des Diskurses, als genau diese Unterstellung dem Diskurs zugrunde liegt: Im Diskurs gehen die Teilnehmer von einer idealen Sprechsituation aus, und durch den Diskurs wird eine ideale Sprechsituation verwirklicht. Demnach fallen Diskurs und ideale Sprechsituation weitgehend in eins.<sup>38</sup>

Mit den Bedingungen der Kommunikation, die in der idealen Sprechsituation ausgedrückt sind, kommen wir zum Kern unserer Fragestellung zurück: Wie laufen Kommunikationsprozesse in Diskursen ab? Die ideale Sprechsituation benennt dazu Prozessbedingungen der Kommunikation als normative Forderung (vgl. Habermas 1973: 177ff. sowie Habermas 1981a: 47ff.). Dazu muss eine »symmetrische Verteilung der Chancen« gegeben sein, Sprechakte zu wählen und auszuführen, aus der sich »Forderungen nach Gleichverteilung« dieser Chancen ableiten lassen (Habermas 1973: 177). Zu den Bedingungen gehören, dass Teilnehmer – jeweils unter Bedingungen der Chancengleichheit – jederzeit Diskurse eröffnen und perpetuieren können, dass sie Geltungsansprüche er-

---

38 Habermas relativiert die Bedeutung des Konzepts der idealen Sprechsituation in einem späteren Beitrag, einer Replik auf Kommentare zu »Faktizität und Geltung«, drastisch, wenn er sagt, es habe »nur in der Wahrheitstheorie seinen Platz« gehabt (Habermas 1996c: 389). Damit scheint er auch die Verbindung von Diskurs und normativen Bedingungen der Kommunikation aufbrechen zu wollen. Allerdings existiert unseres Wissens kein alternatives Konzept, das er an diese wichtige Schnittstelle seiner Theorie gesetzt hätte, weshalb die Argumentation nur unter Rückgriff auf das Konzept der idealen Sprechsituation nachvollzogen werden kann. Diese Sichtweise wird auch von anderen Forschern geteilt wie z. B. Steenbergen et al. (2003: 44, EN 5), die sich für eine empirische Operationalisierung der diskurstheoretischen Annahmen auf das Konzept der idealen Sprechsituation beziehen.

heben und Äußerungen auf ihre Geltungsansprüche hin hinterfragen können (»Redegleichheit«, Habermas 1973: 178), dass sie ihre Einstellungen, Wünsche und Gefühle zum Ausdruck bringen können, was der Sicherstellung von reziproker Anerkennung und von individueller Wahrfähigkeit dienen soll, und dass sie in den Möglichkeiten der wechselseitigen Einflussnahme (durch Macht oder andere Arten) gleichgestellt sind (damit sich diese Regeln auch im Diskussionsprozess niederschlagen können). Diese Bedingungen umschreiben den »erfahrungsfreien und handlungsentlasteten Kommunikationsbereich des Diskurses« (Habermas 1973: 178).

Es muss also von den Teilnehmern an einem Diskurs vorausgesetzt werden,

»dass die Struktur ihrer Kommunikation, aufgrund rein formal zu beschreibender Merkmale, jeden (sei es von außen auf den Verständigungsprozess einwirkenden oder aus ihm selbst hervorgehenden) Zwang – außer dem des besseren Argumentes – ausschließt (und damit auch alle Motive außer dem der kooperativen Wahrheitssuche ausschaltet)« (Habermas 1981a: 48).

Zu diesen prozeduralen Gesichtspunkten kommen noch die bereits erwähnten prozeduralen Bedingungen, dass die Beteiligten eine hypothetische Einstellung annehmen und kooperativ und mit Argumenten am Diskurs teilnehmen müssen. Von der Seite der Produkte des Diskurses, also der Argumente selbst, sind ferner logisch-semantische Bedingungen einzuhalten, auf die hier allerdings nicht weiter eingegangen werden muss, weil sie sich aus der Forderung der logischen Konsistenz der Sprachverwendung ergeben.<sup>39</sup>

Diese Bedingungen werden von Habermas zwar primär philosophisch begründet, nämlich transzendentalpragmatisch durch Verweis auf die performativen Widersprüche, in die man sich verstricken würde, wenn man an einem anderen Begriff von »Überzeugen« festhalten wolle (vgl. Habermas 1983: 96ff., s. dazu unten S. 84). Unserer Überzeugung nach sind diese Bedingungen letztlich aber in Habermas' Theorie der Kommunikation fundiert, und können durch diese sowohl begründet als auch kritisiert werden. Insbesondere eröffnet dieser Bezug auch die Möglichkeit eines Abgleichs mit empirischen Beobachtungen von Kommunikation, wie er von Habermas selbst betont wird (vgl. Habermas 1983: 102), allerdings unter Berücksichtigung des Status kontrafaktischer Annahmen (s. dazu unten).

39 Ansonsten könnte Sprache weder als Konvention noch als Logos funktionieren.

Ein Bezug der Diskursbedingungen zu den kommunikationstheoretischen Annahmen ergibt sich vor allem durch das Argument, das kommunikative Handeln stelle einen »Originalmodus« des Sprachgebrauchs dar (Habermas 1981a: 388). So gesteht Habermas zwar ein, dass Kommunikation faktisch nicht immer den Bedingungen des reinen kommunikativen Handelns, also der Verständigungsorientierung, genügt. Diese Orientierung ist allerdings in der »Selbstgenügsamkeit des illokutionären Aktes« (Habermas 1981a: 389) erkennbar, in dem sich die Intention allein auf die Bedeutung der Mitteilung richtet, nicht aber auf darüber hinaus verfolgte Ziele. Wer kommuniziert, zielt immer darauf ab, verstanden zu werden, sonst wäre Kommunikation nicht vorstellbar. Wird ein Sprecher nicht verstanden, dann ist die Kommunikation nicht erfolgreich verlaufen, die Handlung wird nicht vollendet. Darüber hinausgehende Intentionen und Ziele sind nun darauf angewiesen, dass die Kommunikation erfolgreich verläuft, da sie als Mittel zum Erreichen des Zwecks dient. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Jemand, der schwindelt, um den Hörer zu einem Verhalten zu bewegen, ist für den Erfolg seines Schwindels darauf angewiesen, dass die Kommunikation zunächst in ihrer eigentlichen Bedeutung verstanden wird, also gerade nicht als Schwindel, sondern als aufrichtige Äußerung. Dieses Abhängigkeitsverhältnis der anderen Handlungsarten vom kommunikativen Handeln ist von Habermas mit dem Argument des Originalmodus angesprochen.<sup>40</sup>

An dieser Stelle der Unterscheidung von kommunikativen (Illokution) und außerkommunikativen Wirkungen (Perlokution) erfordert die Sprachtheorie in ihrer traditionellen Form eine Entscheidung: Entweder man konzentriert sich auf die sprachliche Form von Äußerungen, dann bewegt man sich auf dem Feld der Grammatik und der Semantik. Diese beschäftigen sich mit der Frage, wie eine wohlformulierte Äußerung im Hinblick auf ihren Inhalt beschaffen sein muss. Die Frage der Verwendung sprachlicher Äußerungen in sozialen Kontexten wird dagegen von der Pragmatik behandelt. Habermas referiert nun zunächst zwei sprachtheoretische Positionen, an denen sich seine schließliche Entscheidung, die letztlich auf interessante Weise quer zu dieser Aufteilung liegt, gut darstellen lässt.

Die eine Position ist die von Wittgensteins neuerer Theorie der Sprachspiele. Wittgenstein interessiert Sprache weniger in ihrem logischen Gehalt, sondern in ihrer natürlichsprachlichen Verwendung. Dass

---

40 Neben der bereits erwähnten Kritik von Bader (s. oben, FN 51) an dieser Auszeichnung des kommunikativen Handelns bestehen auch bei Schnädelbach (1986: 24) Zweifel an der Stichhaltigkeit von Habermas' in der »Theorie des kommunikativen Handelns« angeführten Begründung.

Sprache sich auf Logik reduzieren lasse, so haben Wittgensteins Überlegungen nach der Publikation des »tractatus logico-philosophicus« ergeben, erweist sich als nicht weiterbringende Annahme. Denn dann landet der Philosoph bei einer logischen Abhandlung, die allerdings nicht mehr mit der natürlichen Sprache verbunden ist. Demnach gibt es also einen grundsätzlichen und trennenden Unterschied zwischen logischen und natürlich-sprachlichen Ausdrücken, der sich nicht überwinden lässt.<sup>41</sup> Dagegen verfolgt Wittgenstein in seinen »Philosophischen Untersuchungen« ein Programm der Charakterisierung von Sprache als Praxis, die zwar regelgeleitet erfolgt, zu der sich aber die Regeln nicht ohne weiteres explizieren lassen, weil sie wiederum an die Praxis gebunden sind. Sprache wird also als Praxis verstanden, wodurch Kommunikation eng an den pragmatischen Aspekt von Sprache gebunden wird – was von Habermas auch in der Weise aufgenommen wird, dass er seine Argumentation darauf stützt, dass Sozialität und Kommunikation eine enge interne Verbindung und wechselseitiges Aufeinanderangewiesensein aufweisen.

Die andere Position ist die von Chomsky, genauer dessen Ansatz zu einer »generativen Grammatik«, der sich, wie der Name schon andeutet, dem grammatikalischen Aspekt von Sprache, also der Regelhaftigkeit der Erzeugung von Ausdrücken widmet. Während Wittgenstein sich vor allem für den performativen Aspekt des Sprechens interessiert,<sup>42</sup> geht es Chomskys Ansatz gerade um den propositionalen Aspekt. Für ihn versucht er die Regeln zu rekonstruieren, nach denen sich propositionale Äußerungen von kompetenten Sprechern aufstellen lassen. Es geht ihm um eine kognitive Theorie des – letztlich genetisch festgelegten – Sprachvermögens, das es dem Menschen relativ unabhängig von seinen konkreten Erfahrungen im Zuge der Sozialisation ermöglicht, Sprachfähigkeit zu erwerben. Das Sprachvermögen, bzw. die sprachliche Kompetenz in der Terminologie Chomskys, wird dabei als dynamisches Regelsystem vorgestellt, auf dessen Grundlage mit Hilfe von Operationen die sprachlichen Formen und Strukturen erzeugt werden. Dieses Regelsystem umfasst z. B. grammatisches Wissen, Diskurswissen, sowie die Wörter und Register eines Sprachverwenders. Der Unterschied zwischen Chomsky und (dem späteren) Wittgenstein liegt also zum einen in dem Fokus, den sie auf Kommunikation richten (pragmatischer vs. propositi-

41 Vgl. dazu auch Krämer, die Wittgenstein anführt als ersten Autor derjenigen, »die mit den Grundlagen des intellektualistischen Sprachkonzeptes brechen« (Krämer 2001: 109).

42 Erst von Habermas wird dieser Aspekt auf die Illokution begrenzt, zu dem eigentlich auch die Perlokutionen, also die Effekte des Geäußerten bei den Hörern zählen.

onaler Aspekt), zum anderen in ihrem Verständnis von Regelmäßigkeit (für Wittgenstein ist die Regel unhintergebar, für Chomsky lässt sie sich rekonstruieren durch die wissenschaftliche Analyse).

Habermas schlägt sich angesichts dieser Situation der Sprachphilosophie nun nicht auf eine der beiden Seiten, sondern versucht eine vermittelnde Position einzunehmen. Er übernimmt von Wittgenstein die Einsicht, dass es keinen Sinn hat, von einem individualisierten Akteur zu sagen, er folge in seinem Verhalten Regeln, da sich dies in einer monadisch vorgestellten Situation gar nicht zeigen lasse. Stattdessen, so Habermas, ist zu folgern, »dass ich selber nicht sicher sein kann, ob ich einer Regel folge, wenn nicht eine Situation besteht, in der ich mein Verhalten der *Kritik eines anderen* aussetzen und mit diesem einen *Konsens* herbeiführen kann« (Habermas 1984a: 65). Ebenfalls nimmt er den konstitutiven Charakter auf, der nach Wittgenstein in der Verwendung sprachlicher Äußerungen, der Sprachspiele, liegt, dass sie ihren Sinn nicht irgendwo außerhalb ihrer selbst finden, sondern ihn selbst erschaffen und konstituieren: »Es liegt vielmehr im Begriff des Spieles, dass sein Zweck allein darin bestehen kann, ein Spiel, vielleicht ein langweiliges oder ein spannendes Spiel, ein Glücksspiel oder ein Geschicklichkeitsspiel, ein Einpersonen- oder ein Mehrpersonenspiel, aber eben stets ein Spiel zu sein« (Habermas 1984a: 72). Entsprechend heißt es über sprachliche Kommunikation: »So können wir die Sprache nicht als eine Einrichtung auffassen, die einem bestimmten Zweck, etwa dem der Verständigung dient; denn im Begriff der Verständigung liegt bereits der Begriff der Sprache« (Habermas 1984a: 73).

In der Frage nach der Art des Regelsystems, das für die Sprachverwendung vorausgesetzt wird, weicht Habermas jedoch von Wittgensteins Vorschlag ab, den Begriff des Spiels als Modell zu benutzen:

»Das Spielmodell lenkt den Blick des Analytikers auf eingebaute sprachlich vermittelte Interaktionen. Wittgenstein vernachlässigt die eigentlich linguistische Dimension der Regeln, nach denen Wortketten generiert werden, zugunsten der pragmatischen Dimension der Regeln, nach denen Kommunikationen zwischen Sprechern zustande kommen« (Habermas 1984a: 68f.).

Für Habermas ist das Spiel als Modell für Sprache zu stark auf den rein pragmatischen Aspekt von Sprache bezogen. Die kommunikativen, also sprachpragmatischen Regeln sieht Habermas als objektivierbare, erkennbare Formen an, die nach einem ähnlichen Muster wie die grammatikalischen Regeln der generativen Grammatik gedacht werden müssen. Der Spielbegriff für Sprache sei verfehlt, man müsse sie vielmehr »ernstnehmen« (Habermas 1984a: 73). Habermas sieht eine »privilegier-

te Rolle des kognitiven Sprachgebrauchs« (Habermas 1984a: 79), die den Weltbezug der Sprache herstellt. Ein solcher Weltbezug, also der Verweis von Sprache auf einen Inhalt jenseits der reinen Tatsache, dass kommuniziert wird, schwächt allerdings gerade wieder den intersubjektiven, auf die sozialitätsstiftende Funktion von Sprache orientierten Aspekt von Sprache, der mit Wittgenstein so prominent in den Blick gerückt wurde und der ihn für Habermas ja gerade so attraktiv macht. Wir werden diese Diskussion am Ende der Arbeit wieder aufgreifen.

Habermas' Kritik und Abgrenzung gegenüber Wittgenstein konzentriert sich in dem Vorwurf, dieser habe zwar den Fokus der Sprachtheorie von Sätzen auf Äußerungen verlegt, also vom propositionalen Aspekt von Sprache auf den performativen, es jedoch versäumt, eine allgemeine Theorie im Sinne einer Grammatik dieser Äußerungen aufzustellen, wie sie Chomsky mit der generativen Grammatik für die Regeln der Satzbildung aufgestellt hat. Habermas akzeptiert zwar die Verschiebung der Perspektive auf den performativen Aspekt von Sprache, nicht jedoch Wittgensteins von Chomsky grundsätzlich verschiedene Charakterisierung des Regelbegriffs. Für ihn besteht die Herausforderung darin, eine letztlich generativ vorgestellte Grammatik der sprachlichen Performanz zu entwickeln, also die für die Verwendung von Sprechhandlungen von jedem Sprecher zu befolgenden Regeln zu identifizieren – ganz ähnlich wie Chomskys generative Grammatik mit ihrem Begriff der Sprachkompetenz.

Diese Theorie ist die von ihm entwickelte »Universalpragmatik«. Sie »dient der Nachkonstruktion des Regelsystems, das ein kompetenter Sprecher beherrschen muss, wenn er jenes Postulat (der Gleichzeitigkeit von Kommunikation und Metakommunikation) soll erfüllen können. Dieser Qualifikation möchte ich den Ausdruck ›kommunikative Kompetenz‹ vorbehalten« (Habermas 1984a: 91). Habermas steht also dem Programm von Chomsky sehr viel näher als dem von Wittgenstein, und er verallgemeinert dessen Ansatz von der rein grammatikalischen Betrachtung von Sprache auch auf sprachpragmatische Fragen, auf den illokutionären Aspekt von Sprache.

In seiner sprachtheoretischen Verortung orientiert sich Habermas insgesamt stärker an Chomskys Ansatz, weil die Entscheidung für eine Analyse der Regeln der Produktion von Illokutionen der grundlegenden Annahme von Wittgenstein widerspricht, dass diese Regeln gerade nicht analytisch beschreibbar sind. Insofern kann sich Habermas nur wesentlich eklektizistischer auf Wittgenstein beziehen als er dies explizit deut-

lich zu machen bereit ist.<sup>43</sup> Eine weitere implizite Abkehr von Wittgenstein besteht im Festhalten an Äußerungen als Grundbestandteil von Kommunikation. Damit reduziert Habermas die Vielfalt kommunikativer Äußerungen auf eine einzige sprachliche Form: I(p), die zwar in Argumentationen ihre Berechtigung als Standardmodell haben mag, bei der aber fraglich scheint, inwiefern sie als Modell für Kommunikation überhaupt tragfähig ist. So lassen sich sowohl einfache Gesten als auch komplexere Texte wohl nur schwerlich auf diese Form hin reduzieren bzw. analysieren.<sup>44</sup> Diese Reduktion bleibt nicht nur implizit, sie erschwert auch eine Untersuchung von Kommunikation als Praxis, die unterschiedliche Formen annehmen kann (und deren unterschiedliche Formen auch jeweils eigene Bedeutung haben) und zeugt ebenfalls von Habermas' Abwendung von einem an Wittgenstein orientierten Programm.<sup>45</sup>

Aus der Anlehnung an Chomskys Vorstellung einer generativen Grammatik, die für alle Teilnehmer an Kommunikation qua ihrer anthropologischen Voraussetzungen als gleich angenommen werden kann, ergibt sich die Bedeutung der Sprechakttheorie für die Diskursbedingung, aufrichtig und ernsthaft zu argumentieren. Denn so wie Chomsky von einem geteilten Regelwissen bezüglich der Grammatik ausgeht, nimmt Habermas ein geteiltes Regelwissen in Bezug auf die Verwendung von Illokutionen an. Damit dieses in Verständigung münden kann, müssen die Teilnehmer sich aber auch an diese Regeln halten.

Alle weiteren Faktoren, die die Verwendung von Illokutionen beeinflussen könnten, sind in Habermas' Diskurstheorie als verzerrende Faktoren negativ bewertet. Habermas vertraut in Bezug auf die Sicherung von Verstehen nicht sozialen Konventionen oder individuellen Intentionen, wie Austin oder Grice es getan haben (vgl. Habermas 1981a: 399), sondern legt die Bürde der Verständigung zum einen in die authentisch geführte Argumentation, die letztlich Kriterien der Logik folgt, zum anderen in die Prozedur der Kritik, die Habermas in der Tradition des Fal-

43 Deutlicher wird seine Ablehnung von Wittgensteins Ansatz allerdings in den »Philosophisch-politischen Profilen« (vgl. Habermas 1971:141ff.).

44 Vgl. auch Krämers Kritik: »Doch beerbt die Auszeichnung des Argumentierens als Basisphänomen von Kommunikation nicht gerade die Tradition einer Hypostasierung der apophantischen Rede? In diese Richtung deutet auch die ungebrochene Bewahrung einer auf den Satz zentrierten Sprachbetrachtung, mit dem Unterschied nur, dass der Satz jetzt die Form einer Äußerung annimmt« (Krämer 2001: 89f.).

45 Übrigens wendet Bora die Differenz von Chomsky und Wittgenstein ganz ähnlich als Interpretationsfolie auf Foucaults Diskurstheorie und den darin enthaltenen Regelbegriff an – und wirft diesem vor, trotz offensichtlicher Orientierung an Wittgenstein im Grund doch der strukturalistischen Theorie Chomskys verhaftet zu bleiben (Bora 2005: 8).

sifikationismus von Peirce über Mead bis Popper betont und die von den Teilnehmern am Diskurs grundlegend akzeptiert und zumindest potentiell ausgefüllt werden muss (wodurch sich die motivationalen Komponenten der Bedingungen erklären). Entsprechend stellt die Sprechakttheorie die eine Komponente der kommunikationstheoretischen Begründung der Bedingungen von Diskursen dar (fundiert im Konzept der Lebenswelt als gemeinsam geteiltem Bezugsraum), die andere ist in der Wissenschaftstheorie des Falsifikationismus zu sehen.<sup>46</sup>

Hinterfragen wir die unterschiedlichen Bedingungen für Diskurse noch einmal unter diesem Gesichtspunkt, dann wird durch den Schleier der kommunikationstheoretischen, also sprechakttheoretischen Begründung hindurch eine wissenschaftstheoretische Argumentation deutlich, die von Habermas kongenial auf das Bezugsfeld Kommunikation und damit das Soziale insgesamt verallgemeinert wird. So greift Habermas in Bezug auf die Bedingung der Argumentativität als Form der diskursiven Kommunikation stark auf Gedanken von Peirce zurück,<sup>47</sup> wenn er davon ausgeht, dass sich Bedeutung analog zur Wahrheit als Kenntnis der Bedingungen von Gültigkeit ergibt. Denn dann erscheint es sinnvoll, diese Geltungsansprüche argumentativ zu kritisieren bzw. reflektieren und dabei einer pragmatisch verstandenen Logik als Richtschnur zu vertrauen. Denn es geht weniger um die logische Konsistenz als vielmehr um die rationale Motivation zur Annahme von Geltungsansprüchen, darum, »dass die Betroffenen *einsehen*, was in ihrer aller gemeinsamen Interesse liegt« (Habermas 1983: 82, Hervorh. im Orig.). Daraus ergibt sich, dass argumentative Auseinandersetzungen öffentlich durchgeführt werden sollen (damit alle Gründe sichtbar werden), dass sie interaktiv verfahren (dass also Gründe nicht nur genannt, sondern auch kritisiert wer-

46 Daher erscheint uns auch eher als der juristische Prozess der akademische, auf die Wahrheitssuche spezialisierte Diskurs als das eigentliche Vorbild und Modell der Diskurstheorie. Vgl. Habermas 1981a: 39, wo der praktische Diskurs explizit nach dem theoretischen modelliert wird: »Das Medium, in dem diese negativen Erfahrungen [Fehlschläge, Widerlegung von Hypothesen, Scheitern von Interventionen, St. A.] produktiv *verarbeitet* werden können, ist der *theoretische Diskurs*, also die Form der Argumentation, in der kontroverse Wahrheitsansprüche zum Thema gemacht werden. Im moralisch-praktischen Bereich verhält es sich ähnlich. [...] Das Medium, in dem hypothetisch geprüft werden kann, ob eine Handlungsnorm, sei sie nun faktisch anerkannt oder nicht, unparteiisch gerechtfertigt werden kann, ist der *praktische Diskurs*, also die Form der Argumentation, in der Ansprüche auf normative Richtigkeit zum Thema gemacht werden« (Habermas 1981a: 39).

47 Allerdings meist implizit, vgl. die sporadischen Bezugnahmen in Habermas 1991b.

den) und dass die vorgebrachten Gründe allein an ihrer Einsichtigkeit gemessen werden (Rationalität).<sup>48</sup>

Was die Forderung nach einer Einbeziehung aller Betroffenen angeht (zuletzt bei Habermas 2007b: 434 vertreten), begründet sich diese vor allem durch die von Mead propagierte Notwendigkeit wechselseitiger Perspektivenübernahme.

»Unparteiliche Urteilsbildung drückt sich mithin in einem Prinzip aus, das *jeden* im Kreise der Betroffenen zwingt, bei der Interessensabwägung die Perspektive *aller anderen* einzunehmen. Der Universalisierungsgrundsatz soll jenen *universellen Rollentausch* erzwingen, den G. H. Mead als ›ideal role-taking‹ oder als ›universal discourse‹ beschrieben hat« (Habermas 1983: 75).

Ein solcher universeller Rollentausch kann eben nicht allein hypothetisch erfolgen, vielmehr müssen in einem Diskurs faktisch die unterschiedlichen Positionen unter den Teilnehmern vertreten sein. Denn erst aus der Kooperation im Diskurs, aus der gemeinsamen Kommunikation, ergibt sich der gewünschte Lerneffekt aus der Konfrontation der eigenen Ansichten mit denen anderer Teilnehmer unter Bedingungen wechselseitig aufeinander bezogener Stellungnahmen der Kritik und Begründung.

»Wenn [...] moralische Argumentationen ein Einverständnis dieser Art produzieren sollen, genügt es nicht, dass sich ein Einzelner überlegt, ob er einer Norm zustimmen könnte. Es genügt nicht einmal, dass alle Einzelnen, und zwar jeder für sich, diese Überlegung durchführen, um dann ihre Voten registrieren zu lassen. Erforderlich ist vielmehr eine ›reale‹ Argumentation, an der die Betroffenen kooperativ teilnehmen. Nur ein intersubjektiver Verständigungsprozess kann zu einem Einverständnis führen, das reflexiver Natur ist: nur dann können die Beteiligten wissen, dass sie sich gemeinsam von etwas überzeugt haben« (Habermas 1983: 77f.).

Daraus ergibt sich jene Ablehnung allein monologischer oder auch repräsentativer Diskurse, die im Kontext einer vor allem semantisch ausgerichteten Kommunikationstheorie zunächst eigentümlich anmutet.<sup>49</sup>

---

48 Vgl. zu Argumentativität auch Habermas 1981a: 44-71, Habermas 1992a: 276ff.

49 Es geht dabei gerade nicht um die allgemeine Zustimmung aller Beteiligten im Sinne einer Normenbefolgung, sondern vielmehr um eine Normenbegründung (vgl. die Auseinandersetzung mit Tugendhat in Habermas 1983: 84). Ausführlich hat sich Wingert (1993) mit der Frage der Einbeziehung aller Betroffenen und ihrer Unvertretbarkeit in Diskursen auseinandergesetzt.

Zwar sind alle Betroffenen als Teilnehmer an Diskursen zugelassen und auch notwendig, gleichzeitig müssen sie aber bestimmte Bedingungen erfüllen, die sich auf ihre Einstellung gegenüber dem Diskurs beziehen. Neben der bereits diskutierten Argumentativität, die sich auch auf der Ebene der Teilnehmer einfordern lässt, ist dies vor allem eine kritische Einstellung. Kommt es nämlich zu einem Diskurs, wie z. B. in den typischen Fällen ungeklärter normativer Konflikte, dann müssen die Teilnehmer motiviert sein, alle Äußerungen zu hinterfragen und den Diskurs zumindest so lange weiter zu treiben, bis die grundlegenden Fragen geklärt sind, und nicht bereits bei einem eventuell »falschen Konsens« frühzeitig abbrechen. Darin ähneln die als ideal vorgestellten Teilnehmer den von Popper vorgestellten Wissenschaftlern, die nicht eher ruhen, bis sie bestimmte theoretische Aussagen durch Falsifikation widerlegt haben. Die Teilnehmer müssen dabei zugleich die eigenen Ansprüche verteidigen und die ihres Gegenübers kritisieren. Aus dieser Kombination von Eigeninteresse und dem Sich-Aussetzen gegenüber den anderen Teilnehmern speist sich die Dynamik von Diskursen. Wenn einer dieser motivationalen Faktoren allerdings wegfällt, macht sich dies der Theorie nach auch negativ im Diskurs bemerkbar, der seiner Aufgabe nicht mehr nachkommen kann (vgl. dazu auch Habermas 1973: 131).<sup>50</sup>

Die Besonderheit von Habermas' sozialtheoretischem Beitrag liegt in der Verknüpfung der Frage der intersubjektiven Verständigung mit der Frage der Geltung, die nach dem Modell der Bedeutungstheorie gestellt wird. Erst das Zusammenkommen von Kommunikation – als unproblematisch ablaufendem Interaktionsprozess – und Diskurs – als faktisch oder hypothetisch ablaufender Kritik und Rechtfertigung von Kommunikation mit den Mitteln der Kommunikation – verschafft der Kommunikation die Kraft, soziale Beziehungen zu etablieren und zu gestalten, und legt dadurch die Grundlage der Theorie des kommunikativen Handelns. Die Sprechakttheorie allein bleibt noch stark auf den sprachlich-semantischen Aspekt von Kommunikation beschränkt, so dass sie nicht in der Lage ist, das soziologische Interesse an den performativen Effekten von Kommunikation, also an ihrer Kraft, die Welt zu

50 Habermas kritisiert an der republikanischen Demokratietheorie, dass sie »den demokratischen Prozess von Tugenden gemeinwohlorientierter Staatsbürger abhängig macht« (Habermas 1996b: 283, Hervorh. im Orig.), genau das aber kann man auch ihm vorwerfen, denn ohne den Willen, sich auf den Diskurs einzulassen, funktioniert der demokratische Prozess auch bei ihm nicht. Entsprechend gesteht Habermas auch ein, dass die Vernunftmoral auf die Unterstützung durch Sozialisationsprozesse sowie ein institutionalisiertes Rechtssystem angewiesen ist (Habermas 1992a: 146, Hervorh. im Orig.).

verändern, in ausreichendem Maße zu befriedigen. Während Searle sich daher auf eine Theorie der Sprache beschränkt, gelingt es Austin nur durch die zusätzliche Berücksichtigung der Rolle von Institutionen zu erklären, wie sich »mit Worten Dinge tun lassen«. Habermas stellt eine derart soziologisch gewendete Sprechaktheorie durch Einbeziehung der pragmatischen Philosophie und der Wissenschaftstheorie auf ein solideres Fundament. Allerdings fehlt in unserem bisherigen Nachvollzug dieser Argumentationslinie noch die Überwindung des Zirkels, den wir in der engen und wechselseitigen Verbindung von Kommunikation und Diskurs, von Sprechakten und ihrer Kritik durch die Diskursgemeinschaft, festgestellt haben.

Habermas hat diesen Zirkel erkannt und versucht, ihn ins Positive zu wenden: Damit die Bedingungen der idealen Sprechsituation eine Antwort auf das Problem des Zirkels von Kommunikation und Kritik geben können, müssen sie als kontrafaktische Unterstellungen eingeführt werden. Es ist also nicht notwendig, dass die Bedingungen faktisch in einem Diskurs realisiert sein müssen, damit dieser als solcher fungieren kann. Vielmehr

»sollen die Diskursregeln [...] nur besagen, dass die Argumentationsteilnehmer eine annähernde und für den Argumentationszweck hinreichende Erfüllung der genannten Bedingungen *unterstellen* müssen, gleichviel ob und in welchem Maße diese Unterstellung im gegebenen Fall *kontrafaktischen Charakter* hat oder nicht« (Habermas 1983: 102, Hervorh. im Orig.).

Solange die Möglichkeit einer Erfüllung der Bedingungen der idealen Sprechsituation und der Durchführung reiner kommunikativer Diskurse gegeben sind, können diese schon als regulative Idee wirksam werden und der Kommunikation so weit Schranken setzen, dass Verständigung stattfinden kann. Denn im Hintergrund der sozusagen »unreinen« Kommunikation lauert für jeden Sprecher stets die Möglichkeit, in seinen Geltungsansprüchen hinterfragt und zur Angabe von Gründen aufgefordert zu werden, die dann allein auf ihre rationale Überzeugungskraft hin überprüft werden. Daher ist es für jeden Sprecher geraten, nur solche Geltungsansprüche zu erheben, die er gegebenenfalls auch einlösen kann. Und auch wenn sich nicht jeder Sprecher auf dieses Verfahren einlässt, besteht durch die grundsätzliche Möglichkeit »reiner« diskursiver Kommunikation ja immer noch die Möglichkeit, Missverständnisse und »falschen Konsens« zu identifizieren und zu klären. Habermas geht also von *kontrafaktischen* Annahmen aus, deren Einforderung zwar in der aktuellen Kommunikation *suspendiert* bleibt, jedoch von den Teilnehmern an Kommunikationsprozessen *präsupponiert* werden müssen.

Diese Argumentationsstrategie mündet in zwei Pointen der Diskurstheorie. Zum einen können damit normativ Bedingungen gelingender Kommunikation angegeben werden, die zwar einen utopischen Charakter haben, wenn sie an den realiter gegebenen Bedingungen gemessen werden, wohl aber einen kritischen Vergleichsmaßstab bieten. Zum anderen kann sich auf diese Argumentation die Begründung für die diskursethischen und später auch demokratietheoretischen Folgerungen stützen, die Habermas aus der Theorie des kommunikativen Handelns entwickelt und die insbesondere für sein späteres Werk bestimmend sind.<sup>51</sup>

In diesem Zusammenhang ist als zweite Argumentationsfigur auch der Begriff des »performativen Widerspruchs« zu nennen, den Habermas von Karl-Otto Apel übernimmt und in der Begründung der Diskursethik anwendet. Ein performativer Widerspruch tritt laut Habermas dann ein, wenn ein Sprecher durch seine Sprechhandlung die damit getätigte Aussage konterkariert (vgl. Habermas 1983: 90). Als Beispiel lässt sich an einen Redner denken, der seine Ausführungen mit der Behauptung beginnt, sich kurz fassen zu wollen. Seine geäußerte Intention steht in offensichtlichem Widerspruch zur unnötigen Einleitung, und dieser Widerspruch wird durch die Ausführung der Sprechhandlung offenbar.

Die Formel vom performativen Widerspruch wird nun in der Begründung der Diskursethik dergestalt verwendet, dass jeder, der sich auf Argumentationen einlässt, die Gültigkeit der Argumentationsform als solcher anerkennen muss, da sonst seine Argumente nicht ernst zu nehmen wären. Bereits an dieser Stelle wird eine weitere, noch zu problematisierende Grundlage der Theorie Habermas' deutlich, auf die bei schwacher eigener theoretischer Begründung einiges Gewicht gelegt wird: die Annahme, dass die Teilnehmer an Argumentationen bzw. an Kommunikation allgemein immer bereits Teil einer Gemeinschaft sind und dass die Infragestellung bestimmter Grundlagen (der Kommunikation etwa) eine Infragestellung der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft impliziert (vgl. z. B. den Dialog mit dem Skeptiker in Habermas 1983: 109f.). Dieses Argument, dass sich an unterschiedlichen theoretischen Vorläufern wie Peirces Gemeinschaft der Forschenden, Meads sozialen Grundlagen der Ethik und Wittgensteins lebensweltlichem Konsens der Sprachspiel-Formen orientiert, geht bei Habermas ins Konzept der Lebenswelt ein, auf dessen Problematik im Zusammenhang mit der Kommunikationstheorie wir ebenfalls noch zurückkommen.

51 Allerdings wird dadurch nicht die Kommunikationstheorie begründet, vielmehr beruht die Argumentation immer auf kommunikationstheoretischen Annahmen und kann entsprechend von diesen her kritisiert werden.

## Kritische Diskussion des Modells

Die normativen und politischen Implikationen von Habermas' Fassung des Diskursbegriffes sind nun offensichtlich:

»Diese Bestimmungen [der idealen Sprechsituation, St. A.] interpretieren sich wechselseitig und definieren zusammengenommen eine Lebensform, in der alle öffentlich relevanten Fragen nach der *Maxime* behandelt werden, einen Diskurs zu führen, wobei unterstellt werden muss, dass sich, wann immer wir in dieser Absicht eine Kommunikation aufnehmen und nur lange genug fortsetzen würden, ein Konsensus ergeben müsste, der als ein vernünftiger Konsensus zählen dürfte« (Habermas 1984a: 121f.).

Die Interpretation der Habermas'schen Diskurstheorie als eines ethischen Programms, also einer Reflektion über die Bedingungen der Möglichkeit praktischer Vernunft, liegt daher nahe und lässt die Kritik am Kommunikationsmodell und an den Unwahrscheinlichkeiten bzw. der faktischen Unmöglichkeit einer idealen Sprechsituation nebensächlich erscheinen. Demnach geht es der Diskurstheorie um eine Letztbegründung der Ethik aus Prinzipien vernünftiger Kommunikation heraus. Doch diese Interpretation ist vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen einseitig und würde Habermas' Anspruch auf eine allgemeine Sozialtheorie sicher nicht gerecht werden. So sagt er über das Verhältnis von idealen und realen Bedingungen der Kommunikation: »Das normative Fundament sprachlicher Verständigung ist mithin beides: antizipiert, aber als antizipierte Grundlage auch wirksam« (Habermas 1984a: 125). Das heißt es geht ihm keineswegs allein um eine Letztbegründung der Ethik, sondern durchaus um die Grundlagen von Kommunikation und Verständigung.<sup>52</sup>

Wenn aber die über eine rein normative Theorie hinausgehenden Ansprüche untersucht werden, stolpern wir stets über die Ungereimtheiten, dass der Wechsel von Kommunikation zu Diskurs sozusagen im

---

52 Dass diese Lesart nicht auf die frühe Formulierung der kommunikationstheoretischen Soziologie beschränkt ist, zeigen Habermas' Bemerkungen zur Spannung zwischen Faktizität und Geltung: »Das ideale Moment der Unbedingtheit ist tief in die faktischen Verständigungsprozesse eingelassen, weil Geltungsansprüche ein Janusgesicht zeigen: als Ansprüche schießen sie über jeden Kontext hinaus; zugleich müssen sie hier und jetzt erhoben sowie akzeptiert werden, wenn sie ein koordinationswirksames Einverständnis tragen sollen – denn dafür gibt es keinen Null-Kontext. Die Universalität der behaupteten rationalen Akzeptabilität sprengt alle Kontexte, aber nur das verbindliche Akzeptieren vor Ort macht die Geltungsansprüche zu Schienen, über die eine kontextgebundene Alltagspraxis gleiten kann« (Habermas 1992a: 37).

luftleeren Raum stattfinden muss, dass die ideale Sprechsituation zwar als Grundlage von Kommunikation vorgestellt werden kann, dass diese Supposition aber keineswegs so zwingend ist wie von Habermas geltend gemacht (vgl. auch die Kritik von Wenzel/Hochmuth 1989, s. unten). Daher stellt sich als zweite Interpretationsmöglichkeit die der Unterscheidung von zwei Modi der Kommunikation: des normalen Kommunizierens und des diskursiven, also reflexiven. Dann haben wir es in beiden Fällen mit empirisch beobachtbaren Phänomenen zu tun, es sollte sich also auch im Diskurs beobachten lassen, inwieweit in diesem tatsächlich die Haltung der Kritik eingenommen und unvoreingenommen dem besseren Argument die Dominanz überlassen wird.

Eine solche Interpretation findet sich z. B. bei Peters (1994; vgl. auch Elster 1986; Saretzki 1996), auf sie wird später noch Bezug genommen. Auch diese Interpretation ist jedoch einseitig, da sie immer vom niemals erreichbaren Ideal ausgeht und die Empirie nur vor dieser Negativfolie betrachten kann. Auch kann das auslösende bzw. ermöglichende Element, das den Wechsel zwischen den Modi möglich macht, nicht hinreichend erklärt werden. In dieser Interpretation verliert die Theorie ihre normative Kraft zugunsten einer Anwendbarkeit auf die reale Welt. Beide Interpretationen können letztlich nicht voll zufriedenstellen, und wir werden im Weiteren sehen, ob sich noch andere Möglichkeiten finden lassen.

Die kritische Diskussion der Diskurstheorie lässt sich für die hier interessierende Fragestellung unter folgende Aspekte gliedern: Zunächst geht es um die durch den Einbau bzw. die Weiterführung der Sprechakttheorie aufkommenden Probleme (a), darunter das Problem der Trennung von Illokution und Perlokution bzw. der Abgrenzung von zweckorientiertem und kommunikativem Handeln, das Problem indirekter Sprechakte sowie das Problem der Kontingenz von Kommunikation. Die Gegenüberstellung von empirischen Diskurstheorien und der normativen Theorie sowie der Vergleich von Verhandeln und Argumentieren als unterschiedliche empirisch beobachtbare Kommunikationsmodi (b) betreffen direkt die obigen Interpretationsvarianten. Schließlich soll die Problematik der Trennung von Reflexion und Handlung untersucht werden (c), bevor ein Fazit zur Eignung der Habermas'schen Theorie als Beschreibung von Diskursen gezogen wird (d).

## **Problematik der sprechakttheoretischen Begründung von Kommunikation**

Auch wenn Habermas sich selbst in die Tradition der Sprechakttheorie einreihet, fallen verschiedene Brüche zu seinen Vorläufern auf. Während

Habermas in einzelnen Punkten von Searle abweicht, dessen Theorie man als eine Soziologisierung der bis dahin eher philosophischen Sprechakttheorie zusammenfassen kann (vgl. Greve 2003: 60), besteht eine grundlegendere Differenzlinie zu Austin. Der Kernpunkt dieser Differenz liegt in einer unterschiedlichen Sichtweise des Charakters von Illokution und Perlokution in einem Sprechakt.

Bei Austin steht die Analyse von Sprechakten im Vordergrund. Ein Sprechakt ist in diesem Sinne jede empirisch vorfindbare Äußerung, soweit sie in Satzform auftritt, unabhängig ob in gesprochener oder geschriebener Form. An einem Sprechakt lassen sich demnach unterschiedliche Aspekte aufzeigen: »[...] Austin claims that in uttering a sentence, one concomitantly produces three acts: a locutionary, an illocutionary and a perlocutionary act« (Allwood 1977: 2). Auch wenn hier von drei »Akten« die Rede ist, wird durch das »concomitantly« deutlich, dass es sich dabei um eine Sprechhandlung handelt, an der nur analytisch drei Aspekte unterschieden werden können. Illokution und Perlokution stehen demnach bei Austin gleichberechtigt nebeneinander. Die Perlokution wird als eine Folge von Illokutionen betrachtet, insofern als jede Äußerung auch in der Welt einen Effekt hat. Die Unterscheidung von intendierten und nicht-intendierten Folgen einer Äußerung (bei Austin 1962: »objects« und »sequels«) erfolgt dann innerhalb der Kategorie der Perlokutionen (vgl. Wenzel/Hochmuth 1989). Illokutionäre und perlokutionäre Akte können an jeder Sprechhandlung identifiziert werden, je nachdem worauf sich das analytische Interesse des Beobachters richtet.

Habermas dagegen möchte Illokution und Perlokution nicht analytisch, sondern ontologisch getrennt wissen:

»Während die Einteilung in lokutionäre und illokutionäre Akte den Sinn hat, den propositionalen Gehalt und den Modus von Sprechhandlungen als analytische Akte zu trennen, hat die Unterscheidung zwischen diesen beiden Aktypen auf der einen, perlokutionären Akten auf der anderen Seite, einen keineswegs analytischen Charakter« (Habermas 1981a: 393).

Während die Illokution auf Verständigung abzielt und dem kommunikativen Handeln zugrunde liegt, baut die Perlokution auf den Leistungen der Illokution auf und setzt sie strategisch für die Erreichung der Ziele des Sprechers ein.<sup>53</sup>

---

53 Deutlich wird dabei, dass Habermas Austin intentionalistisch interpretiert. Perlokutionäre Effekte interessieren ihn nur insoweit, als sie von einem Sprecher intendiert wurden, also als »objects« im Sinne Austins (s. oben).

Der kritische Punkt dieser Umdeutung der Sprechakttheorie liegt zunächst nicht in der Trennung von Illokution und Perlokution als zwei unterschiedliche Typen von Handlungen. Dass eine solche Trennung anhand empirisch vorfindbarer Äußerungen nicht möglich ist, ist leicht einsichtig. Das Problem ergibt sich vielmehr aus dem Rückgriff auf die Einstellungen der Kommunikationsteilnehmer, die Habermas aus dem intuitiven Wissen der Beteiligten erschließen will (Habermas 1981a: 386). Wie aber die Interessen und Einstellungen der Sprecher identifiziert bzw. beobachtet werden können, bleibt unklar. Denn die Loslösung der Motivlage von den einzelnen Äußerungen, die bei Habermas angelegt ist, unterbindet gerade die Möglichkeit, aus den empirisch vorfindbaren Äußerungen auf die Handlungstypen rückzuschließen.

Dieser Kritikpunkt kann weitgehend zurückgewiesen werden, wenn man sich auf die normativistische Interpretation Habermas' beschränkt, sie trifft allerdings die empiristische Interpretationsvariante. Während sich nämlich illokutionäre Intentionen noch aus den Äußerungen selbst ableiten lassen, können gegebene Äußerungen ganz unterschiedlichen Zwecken dienen, und es kann nicht einmal eindeutig und klar festgestellt werden, ob neben der Verständigung noch eine weitere Absicht im Spiel ist, weil diese nach Habermas' Begriff des strategischen Handelns auch verdeckt sein kann. Habermas entscheidet sich für diese Fassung des Illokutionsbegriffs, weil es ihm um eine Begründung der These geht, kommunikatives Handeln sei der Originalmodus des Handelns und allen anderen Handlungsarten vorgelagert (vgl. Wenzel/Hochmuth 1989: 247; Greve 1999). Damit stellt er allerdings eine empirische Anwendung der Theorie vor das Problem, eine Trennung zwischen den Aspekten der Illokution und der Perlokution vornehmen zu müssen, die in der Sprechakttheorie ursprünglich nicht vorgesehen war.

Aus dieser Konzeption ergeben sich vor allem zwei Probleme für die Theorie. Das eine ist die Frage der verdeckten bzw. offenen perlokutionären Intentionen, das andere stellt sich bei der Betrachtung von Imperativen. Zunächst sind Perlokutionen bei Habermas spezifisch diejenigen Sprechakte, die scheinbar auf illokutionären Erfolg aus sind, mit diesem aber verdeckt strategische Ziele verfolgen. »Perlokutionäre Ziele darf ein Sprecher, wenn er Erfolg haben will, nicht zu erkennen geben, während illokutionäre Ziele allein dadurch zu erreichen sind, dass sie offen geäußert werden« (Habermas 1981a: 393). Damit fallen strategische Handlungen für Habermas immer mit »Täuschungs- und Manipulationsmanövern« zusammen (Wenzel/Hochmuth 1989: 247).<sup>54</sup> Während

54 Greve verweist darauf, dass Habermas hier den Charakter von perlokutionären Akten missversteht. Zwar lassen sich Perlokutionen in der Tat nicht

die Charakterisierung des illokutionären Erfolgs noch unmittelbar einleuchtet, sind durchaus auch Situationen vorstellbar, in denen ein Sprecher seine strategischen Absichten offen äußert und damit dennoch Erfolg hat. Greve etwa verweist einerseits auf Sprechhandlungen wie Ärgern oder Erfreuen, bei denen der perlokutionäre Sinn zwar nicht durch die Sprechhandlung selbst sichergestellt werden kann, seine Offenlegung den Erfolg aber auch nicht vereitelt, sowie andererseits auf solche perlokutionären Akte, deren Erfolg es sogar erfordert, dass der Hörer den intendierten perlokutionären Effekt erkennt (vgl. dazu Greve 1999: 245f.). Beispiele für letztere sind sogenannte »associated perlocutions« (Cohen 1973: 493), zu denen etwa das Überzeugen gehört (als Perlokution, die mit der Illokution des Argumentierens verbunden ist und durch diese erzielt werden kann), sowie insbesondere Demütigungen, Bloßstellungen, Beleidigungen und Ermunterungen. Von einem Täuschungscharakter strategischer Handlungen kann also nicht als zentralem Merkmal ausgegangen werden, was den Unterschied zwischen strategischem und kommunikativem Handeln weniger brisant macht.

Das zweite Problem stellt sich mit der Betrachtung einer speziellen Klasse von Sprechakten, den Imperativen. Diese widersetzen sich insofern der Klassifizierung durch die Theorie von Habermas, als sie keine Perlokutionen sind, sondern reine, offen deklarative Illokutionen, deren Erfolg sich genau dann einstellen kann, wenn sie vom Hörer als solche verstanden werden. Gleichzeitig aber ergibt sich aus der Natur der Sache, dass mit ihnen egozentrische, strategische Ziele verfolgt werden. Wenn aber, wie Habermas vertritt, illokutionäre Akte das kommunikative Handeln verkörpern, das als einzige Orientierung die Verständigung kennt, dann fallen die Imperative aus dem Rahmen der Theorie heraus und stellen die Trennung von kommunikativem und strategischem Handeln vor ein grundlegendes Problem.

»Die Inanspruchnahme des Sprachmediums bedeutet daher auch nicht notwendig, dass Handelnde genötigt sind, eine verständigungsorientierte Haltung einzunehmen oder vorzugeben, dass sie eine solche einnehmen. Dies hat auch Folgen für den Zusammenhang zwischen Kommunikationstheorie und Diskurstheorie. Wenn eine kommunikative Handlungskoordination auch auf Macht basieren kann, lassen sich die Präsuppositionen des diskursiven Handelns nicht aus denen einer kommunikativen Alltagspraxis ableiten. Das wird zum Problem, sobald dem kommunikativen Handeln für das Diskursprinzip

---

immer sinnvoll in Form propositionaler Aussagen fassen, doch das liegt wohl eher an der »Selbstgenügsamkeit« illokutionärer Akte, die sich in dieser Form fassen lassen, und nicht an der Geheimhaltungspflicht für perlokutionäre Absichten (Greve 1999: 245).

eine begründende Funktion zukommt, wie im Falle der Diskursethik« (Greve 1999: 248f.).

Wie wir gesehen haben, ist es also eine Modifikation im Verständnis von Sprechakten und den in ihnen verkörperten Handlungen, die Inkonsistenzen in der Theorie offenlegt. Innerhalb der Sprechakttheorie kann die von Habermas vorgenommene Modifikation mit Wenzel und Hochmuth als »performatorischer Fehlschluss« bezeichnet werden.<sup>55</sup> Von außen betrachtet, ergeben sich aus ihr grundlegende Zweifel an der Angemessenheit der Theorie für ihren Objektbereich, nämlich sprachliche Äußerungen im Allgemeinen. Während sich die normative Interpretation der Habermas'schen Theorie aufgrund ihrer Abgelöstheit von tatsächlicher Kommunikation noch halten lässt, ist insbesondere die empirische Interpretation fragwürdig.

Neben den soeben besprochenen Imperativen gibt es eine weitere Kategorie von Sprechakten, die Habermas' Theorie vor Probleme stellt. Es geht dabei um die sogenannten »indirekten Sprechakte« (Searle 1975, als Bezeichnung wird auch »unernte« Sprechakte verwendet). Mit indirekten Sprechakten sind all jene Äußerungen gemeint, in denen sich nicht aus den verwendeten Wörtern unmittelbar, also gemäß ihrer wörtlichen Bedeutung, auf die implizierte Illokution schließen lässt. Ein Beispiel ist die Frage: »Könntest Du einmal schauen, ob das Fenster noch offen ist?« Gemäß der oberflächlichen Struktur handelt es sich um eine Frage. Indirekt kann damit aber auch die Aufforderung gemeint sein, das Fenster doch bitte zu schließen. Aus bestimmten Gründen, die jeweils im Einzelfall variieren können, weicht also bei indirekten Sprechakten die wörtliche Bedeutung des Gesagten von der intendierten bzw. verstandenen Bedeutung ab. Indirekte Sprechakte sind dabei ein weitverbreitetes Phänomen. Wie Clark bemerkt, kann fast jede illokutionäre Äußerung auch indirekt getätigt werden (Clark 1996: 216). Außerdem sind bestimmte Formen von Kommunikation geradezu gekennzeichnet durch das Auftreten von indirekten Sprechakten, z. B. literarische und dramatische Texte, genauso wie Stilformen der Ironie und der Metapher sowie Lügen und Scherze.

55 »Austin postuliert keinen vergleichbaren normativen Zwang, er will die pragmatische Dimension der Rede dadurch verteidigen, dass er eine Identifikation von Bedeutung und Geltung, von ›meaning‹ und ›force‹, gerade vermeidet. In seinen Augen müsste Habermas zwar keinen deskriptiven Fehlschluss – die Reduktion der pragmatischen auf die semantische Dimension – aber doch so etwas – in Umkehrung der Reduktionsrichtung – wie einen performatorischen Fehlschluss begehen« (Wenzel/Hochmuth 1989: 247, Hervorh. im Orig.).

Inwiefern stellen indirekte Sprechakte nun ein Problem für die Sprechakttheorie im Allgemeinen und für Habermas' Theorie im Speziellen dar? Wenn die illokutionäre Bedeutung eines Sprechaktes nicht aus der sprachlichen Repräsentation gefolgert werden kann, dann lässt sich Verstehen nur durch Hinzunahme des kontextuellen Rahmens der Kommunikation erreichen. Bedeutung erschließt sich dann gerade nicht mehr allein aus der sprachlichen Struktur, sondern auch aus außersprachlichen Regeln – und das steht sowohl der intentionalistischen, sprecherseitigen Orientierung der Sprechakttheorie als auch der auf intersubjektive Geltung hin orientierten Theorie von Habermas entgegen. So fasst etwa Clark das Problem indirekter Sprechakte wie folgt zusammen:

»The traditional treatment [von indirekten Sprechakten, St. A.] has many problems, but the main one is that it assumes: (1) speakers have a particular interpretation in mind (>what the speaker means<); (2) addressees are to recognize that interpretation; and (3) they are to do so autonomously. All three assumptions are suspect« (Clark 1996: 217).

Insofern ist die Sprechakttheorie gezwungen, einen theoriekonsistenten Weg zu finden, mit dem Phänomen indirekter Sprechakte umzugehen.

Sowohl bei Searle als auch bei Habermas wird das Problem durch einen Ausschluss indirekter Sprechakte gelöst. Die Theorie formuliert als Eigenschaft ihres Gegenstandsbereiches, was von den indirekten Sprechakten nicht erfüllt wird: »Unsere Analyse beschränkt sich deshalb auf Sprechhandlungen, die unter Standardbedingungen ausgeführt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass ein Sprecher nichts anderes meint als die wörtliche Bedeutung dessen, was er sagt« (Habermas 1981a: 400).

Damit ist allerdings nicht eine Einschränkung des Gegenstandsreichs der Theorie impliziert, die weiterhin universalen Anspruch erhebt. Denn mit dieser Einschränkung verbunden ist das sogenannte »Prinzip der Ausdrückbarkeit«, das von Searle in Reaktion auf Phänomene wie die indirekten Sprechakte formuliert wurde. Demnach gilt: »for every possible speech act there is a possible sentence or set of sentences the literal utterance of which in a particular context would constitute a performance of that speech act« (Searle 1971: 19). Das heißt jeder mögliche Sprechakt kann wörtlich direkt wiedergegeben werden, so dass auch die Einschränkung auf Standardbedingungen noch alle möglichen Sprechakte zu analysieren erlaubt.

Habermas übernimmt dieses Prinzip fast wörtlich, wandelt es aber bezüglich bestehender Kritiken leicht dahingehend ab, dass

»in einer gegebenen Sprache für jede interpersonale Beziehung, die ein Sprecher mit einem anderen Mitglied seiner Sprachgemeinschaft explizit aufnehmen möchte, ein angemessener performativer Ausdruck entweder zur Verfügung steht oder nötigenfalls durch eine Spezifizierung verfügbarer Ausdrücke gewonnen werden oder neu eingeführt werden kann. (...) Der heuristische Sinn ist ohnehin klar: wenn das Postulat der Ausdrückbarkeit gilt, kann sich die Analyse auf institutionell ungebundene explizite Sprechhandlungen der Standardform beschränken« (Habermas 1984b: 404).

Nun ist gegen diese Abgrenzung der Sprechakttheorie vielfache Kritik geäußert worden. So wendet sich Streeck gegen das Prinzip der Ausdrückbarkeit mit Verweis auf Äußerungen von Lehrern, die ihre Schüler durch sogenannte »roll calls«, also das Aufrufen von deren Namen, ansprechen. Die Besonderheit bei einem »roll call« ist, dass der Sprecher nicht klar macht, welche Erwartungen er bezüglich einer Antwort hegt. Der Angesprochene muss selbst, z. B. unter Zuhilfenahme des situativen Kontexts, entscheiden, wie er den Aufruf interpretiert und auf ihn reagiert. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass sich nicht alle Sprechakte als wörtlich zu verstehende Sätze formulieren lassen, und widerlegt die These der Ausdrückbarkeit.

Die Kritik trifft auch das Prinzip in der von Habermas abgeschwächten Form, die oben zitiert wurde.

»The crucial issue, however, is the reflexive logic of the use of the speech act in interaction: by performing the act, the speaker intends to find out (one aspect of) what is the case in the present situation; what is the case in turn determines what force the utterance has. This reflexive structure cannot be captured in the linear form of a sentence. There is a sharp difference between the representational format of sentences and the manner in which speech acts function in social situations« (Streeck 1980: 143).<sup>56</sup>

Auf dieser Zurückweisung des Prinzips der Ausdrückbarkeit aufbauend, verallgemeinert Streeck seine Kritik an der Sprechakttheorie in Bezug auf den Umgang mit der Mehrdeutigkeit von Sprache: »The ambiguity

56 Eigentlich müsste Habermas an einer solchen reflexiven Sprachverwendung durchaus interessiert sein, weil sie den intersubjektiv verbindenden Charakter der Kommunikation deutlich macht, indem durch die Suche nach Bedeutung eine Beziehung zwischen Sprecher und Hörer geschaffen wird. Daher verweist das Beispiel unseres Erachtens auf einen internen Widerspruch in Habermas' Theorie zwischen dem Anspruch einer sozialitätskonstitutiven Funktion von Kommunikation und ihrer Reduktion auf die Standardform. Denn aus der Abweichung von der Standardform können sich durchaus, wie im Beispiel von Streeck, soziale Funktionen ergeben.

that most utterances display regarding their illocutionary force may thus be seen as a constitutive rather than a defective feature of verbal interaction« (Streeck 1980: 148). Dieser Einwand richtet sich gegen das Sprachverständnis der Sprechakttheorie Searle'scher Prägung, wie es auch für Habermas grundlegend ist. Mehrdeutigkeiten und spielerischer Umgang mit Sprache werden dort nur als mindere, fehlerhafte oder anderweitig sich für eine wissenschaftliche Betrachtung disqualifizierende Formen von Kommunikation verstanden. Wir kommen darauf am Ende dieses Abschnitts wieder zurück.

Eine ähnliche Argumentation findet sich auch bei Greve (1999: 243). Er macht seine Kritik an der Zuordnung von perlokutionären Akten zum strategischen Handeln fest und verwahrt sich dagegen, indirekte Sprechakte nicht als Illokutionen, sondern als Perlokutionen und damit als Teil strategischer Handlungen aufzufassen. Außerdem verweist er darauf, dass indirekte Sprechakte durchaus die illokutionäre Funktion der Verständigung erfüllen können, dass diese also als sprachliche Mittel durchaus funktionieren. »Wenn es zur kommunikativen Kompetenz von Sprechern und Hörern gehört, die Differenz von Satzbedeutung und Sprecherintention alltäglich handhaben zu können, hat es wenig Sinn, diese indirekten Formen der Verständigung als Formen der Täuschung zu begreifen« (Greve 1999: 243).<sup>57</sup>

Wenzel und Hochmuth schließlich kritisieren an der Beschränkung auf Äußerungen in wörtlicher Bedeutung, dass damit das Problem der Etablierung intersubjektiven Verständnisses gerade aus der Analyse ausgeschlossen werde, das durch die Theorie doch eigentlich erhellet werden sollte. Sie sehen die normative Bindungswirkung der Sprechakte im kommunikativen Handeln, also die grundlegende Möglichkeit der Kritisierbarkeit von Äußerungen, als abhängig von der wörtlichen Formulierung bzw., genauer, von der Kontextunabhängigkeit von Sprechakten. Dann aber kann nicht mehr aus Gründen der Eleganz aus der Analyse ausgeschlossen werden, was als einzige die Theorie widerlegen könnte, nämlich die indirekten, kontextabhängigen Sprechakte. Diese Sprechakte sind aber weder auszuschließen noch unter die Perlokutionen

---

57 Habermas dazu: »Die sprachliche Abgrenzung der Realitätsebenen von ›Spiel‹ und ›Ernst‹, der sprachliche Aufbau einer fiktiven Realität, Witz und Ironie; übertragender und paradoxer Sprachgebrauch, Anspielungen und die kontradiktorische Zurücknahme von Geltungsansprüchen auf metakommunikativer Ebene – alle diese Leistungen beruhen auf der absichtlichen Verwechslung von Seinsmodalitäten. Die formale Pragmatik kann zur Aufklärung des Täuschungsmechanismus, den der Sprecher dabei beherrschen muss, mehr beitragen als eine noch so genaue empirische Beschreibung der erklärungsbedürftigen Phänomene« (Habermas 1981a: 444f.).

einzuordnen, sondern gehören zu den wesentlich äußerungsfähigen Illokutionen. Habermas, so Wenzel und Hochmuth, wolle

»mit ihrer Einordnung als Perlokutionen nur verhindern, dass sie als Illokutionen erkannt werden, wird doch in diesem Fall offensichtlich, dass ein Verständigungserfolg eintreten kann oder nicht, eben kontingent ist. [...] Indirekte, kontextabhängige Sprechakte können damit durchaus zu den wesentlichen äußerungsfähigen Illokutionen gezählt werden. An ihnen – das sieht auch Habermas – wird die Kontingenz von Verständigungserfolgen deutlich, dann nämlich, wenn eine gemeinsame Situationsdefinition nicht selbstverständlich vorausgesetzt werden kann« (Wenzel/Hochmuth 1989: 264).

Dementsprechend behaupten sie gegen Habermas' Verständigungsbegriff die These der Kontingenz von Kommunikation (s. unten).

Wie grundlegend das Problem der indirekten Sprechakte die Sprechakttheorie trifft (und insofern auch beide Interpretationsvarianten betrifft), zeigt sich insbesondere an der Kritik Derridas (vgl. Derrida 2001), die dieser zwar nur mit Blick auf Searle formuliert, die sich aber aufgrund der Konsistenz zwischen Habermas und Searle in diesem Punkt auch auf Habermas übertragen lässt. Sie betrifft nicht nur den einzelnen Aspekt der indirekten Sprechakte, sondern greift das ganze Kommunikationsverständnis an und entwickelt auf dieser Ebene eine Alternative.

Ausgangspunkt für Derrida ist nicht die Untersuchung von Sprache, sondern von Kommunikation. Daraus ergibt sich eine besondere Aufmerksamkeit für die Medien der Kommunikation – gesprochene Sprache zum einen, Schrift zum anderen. An dem Unterschied von Sprache und Schrift macht Derrida auch seine Hauptkritik fest: Während Erstere von der Sprechakttheorie zur Grundlage der Betrachtung gemacht wird, ergibt sich erst aus den besonderen Eigenschaften Letzterer das Wesen der Kommunikation, das insofern auch von der Sprechakttheorie nicht ausreichend erfasst wird.

Was ist nun das Besondere am Medium der Schrift, das zu einer Berücksichtigung in jeder Theorie der Kommunikation zwingen soll?<sup>58</sup> Aus dem Medium der Schrift ergibt sich als wesentliches Merkmal von Kommunikation *Abwesenheit*. Abwesenheit bezieht sich zunächst auf den Empfänger einer (schriftlichen) Mitteilung. Wer schreibt, tut dies meist nicht, um einer anderen anwesenden Person etwas mitzuteilen,

---

58 Derrida geht sogar so weit, eine Theorie der Schrift für grundlegender zu halten als eine Theorie der Kommunikation. Dies kann jedoch als rhetorische Überzeichnung gewertet werden (s. Derrida 2001: 17f.) und braucht hier nicht weiter diskutiert zu werden.

sondern weil der intendierte Empfänger entweder räumlich oder zeitlich entfernt ist.

Außerdem bezieht sich Abwesenheit auch auf den Sender einer Mitteilung – wer etwas schreibt, »äußert« sich, das heißt er ist nicht mehr Teil der Mitteilung, die sich von ihm ablösen kann, zum Beispiel um zum entfernten Empfänger geschickt zu werden. Von der Mitteilung aus betrachtet, sind also sowohl der Sender als auch der Empfänger abwesend. Derrida in seiner Kritik an Condillac, der für ihn repräsentativ für die traditionelle Sichtweise von Kommunikation steht:

»Die Abwesenheit des Senders, des Empfängers, vom Zeichen, das er hinterlässt, das sich von ihm ablöst und über seine Gegenwart hinaus und jenseits der gegenwärtigen Aktualität seines Sagen-Wollens, ja sogar über sein Leben selbst hinaus weiterwirkt, diese Abwesenheit, die dennoch zur Struktur jeder Schrift – und, wie ich weiter unten hinzufügen werde, jeder Sprache im allgemeinen – gehört, diese Abwesenheit wird von Condillac nicht untersucht« (Derrida 2001: 21).

Schließlich ist in der Schrift auch das (reale) Objekt, auf das sich die Zeichen beziehen, abwesend, ein Punkt, der von Derrida an dieser Stelle nicht ganz so deutlich hervorgehoben wird, aber ebenso Merkmal der Schrift ist.

»Die Möglichkeit, die Zeichen zu wiederholen und damit zu identifizieren, ist in jedem Code impliziert, macht aus ihm ein kommunizierbares, übermittelbares, entzifferbares Raster, das für einen Dritten, also für jeden möglichen Benutzer überhaupt, iterierbar ist. Jede Schrift muss daher, um das zu sein, was sie ist, in radikaler Abwesenheit jedes empirisch bestimmten Empfängers überhaupt funktionieren können. Und diese Abwesenheit ist nicht eine fortgesetzte Modifikation der Anwesenheit, es ist ein Bruch der Anwesenheit, der ›Tod‹ oder die Möglichkeit des ›Todes‹ des Empfängers, eingeschrieben in die Struktur des Zeichens [...]« (Derrida 2001: 25).

Das Merkmal der Abwesenheit wird von Derrida jedoch nicht nur als Merkmal schriftlicher Kommunikation bestimmt, sondern ebenso von mündlicher und allgemein jeglicher Kommunikation. Sein Argument dazu baut auf einer Bestimmung schriftlicher Zeichen auf, die als wesentliche Merkmale die Iterabilität, eine »Kraft zum Bruch mit seinem Kontext« sowie die Verräumlichung des Zeichens selbst umfassen (vgl. Derrida 2001: 27f.). Diese Merkmale, so das Argument bei Derrida, lassen sich auch auf andere Formen der Kommunikation als nur die schriftliche übertragen, ja sogar auf die Erfahrung überhaupt, und insofern kann die schriftliche Kommunikation, anders als in der Kommunikati-

onstheorie üblich, als Modell für Kommunikation im Allgemeinen dienen.

Die Bestimmung von Abwesenheit als wesentliches Merkmal von Kommunikation ist insofern ein grundlegender Bruch mit traditionellen Kommunikationstheorien wie z. B. der Sprechakttheorie, als sie den Rückschluss auf die Bedeutung des Kommunizierten durch Rückgriff sowohl auf den Kontext als auch die Intentionen des Senders unmöglich macht. Kommunikation wird in dieser Betrachtungsweise gelöst aus dem Produktions- wie aus dem Rezeptionszusammenhang und gewinnt stattdessen eine gewisse Autonomie, ein Eigenleben ebenso wie eine Eigendynamik. Derrida geht so weit, der Mitteilung (bei ihm dem Schriftstück) Handlungsfähigkeit zuzusprechen, er bleibt also dem Handlungsparadigma der Sozialtheorie treu, überspitzt es allerdings rhetorisch provokant durch Anwendung auf ein Objekt wie eine Mitteilung:<sup>59</sup>

»Damit ein Schriftstück ein Schriftstück ist, muss es fortfahren zu ›handeln‹ und selbst dann lesbar sein, wenn der sogenannte Autor des Schriftstücks nicht mehr für das, was er geschrieben und anscheinend unterschrieben hat, einsteht, sei er nun vorläufig abwesend, sei er tot, oder sei es, dass er das scheinbar ›in seinem Namen‹ Geschriebene ganz allgemein nicht mehr mit seiner absolut aktuellen und anwesenden Intention oder Aufmerksamkeit, mit der Fülle seines Sagen-Wollens unterstützt.« (Derrida 2001: 26).<sup>60</sup>

Gegen die Orientierung insbesondere am Sender-Pol der Kommunikation setzt Derrida also die Eigenmächtigkeit des Zeichens, der Mitteilung.

Damit verbietet sich nicht nur der Intentionalismus und der Rückgriff auf individuelle Einstellungen, sondern ebenso die Reduktion des Gegenstandsbereiches der Theorie auf Sprechakte unter Standardsituationen. Denn durch die Abwesenheit des Zeichens von einem Entstehungs- oder sonstigen Kontext kann sich die Kommunikation des Zeichens bemächtigen, kann es wieder und wieder verwenden (Iterabilität), auch entgegen der ursprünglichen Intention, kann so die Bedeutung des Zeichens variieren und mit dem Zeichen und seiner Bedeutung spielen (Dissemination). Wenn aber weder von einer Verwendung von Sätzen in ihrer wörtlichen Bedeutung ausgegangen werden kann noch davon, dass

59 Eine ähnliche Rhetorik findet sich bei Luhmann, wenn er sagt, nur die Kommunikation könne kommunizieren (Luhmann 1990a: 31).

60 Vgl. auch die folgende Bemerkung mit einer Analogie zum Begriff der Maschine: »Schreiben ist das Produzieren eines Zeichens, das eine Art Maschine darstellt, die ihrerseits produktiv ist und die durch mein zukünftiges Verschwinden prinzipiell nicht daran gehindert werden wird, zu funktionieren und sich lesen und umschreiben zu lassen.« (Derrida 2001: 25).

ein Zeichen überhaupt eine definitive Bedeutung hat, dann ist die Einschränkung der Sprechakttheorie auf die Standardsituation eine nicht zu rechtfertigende Verkürzung des Gegenstandsbereichs, die Verzerrungen und Fehldeutungen zur Folge haben muss. Derrida macht dieses Problem an der Sprechakttheorie im Allgemeinen und bereits bei Austin fest, es lässt sich aber, wie oben argumentiert wurde, unmittelbar auf Habermas übertragen.

»Austin schließt mit allem, was er *sea-change* nennt, das ›Unernst‹, die ›Parasitierung‹, die ›Verkümmerung‹, das ›Nicht-Gewöhnliche‹ (zusammen mit der ganz allgemeinen Theorie, die, sofern sie all dem Rechnung trägt, nicht mehr von diesen Oppositionen beherrscht wäre) aus, also das, was er dennoch als eine für jede Äußerung offenstehende Möglichkeit anerkennt« (Derrida 2001: 38).

Und:

»Wenn diese Iterationsstruktur gegeben ist, wird die Intention, die die Äußerung beseelt, niemals sich selbst und ihrem Inhalt durch und durch präsent sein. Die Iteration, die sie a priori strukturiert, bringt eine wesentliche Dehizienz und einen wesentlichen Bruch in sie hinein. Das ›Unernst‹ und die *oration obliqua* können von der ›gewöhnlichen‹ Sprache nicht mehr ausgeschlossen werden, wie Austin es wünschte« (Derrida 2001: 40f.).

Darüber hinaus leitet Derridas hier zitierte Kritik an der Sprechakttheorie bereits über zum nächsten Punkt, der Frage der Kontingenz von Kommunikation, die eine Begleiterscheinung dieser Unernsthaftigkeit bzw. der Möglichkeit dazu darstellt. Bevor wir darauf eingehen, soll eine Konsequenz des Derrida'schen Gedankengangs ausgeführt werden, die zu einem alternativen Entwurf von Diskursen hinführt. Nach Derrida ist das Unernst, das Changieren der Bedeutung und die variierende Verwendung derselben Zeichen ein zentrales Merkmal von Kommunikation. Darin drückt sich ein *spielerischer Charakter* von Kommunikation aus, der gegen die Sichtweise der Sprechakttheorie und Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns festzuhalten ist.<sup>61</sup> Wie wir gese-

---

61 Hinweise auf den spielerischen Charakter von Kommunikation finden sich bei Derrida häufig implizit (s. allerdings Derrida 1972), wenn er selbst mit seiner Mitteilung, also mit dem Vortragstext spielt bzw. zumindest ein klares Verständnis immer wieder zu verhindern, zu verschleiern versucht: So z. B. wenn er mit der Möglichkeit der Signatur zu einem Vortragstext spielt (Derrida 2001: 45), oder mit dem Titel seines Vortrags und dessen weiterer Verwendung als Zeichen: »All das ist nicht sehr ernst, wird viel-

hen haben, sind die in der Sprechakttheorie sogenannten »unernsten« Äußerungen ein wesentliches, nicht aus der Analyse ausschließbares Element von Kommunikation. Es wird zu prüfen sein, was für ein Verständnis von Kommunikation sich erreichen lässt, das genau diesen spielerischen Charakter zum Ausgangspunkt nimmt.

Habermas' Ausschluss des Spielerischen mag aus der Sicht seiner Theorie durchaus Sinn machen: Wer verstanden werden will, muss sich eben auch entsprechend verhalten. Aber wie bereits bei der Trennung von Perlokution und Illokution verlagert Habermas damit das Problem nur, und zwar auf eine problematische Weise. Denn es lässt sich auch bei den indirekten Sprechakten nicht mehr aus dem Gesagten, also aus der sprachlichen Äußerung auf die Bedeutung rückschließen. Vielmehr müssen zusätzlich bestimmte Annahmen über die Einstellung des Sprechers gemacht werden. Problematisch ist dieser Rekurs auf Einstellungen sowohl bei der Trennung von Illokution und Perlokution als auch bei den indirekten Sprechakten vor allem insofern, als diese innerpsychischen Vorgänge der Kommunikationsteilnehmer intersubjektiv nicht verfügbar sind. Sie sind, wenn überhaupt, nur dem Individuum selbst zugänglich bzw. können nur sekundär, durch Beobachtung oder eben wiederum durch Kommunikation, gewonnen werden. Die Kenntnis der jeweiligen Einstellung eines Sprechers kann aber nicht als intersubjektiv geteiltes Wissen für die Kommunikation vorausgesetzt werden.

Ursprünglich hatte Habermas seine Herleitung der Theorie des kommunikativen Handelns mit dem Begriff des Spiels begonnen, nämlich mit Wittgensteins »Sprachspielen«. <sup>62</sup> Von Wittgenstein übernimmt er allerdings nur dessen Analyse des Begriffs der Regel, vor den Implikationen des Spiel-Begriffs schreckt er schnell zurück, da er für ihn den Eindruck der Beliebigkeit erweckt: »Eine Sprache ist eben doch nicht bloß ein Spiel, wir müssen sie ernstnehmen« (Habermas 1984a: 73). Entsprechend wirft er Wittgenstein vor, dieser habe den kognitiven

---

leicht Searle sagen. Ernst? Nicht ernst? Das ist die Frage: Warum erregt und verärgert ihn dies dermaßen?« (vgl. Derrida 2001: 244, FN. 4).

62 Vgl. dazu auch den Begriff des »Argumentationsspiels«: »Der Begriff des Arguments ist von Haus aus pragmatischer Natur: was ein »guter Grund« ist, zeigt sich erst an der Rolle, die er innerhalb eines Argumentationsspiels hat, d. h. an dem Beitrag, den er nach den Regeln dieses Spiels für die Entscheidung der Frage leistet, ob ein strittiger Geltungsanspruch akzeptiert werden darf oder nicht. Der Begriff einer auf die pragmatische Dimension des geregelten Wettstreits von Argumenten ausgedehnten Verfahrensrationalität erlaubt es dann, die semantischen Eigenschaften von Gründen durch die indirekt geltungskonstitutiven Eigenschaften eines Arrangements zu ergänzen, in dem sich das von guten Gründen mitgeführte Potential rationaler Motivation erst aktualisiert« (Habermas 1992a: 279).

Sprachgebrauch, also die Verständigung über Gegenstände, zugunsten des kommunikativen, also der Herstellung intersubjektiver Beziehungen, vernachlässigt. »Er ist in den komplementären Fehler verfallen und hat fortan die *privilegierte Rolle des kognitiven Sprachgebrauchs* ignoriert« (Habermas 1984a: 79, Hervorh. St. A.). Doch diese Privilegierung wird offenbar lediglich durch die Bedeutung für die Diskurstheorie begründet. Ganz ähnlich kritisiert auch Krämer bei Habermas eine »Hypostasierung der apophantischen Rede« (Krämer 2001: 90), also eine Überschätzung der Bedeutung von Aussagesätzen und der Repräsentationsfunktion von Sprache in Bezug auf die Welt. »Ist dieses logoszentrierte Bild von der Sprache als einem Medium von Aufklärung angemessen, wenn es darum geht, gerade ihrer intersubjektiven Bindungskraft auf die Spur zu kommen?« (Krämer 2001: 90).

Die bisherigen Kritikpunkte betrafen mit den Imperativen und den indirekten Sprechakten bereits zwei grundlegende Einwände gegen die sprechakttheoretische Konzeption von Habermas. Mit dem Problem der Kontingenz von Kommunikation werden deren Implikationen zum Teil aufgenommen und die Kritik auf einer allgemeineren Stufe formuliert, den Begriff der Kommunikation als solchen betreffend. Die Derrida'sche Kritik an der Behandlung indirekter Sprechakte hat den Weg bereits vorgezeichnet: Anomalien an den Randbereichen der Theorie (Imperative) und bereits zentraleren Bereichen (indirekte Sprechakte), die sich trotz der Bemühungen nicht theorieintern und -konsistent beheben lassen (vgl. Habermas 1984c: 4; Habermas 1996d), führen zu einer Kritik an zentralen Annahmen der Theorie, verbunden (zumindest im Fall Derridas) mit der Formulierung einer paradigmatisch neuen Perspektive auf das übergreifende Phänomen Kommunikation. Die grundlegendere Kritik nun macht sich am Begriff der Kontingenz fest, der einer Vorstellung der Geschlossenheit und Ernsthaftigkeit von Kommunikation gegenübergestellt wird.

Derrida schloss aus dem Phänomen der indirekten Sprechakte, der Zitier- und Wiederholbarkeit sprachlicher Zeichen auf einen Bruch in der Kommunikation, auf die Unernsthaftigkeit, die von der Sprechakttheorie voreilig aus der Betrachtung ausgeschlossen wurde. Ebenso lässt sich daraus eine weitere Konsequenz ableiten, die im Gegensatz zu den von Searle formulierten (und auch von Habermas aufgenommenen) Gelingensbedingungen von Kommunikation steht: das Misslingen von Kommunikation, das Nicht-Verstehen. Nach Derrida gehört die Möglichkeit des Scheiterns der Kommunikation, des Misslingens immer auch zum Gegenstand Kommunikation, und eine Theorie der Kommunikation darf sie nicht als Negatives aus der Betrachtung ausschließen.

»Austins Vorgangsweise ist ziemlich bemerkenswert und typisch für diese philosophische Tradition [die von Derrida als »ideologisch« bezeichnete, St. A.], mit der er so wenig gemein haben möchte. Sie besteht darin, anzuerkennen, dass die Möglichkeit des Negativen (hier der *infelicities*) zwar eine strukturelle Möglichkeit ist und dass das Misslingen ein unabdingbares Risiko der untersuchten Vorgänge darstellt; dann, in einer fast unmittelbar gleichzeitigen Geste, im Namen einer Art idealer Regulierung, wird dieses Risiko als ein zufälliges, äußerliches Risiko ausgeklammert, das uns nichts über das untersuchte Sprachphänomen lehrt. Das ist umso seltsamer, streng genommen unhaltbar, als Austin mit Ironie den »Fetisch« der Opposition *value/fact* anprangert« (Derrida 2001: 35f.).

Die alternative Sichtweise schliesse demnach das Misslingen als unabdingbares Risiko der Kommunikation ein, ja vielleicht sogar als wesentliches Merkmal des Phänomens und somit als etwas, das nicht aus einer Theorie der Kommunikation ausgeschlossen werden kann, sondern einen Bestandteil derselben darstellen muss.

Einen solchen Einwand haben Wenzel und Hochmuth explizit formuliert. Sie unterziehen Habermas' These, Verstehen müsse in Einverständnis münden (das bei Habermas »Bedeutung und Akzeptabilität« umfasst, wie Greve (2003: 115) prägnant formuliert), einer kritischen Analyse:

»Wir möchten fragen: Gehört es tatsächlich *notwendig* zum Wesen von Verständigung, dieses Einverständnis des Hörers und damit dessen moralische Obligation zu Folgehandlungen herbeizuführen, *zwanglos* zu *erzwingen*? Sind Verständigungserfolge dagegen vielleicht nur *wahrscheinlich*? Kommen Einverständnisse entsprechend nicht bloß *kontingent* zustande?« (Wenzel/Hochmuth 1989: 243, Hervorh. im Orig.).

Die These der Kontingenz von Kommunikation greift also genau den Zusammenhang zwischen der kommunikativen bzw. linguistischen Funktion des Verstehens (im Sinne von: die Bedeutung einer Äußerung verstehen) und der sozialen Funktion, der Stiftung einer intersubjektiven Beziehung, an. Sie behauptet, die angenommene normative Bindungskraft von Kommunikation besteht nicht auf der Grundlage von Kommunikation, sondern ist als dieser extern anzusehen, der Zusammenhang von Bedeutung und Geltung ist als kontingent anzunehmen. Statt die Annahme einer Äußerung auf den Akt des Verstehens zurückzuführen, muss nach »motivierenden, durchaus kontextabhängigen »Gründen« (Wenzel/Hochmuth 1989: 265) gesucht werden, die den Übergang von Bedeutung zu sozialen Folgen (wie das Einverständnis zu charakterisieren ist), sichern, erleichtern oder überhaupt erst möglich machen.

Wenzel und Hochmuth stützen ihre These durch Verweis auf das Problem der Imperative. An diesen zeigen sie die Kontextabhängigkeit des Verstehenserfolges auf, ganz ähnlich wie Grice das Problem der indirekten Sprechakte durch die »konversationale Implikatur« löst.<sup>63</sup> Und sie zeigen, »dass in kontextabhängiger Rede der Verständigungserfolg dann empirisch motiviert, kontingent sein müsse« (Wenzel/Hochmuth 1989: 259). Kontingenz meint dabei die Abhängigkeit von situativen Faktoren, im Unterschied zu der bei Habermas angelegten situationsunabhängigen Geltung von Bedeutungen.

Auch der Ersatz von Kontext durch lebensweltliches Umfeld löst nach Darstellung von Wenzel und Hochmuth die Kommunikation nicht aus ihrer grundlegenden Kontingenz. Insofern schließen sie: »Habermas kann die Kontingenz von Verständigungserfolgen in seiner formalpragmatischen Begründung nicht wirksam ausschließen. Damit ist die pauschale Inanspruchnahme einer rationalen Motivation zurückgewiesen, die sich allein aus dem Verstehen von wörtlichen Äußerungen, von Sätzen herleiten soll [...]« (Wenzel/Hochmuth 1989: 265).

Dieser Hinweis auf die grundlegende Kontingenz von Kommunikation durchzieht weite Bereiche der Habermas-Kritik. Hier scheint in der Tat eine Differenzlinie der Kommunikationstheorien zu liegen, die idealistische Modelle von stärker an realweltlichen Erfahrungen orientierten trennt. Doch wie wir gesehen haben, handelt es sich hier nicht um eine Abgrenzung von normativer vs. empirischer Betrachtung von Kommunikation (zu dieser s. den nächsten Abschnitt). Vielmehr geht es um tief in den Grundlagen der Theorie verwurzelte Annahmen über den Gegenstandsbereich, die, so die Kritik, nicht haltbar sind. Die Frage ist letztlich, inwiefern wir bereit sind, misslingende Kommunikation, Mehrdeutigkeiten, und »unernstes« Kommunizieren in den Rahmen unserer wissenschaftlichen Untersuchung einzubeziehen und mit zur Grundlage einer Theorie der Kommunikation zu machen.

Schneider hat die Entscheidung über diese Frage als ihrerseits kontingent, als abhängig von den Forschungsinteressen charakterisiert. In seinem Vergleich von Sprechakttheorie und Luhmann'scher Systemtheorie stellt er das Problem der Kontingenz von Kommunikation am Beispiel einer missverstandenen, aber gerade deshalb sozial wirksamen Äußerung in den Mittelpunkt.<sup>64</sup>

---

63 Nach dieser These können die Geltungsbedingungen von Sprechakten durchaus verletzt werden, wenn dabei durch den situativen Kontext sichergestellt ist, welche Bedeutung den indirekten Sprechakten tatsächlich eigentlich zukommt (vgl. Grice 1989).

64 Vgl. W. L. Schneider 1996: 268. Es geht dabei um einen Steuerprüfer, der am Stammtisch in rein privater Absicht eine Bemerkung über eine geplan-

»Anders als bei Searle schließt Verstehen im Sinne Luhmanns sowohl *richtiges* wie auch *falsches* Verstehen ein. Kommunikative Handlungen können daher, im Gegensatz zu den Annahmen der Sprechakttheorie, auch ohne entsprechende Absicht eines Sprechers erzeugt werden, dann nämlich, wenn andere seine Äußerungen als Ausführung dieser Handlung verstehen« (W. L. Schneider 1996: 269, Hervorh. im Orig.).

Kritik lässt sich allerdings in beiden Richtungen formulieren: Die Systemtheorie mit ihrem kontingenten Verstehensbegriff kann darauf verweisen, dass die Sprechakttheorie das Phänomen nur als Residuum, als »Fehler im System« behandeln kann, weil sie Kommunikation von der Frage der Fortsetzung, also der Systemerhaltung her begreift. Andererseits kann aber die Sprechakttheorie darauf verweisen, dass für sie diese Art des Miss-Verstehens berechtigterweise uninteressant ist, weil sie sich dafür interessiert, wie Sprecher zu einer Äußerung motiviert werden, und dies geschieht eben nicht über die nicht-antizipierbaren Folgen der Kommunikation, sondern über die intersubjektive Beziehung zwischen Sprecher und Hörer. »Ohne die Aussicht auf das Gelingen der eigenen Äußerungen als intentionale Handlungen gibt es kein hinreichendes Motiv für die Beteiligung des Sprechers an Kommunikation« (W. L. Schneider 1996: 272). Insofern liefe die Differenz also auf eine Frage des Beobachtungsinteresses hinaus.

An dieser Stelle interessiert uns jedoch nur die Blickrichtung auf die Sprechakttheorie. Für sie ergibt sich aus der Kritik, dass auch bei einem Fokus auf die Intentionen der Sprecher die andere Seite, das Misslingen korrekten Verstehens mitsamt seinen Folgen, nicht ignoriert werden kann, sondern erklärungsbedürftig ist. Denn:

»Eine prästabilisierte Übereinstimmung des Wissens, das mit jedem neuen Äußerungsereignis von den beteiligten Psychen aktualisiert wird, kann allerdings kaum angenommen werden. Die Strukturierung von Kommunikation muss demnach Möglichkeiten bieten, um Differenzen zwischen antizipiertem und

---

te Steuerprüfung fallen lässt, die von einem Hörer als Warnung aufgefasst und entsprechend weiterkommuniziert wird, was dem Steuerprüfer neue Freundschaften einbringt. »Das Beispiel zeigt, wie eine Sprechhandlung *sozial gültig* erzeugt werden kann, ohne vom Sprecher beabsichtigt worden zu sein. Soziale Geltung erfährt die Handlung hier dadurch, dass sie dem Sprecher *von anderen zugerechnet* und zur Grundlage von Anschlusshandlungen wird. Searles Begriff des *Gelingens* einer Sprechhandlung, so können wir daraus schließen, ist demnach zu eng gefasst. Er ist deshalb empirisch inadäquat und bedarf der Revision« (W. L. Schneider 1996: 268, Hervorh. im Orig.).

kommunikativ realisiertem Verstehen rasch zu identifizieren und zu korrigieren« (W. L. Schneider 1996: 272).

Schneider schlägt vor, die Frage des richtigen oder falschen Verstehens von der Sequenzialität von Kommunikation her zu betrachten. Das heißt der Hörer zeigt durch eine Reaktion an, welche Art von Verstehen er vollzieht, und der Sprecher hat durch eine zweite Reaktion (also einen dritten Sequenzschritt) die Möglichkeit, dieses Verstehen als richtig oder falsch zu sanktionieren bzw. dem Hörer richtiges oder falsches Verstehen zu bestätigen.

»An jeder dritten Stelle einer kommunikativen Sequenz, so die daraus abzuleitende Generalisierung, fungiert Verstehen als Unterscheidung von richtig Verstehen und falsch Verstehen (von ›Gelingen‹ und ›Misslingen‹ eines intendierten Sprechaktes) in der Kommunikation und wird eine ihrer beiden Seiten bezeichnet« (W. L. Schneider 1996: 273).

Diese Lösung vermag allerdings nicht zu überzeugen. Denn aus einer Perspektive kontingenten Verstehens ist zu fragen, wie denn der zweite Kommunikationsversuch (die Reaktion des Hörers), der die Kontingenz des ersten kitten helfen soll, richtig zu verstehen ist. Denn auch dieses Verstehen erfordert eine Reaktion, die wiederum eine Sequenz von Kommunikationsversuchen nach sich zieht, deren Bedeutungen jeweils durch Kontingenz geprägt sind. Schneiders Antwort würde somit das Problem eher vervielfachen als lösen.

Auch aus Sicht der Sprechakttheorie sind Zweifel angebracht, denn wiederum müsste geklärt werden, auf welchen motivationalen Annahmen die Reaktion des Hörers fußt, wenn auch sie vom falsch Verstandenwerden bedroht ist, ebenso die Reaktion auf die Reaktion usw. Schnell kommt diese Argumentation der Habermas'schen Forderung nahe, den Diskurs als unendlichen Diskurs anzusehen. Als real motivierende Kraft ist eine solche Verkettung von Bestätigungen des Verstehens jedoch kaum glaubhaft zu machen. Insofern bleibt das Problem der Kontingenz von Kommunikation für Habermas ein Problem, das offenbar nur durch Ausschluss wesentlicher Teile kommunikativer Äußerungen aus der Theorie zu lösen ist.

Eine sehr frühe Anmerkung in genau dieser Richtung, die die Kontingenz von Kommunikation als Problem darstellt, das zu einer grundlegenden Veränderung der Sichtweise zwingt, stammt von Niklas Luhmann. Er verweist in einer Kritik an Habermas darauf, dass vielfältige Formen der Sozialität bei Habermas' Begrenzung auf »ernste«, an Begründungen orientierte Kommunikation ausgeschlossen sind. »Sie de-

cken weder den Fall der Liebe, noch den Fall des Streites, noch den der bloßen Wahrnehmung des anderen, den des Ausweichens, den der praktischen Imitation, der primären Sozialisation usw.« (Luhmann 1971: 320f.). Was wie ein empiristisches Argument ansetzt, entwickelt sich aber in die grundsätzlichere Richtung der Kontingenzthese:

»Man kann sehr gut zusammen leben auf Grund der wechselseitigen Überzeugung, dass die Begründungen des anderen falsch sind – auch und gerade dann, wenn jeder die Meinung des anderen über seine Meinung kennt und auch dieses Kennen der Meinung über das Meinen noch bekannt ist und sich wechselseitig stabilisiert hat –, sofern nur ausreichend operativer Konsens beschafft werden kann« (Luhmann 1971: 320f.).

Auch Luhmann geht also von einer Trennung der beiden Phänomene des korrekten Verstehens und der sozialen Bindungswirkung aus, genau wie von Wenzel und Hochmuth ausgeführt wurde. Auch ein in Habermas' Worten »falscher Konsens« kann demnach die soziale Funktion der Kommunikation, die Verständigung (hier allerdings nicht im emphatischen Sinn des Einverständenseins) erfüllen.<sup>65</sup>

Als weitere Kronzeugen der Kontingenz von Kommunikation können auch Streeck und erneut Greve herangezogen werden. Streeck kritisiert den Verstehensbegriff bei Searle mit Verweis auf die pragmatische Dimension, die bei diesem gerade vernachlässigt wird. »The criterion of understanding is not a demonstrable identity in meaning assignments but is the extent to which a reached understanding enables further activity. Understanding in natural discourse is understanding for practical purposes.« (Streeck 1980: 146) Auch er geht also von einer Trennung von Bedeutung und sozialer Wirksamkeit aus, die von Habermas negiert wird. Greve wiederum kommt mit Bezug auf die Trennung von kommunikativem und strategischem Handeln und ihrer Bedeutung für das Verstehen zu folgendem Schluss:

»Der Rekurs auf die Sprache belegt hier das Gegenteil dessen, was Habermas mit ihm zeigen wollte. Sprachliche Äußerungen können in vielen Fällen verstanden werden, selbst wenn den Akteuren lediglich eine Erfolgsorientierung

65 Auch Malsch verweist auf die Bedeutung der Anschlussfähigkeit von Kommunikation als Erfolgskriterium: »In der Umstellung von Kognition auf Kommunikation, durchgeführt als Injektion von doppelter Kontingenz in den Turing Test, hat sich im voranstehenden Kapitel gezeigt, wie Erwartungssicherheit auch aus Fehlidentifikation und nicht allein aus korrekter Identifikation eines Gesprächspartners entstehen kann. Das heißt jedoch nichts anderes, als dass Kommunikation im Unterschied zu Kognition auch im Irrtumsfall erfolgreich sein kann« (Malsch 2005a: 75f.).

unterstellt wird. [...] Die Handlungsorientierungen können demnach generell unabhängig von den Sprechhandlungsformen variieren« (Greve 1999: 256).

Insgesamt scheint diese Kritik an den Implikationen des Kommunikationsbegriffs bei Habermas sowohl einen zentralen Punkt zu berühren als auch substantiell gerechtfertigt zu sein. Für die hier beabsichtigte Untersuchung ist allerdings noch zu klären, inwiefern mit der Grundlage »Kommunikation« auch der speziellere Bereich der Theorie Habermas', die Diskurstheorie, von der Kritik betroffen ist, bevor diese insgesamt als Ansatz zur Beschreibung von Diskursen abgelehnt werden kann.

In der Tat besteht bei Habermas, das wurde in der Darstellung seines Ansatzes deutlich, ein sehr enger Zusammenhang zwischen der Vorstellung von Kommunikation und dem Begriff des Diskurses. Ausgangspunkt der Theorieentwicklung ist ja gerade die Frage, wie sich aus einem kommunikationstheoretischen Fundament die normativen Begründungen gesellschaftlicher Praxis begründen lassen – worauf das diskursive Verfahren die Antwort darstellt. Wie oben gezeigt, geht der Diskurs von einfacher Kommunikation, also von Sprechakten nach Standardbedingungen, aus und kommt mit der Hinterfragung ihrer Geltungsansprüche in Gang. Die Annahme, dass nur intersubjektiv geteilte Geltungsansprüche zur Basis von dauerhafter Kooperation werden können, liegt diesem Diskursbegriff mit der These von der Vorgängigkeit kommunikativen Handelns vor strategischem Handeln zugrunde. Wenn sich aus Kommunikation auch anders als durch einen – ideal unterstellten oder faktisch (also approximativ) geführten – Diskurs Konsens herstellen lässt, wenn sich der Konsens auch durch den Diskurs nicht herstellen lässt, oder wenn sich zeigt, dass die Unterscheidung zwischen richtigem und falschem Konsens nicht nur in der Praxis unter realweltlichen Bedingungen, sondern auch in der Abgeschlossenheit der Theorie nicht konsistent und sinnvoll treffen lässt, dann entfällt auch für den Diskursbegriff die theoretische Grundlage. Diskurse können dann zwar noch immer geführt werden, aber für sie kann nicht mehr unbedingt eine herausgehobene Stellung gegenüber andersartiger Kommunikation beansprucht werden. Ihre Ergebnisse zeichnen sich dann nicht durch eine besondere normative Bindungskraft im Unterschied zu normaler Kommunikation aus, und sie unterliegen selbst Gelingensbedingungen, die in der bisherigen Theorie nur als externe Störfaktoren vorkommen.<sup>66</sup>

---

66 Vgl. auch Bourdieus Kritik in den Pascaliennischen Meditationen: »Die Vorstellung vom politischen Leben etwa, die Habermas ausgehend von einer Beschreibung der Herausbildung von ›Öffentlichkeit‹ vorträgt, wie sie mit den die Entwicklung einer bürgerlichen Kultur begleitenden und stützenden Institutionen (Presse, Clubs, Kaffeehäuser) im 18. Jahrhundert in

Dennoch hat die Theorie Habermas' wichtige Fragen aufgeworfen, die für jede weitere Überlegung zum Stellenwert und zu den Bedingungen von Diskussionen berücksichtigt werden müssen. So ist entlang der von Schneider aufgebauten Verteidigungslinie zu fragen, wie Kommunikation eigentlich funktionieren kann, wenn es nicht die Verständigung ist, die sie vorantreibt? Welche alternativen Motivationsfaktoren oder konsenssichernden Einrichtungen lassen sich vorstellen? Auch ist der besondere Charakter der Ergebnisse von Diskursen erklärungsbedürftig, sofern er nicht gemeinsam mit der Theorie entsorgt werden soll (und dagegen spricht eine Vielzahl empirischer Beobachtungen, die sich nur mit seiner Hilfe erklären lassen). Es ist also zu fragen, wie Diskurse zur Erhellung von umstrittenen Fragen dienen können, wie sie zu neuen Ideen oder zur Veränderung bestehender argumentativer Positionen führen können? Diese Fragen werden an späterer Stelle in dieser Studie wieder aufzugreifen sein. Als kleiner Ausblick auf den später zu entwickelnden Ansatz kann festgehalten werden, dass der Spielbegriff geradezu zu Begrifflichkeiten auffordert, die die konstitutiven Regeln des Sprachspiels »Diskurs« beschreiben und den Blick auf bestimmte Institutionen lenken, die etabliert sein müssen, bevor sich ein Diskurs – mit den hier skizzierten Charakteristika – entfalten kann. Doch dazu später.

### **Normative vs. empirische Betrachtung von Diskursen**

Sozusagen orthogonal zu den bisher vorgebrachten Einwänden steht die Problematik des Verhältnisses von empirischer Beschreibung und normativer Setzung in der Diskurstheorie. Die dahingehende Kritik an Habermas bezieht sich – zugespitzt formuliert – darauf, dass diese eine rein normative Theorie sei, die zwar durchaus eine Begründung der praktischen Vernunft im Prozessmodell des Diskurses darstelle, soziologisch aber insofern uninteressant sei, als sie von unrealistischen Annahmen, zusammengefasst in den Anforderungen an eine ideale Sprechsituation, ausgehe. Zu einer Beschreibung und Analyse realer sozialer Phänomene könne eine solche Theorie wenig beitragen, allenfalls den Diskurs über die »gute Gesellschaft« bereichern.

Obwohl Habermas selbst den kontrafaktischen Stellenwert seiner Annahmen betont, ist diese Kritik weit verbreitet. Denn wie wir bereits dargestellt haben, verweist Habermas ebenso auf den Gehalt seiner The-

---

den großen europäischen Nationen in Erscheinung trat, verdunkelt und verdrängt die Frage nach den ökonomischen und sozialen Voraussetzungen, die erfüllt sein müssten, damit die öffentliche Reflexion in Gang käme, die zu einem vernünftigen Konsens führen könnte [...]« (Bourdieu 2001: 84).

orie für die Betrachtung empirischer Kommunikation (vgl. auch Holzinger 2001a: 250). Seine Diskurstheorie soll nicht nur normative Begründungen liefern, sondern ebenso Aussagen über die reale Welt ermöglichen, und die Bedingungen diskursiver Kommunikation sind auf reale Diskurse durchaus anwendbar, wie nicht zuletzt die empirische Deliberationsforschung gezeigt hat (s. Einleitung).

Dennoch wird genau dieser Punkt an Habermas kritisiert. So bemerken etwa Wenzel und Hochmuth zu den formalen Bedingungen, durch die eine ideale Sprechsituation gekennzeichnet ist: »Habermas ist überzeugt, dass solche Bedingungen realisierbar sind. Empirische Forschung verweist eher auf die Irrealität dieser Bedingungen« (Wenzel/Hochmuth 1989: 250). Auch Luhmann wendet sich, wie bereits diskutiert, mit einer spezifisch soziologischen Argumentation gegen den geringen empirischen Bezug der Diskurstheorie (Luhmann 1971: 320f.).<sup>67</sup> Insbesondere Autoren, die sich mit der politischen Öffentlichkeit und den Diskursen dort beschäftigt haben, sei es im Internet oder in der realen Welt, betonen die große Differenz zwischen empirisch beobachtbaren Strukturen des Diskurses und den Idealisierungen Habermas'. So weist Leggewie auf den notwendig »schmutzigen« Charakter von Kommunikation hin und warnt vor den »elitären und illusionären Konnotationen« des Deliberationsbegriffes:

»Alle Ebenen der ›öffentlichen Meinung‹ sind, im Sinne der Ethnomethodologie, ›Unterhaltung‹, wobei der explizit gesellschaftspolitische oder gar kritische Anteil bekanntlich knapp bemessen ist. ›Unterhaltung‹ (im dreifachen Sinne von Klatsch, Deliberation und Entertainment) umfasst alle Ebenen der lebensweltlichen Kommunikation: In ihr verschmelzen unreflektierte und plebiszitäre Dimensionen des bloßen Fühlens, Meinens und Glaubens mit qualifizierten Aspekten des Wissens und Wollens, und zwar in einer Weise, die dem ›déliberateur avancé‹ und Diskurstheoretiker zuwider sein mögen. Doch ist *jede* demokratische Kommunikation zunächst ›schmutzig‹, kraus, ungeordnet, uferlos, unkonzentriert, rüde, bisweilen auch ›pornographisch‹ und ›extremistisch‹« (Leggewie 1996: 16, Hervorh. im Orig.).

67 Ähnlich Bourdieu, wenn er bemerkt: »Es genügt daher, zur Öffentlichkeit zurückzukehren, wie sie wirklich ist, um einzusehen, dass der epistemozentrischen Illusion, die dazu verleitet, die Universalität der Vernunft und die Existenz universalisierbarer Interessen zur Grundlage des vernünftigen Konsens zu erheben, die Ignoranz (oder Verdrängung) der Zugangsbedingungen zur politischen Sphäre und der Diskriminierungsfaktoren (wie Geschlecht, Bildung oder Einkommen) zugrunde liegt – Faktoren, die nicht nur den Zugang zu Positionen im politischen Feld einschränken, wie dies oft und namentlich im Hinblick auf Frauen gesagt wird, sondern grundsätzlicher den Zugang zu artikulierter politischer Meinung [...] und damit zum politischen Feld überhaupt« (Bourdieu 2001: 85f.).

Ähnlich argumentieren Fraser in ihrer Kritik der Habermas'schen Analyse des Strukturwandels der Öffentlichkeit (Fraser 1992) sowie Schudson, der sich gegen die Überfrachtung der Kommunikation mit sozialintegrativen Aufgaben wendet (Schudson 1997). Papacharissi schließlich fasst die idealisierende Vorstellung einer Öffentlichkeit fast lapidar zusammen: »After all, Habermas' vision was one of ›coffee-house‹ small group discussions« (Papacharissi 2002: 17). Jodi Dean urteilt differenzierter, wirft Habermas jedoch ebenfalls vor, sein Modell von souveräner, spontaner Kommunikation in der Lebenswelt sei zu naiv und idealistisch, als dass es sich zu einer Beschreibung der realen Phänomene eignen würde (Dean 2003: 104; vgl. auch Calhoun 1988: 222 sowie Ryfe 2005: 53).

Gegeneinwände gegen diesen Vorwurf richten sich meist auf das unterschiedliche Erkenntnisinteresse. Eine formale Theorie der Begründung des normativ Richtigen handelt nicht notwendigerweise von den empirischen sozialen Bedingungen, unter denen das normativ Richtige auch erkannt bzw. sogar in Handlungen umgesetzt wird.<sup>68</sup> Dieser Einwand stärkt die normativistische Interpretation der Diskurstheorie gegenüber der empiristischen. Allerdings macht Habermas durch seine Aussagen über empirische Diskurse deutlich, dass er nicht bereit ist, sich auf eine rein normative Theorie zu beschränken:

»Zustimmung zu Themen und Beiträgen bildet sich erst als Resultat einer mehr oder weniger erschöpfenden Kontroverse, in der Vorschläge, Informationen und Gründe mehr oder weniger rational verarbeitet werden können. Mit diesem ›Mehr oder Weniger‹ an ›rationaler‹ Verarbeitung von ›erschöpfenden‹ Vorschlägen, Informationen und Gründen variieren allgemein das diskursive Niveau der Meinungsbildung und die Qualität des Ergebnisses« (Habermas 1992a: 438).

Habermas gibt sich also selbst auf das Niveau empirisch beobachtbarer Kommunikation und gibt Kriterien für ihre Bewertung an. An der hier vorgebrachten Argumentation wird aber auch eine Schwachstelle des normativen Ansatzes deutlich, zumindest solange er solche Idealisierungen beinhaltet wie bei Habermas: die empirisch vorfindbaren Kommunikationsprozesse lassen sich immer nur vor einem Kontrastbild idea-

68 Vgl. Habermas 1992a: 396. So auch, ohne selbst in der Diskussion Stellung zu beziehen, Gerhards und Neidhardt (1990: 5): »Schwierigkeiten für die Forschung ergeben sich allerdings aus der bei Habermas nie völlig aufgegebenen Konfundierung empirischer und normativer Elemente seines Konzeptes, so dass immer wieder ungewiss ist, ob das angesprochene Phänomen eine soziale Bestandsgröße oder aber doch nur eine Art regulativer Idee darstellt«.

ler Kommunikation, des idealen Diskurses, bewerten, den sie allerdings – das gehört zum Wesen der Idealisierung – nie erreichen können. Insofern erscheinen empirische Phänomene immer nur mehr oder weniger defizitär, können aber in ihren Leistungen, die sie vielleicht dennoch haben, nicht analysiert werden. Zum Beispiel lässt sich annehmen, dass ein Diskurs sehr fruchtbare Ergebnisse erbringt, die vielfältige und durchaus normativ erwünschte Folgen haben. Die Theorie kann die Leistungen eines solchen Diskurses allerdings kaum würdigen, weil sie dennoch als defizitär erscheinen vor dem Modell des idealen Diskurses, und weil ihre Ergebnisse gerade unter dem Einfluss von Machtstrukturen oder anderen Verzerrungen zustande gekommen sind. Die Frage, welche Art von Verzerrungen zu besseren oder schlechteren Ergebnissen führt, lässt sich mit einer solchen Theorie nicht sinnvoll stellen. Insofern ist die Theorie vor Schwierigkeiten gestellt, über die Feststellung eines allgemeinen Defizits hinausgehend eine differenzierte Bewertung der empirischen Kommunikationsprozesse zu liefern. Nicht nur kann aus dem Sein nicht auf das Sollen zurückgefolgert werden, auch die Bewertung des Seins vor dem Hintergrund des Sollens ist problematisch, wenn dem Sollen Idealisierungen zugrunde liegen, die eine Kluft zur Empirie aufreißen.<sup>69</sup>

Die Problematik der Anwendung Habermas auf die Empirie soll anhand eines speziellen Falls, der Untersuchung von real vorkommenden Verhandlungen, vertieft werden. Zwar sind Verhandlungen etwa im Gegensatz zu politischen Diskussionen viel weniger im Zentrum der Habermas'schen Ansprüche, das Auftauchen kommunikativen Handelns wäre eher kontraintuitiv in einem Bereich, der durch strategisches Handeln gekennzeichnet zu sein scheint. Doch zum einen ergibt sich aus der These des Originalmodus des kommunikativen Handelns, dass auch in strategischen Verhandlungen die Teilnehmer nicht auf kommunikatives Handeln verzichten können, und zum anderen hat sich an dieser Frage eine Diskussion insbesondere unter Politologen entwickelt, die auf eine empirische Lesart verweist, aus der für die hier vorliegende Arbeit interessante Abgrenzungen gewonnen werden können. Implizit von dieser Diskussion ausgehend, lässt sich folgern:

»Statt wie Jürgen Habermas Argumentationen im Rahmen deliberativer Politik als ›kooperativen Wettbewerb um bessere Argumente‹ (Habermas 1996a: 61) in struktureller Homologie zum idealen Markt zu fassen (vgl. Elster 1986; Nullmeier 1995) und sie als rationales und depersonalisiertes Prozessieren von Behauptungen, Gründen, Geltungsansprüchen und Geltungszuschreibungen zu

---

69 Vgl. dazu Peters 2000: 279.

begreifen, ist ein Modell des Argumentierens zu entwickeln, das *Argumentieren in Entscheidungssituationen als sozialen Akt* begreift« (Hurrelmann et al. 2002: 560f., Hervorh. im Orig.).

Die Kritik an der These, bei Diskursen handle es sich letztlich um Argumentation, also um einen spezifischen Modus der Kommunikation neben anderen möglichen, liegt darin, dass damit das Primat des kommunikativen Handelns als eine moralisch ausgezeichnete, weil zu normativ bindendem Einverständnis führende Form des Handelns aufgebrochen wird. Diskursive Kommunikation ist demnach »nur« Argumentation, sie kann neben und im Vergleich mit anderen Formen analysiert und bewertet werden, hat aber keine normativ begründete Vorrangstellung mehr. Das ist bei Habermas noch anders. Wie Krämer sagt, sieht er »Argumentieren als Fluchtpunkt allen Kommunizierens« (Krämer 2001: 90). »Der prosaische Sinn der Idealisierungsstrategie besteht darin, das Argumentieren zu einem Prototypus für das zu machen, was als ›Kommunikation‹ gilt. Das Argumentieren ist dann ›reine Kommunikation‹« (Krämer 2001: 89). Für Habermas besteht also der Zusammenhang zwischen dem Argumentieren und der normativen Geltung von Aussagen darin, dass Aussagen, solange sie argumentativ gerechtfertigt werden können, auch Geltung haben.<sup>70</sup>

Nach Holzinger (die hier stellvertretend für eine ganze Debatte in der »Zeitschrift für internationale Beziehungen« steht) lassen sich Verhandeln und Argumentieren als die zwei für politische Aushandlungsprozesse wesentlichen Kommunikationsformen jedoch gerade nicht durch die Handlungsmotive der Sprechenden unterscheiden, sondern

70 Daran schließt sich eine weitere Kritik an, die hier jedoch nur am Rande erwähnt werden soll: die logoszentrierte Betrachtung von Sprache. Habermas konzipiert den Diskurs weitgehend nach der Logik spezifischer Teilsysteme der Gesellschaft. Krämer verweist auf das Rechtssystem, ebenso ließe sich aber auch auf den wissenschaftlichen Diskurs als Modell verweisen (s. unten). Entgegen seiner selbst bekundeten Absicht – »Die Logik des Diskurses wird nur in Abhebung von ›logischer Notwendigkeit‹ erläutern können, was ›rationale Motivation‹ bedeutet; diese Erläuterung wird sich zirkulär auf den eigentümlich zwanglosen Zwang des besseren, weil einleuchtenderen Argumentes berufen müssen« (Habermas 1984a: 115f.) – muss Habermas doch auf die Logik zurückgreifen, denn die Argumentation soll sich ja gerade nicht an externen Einflüssen orientieren, sondern nur am jeweiligen Wahrheitsgehalt von Aussagen. Auch wenn die Anerkennung selbst nicht aus logischer Notwendigkeit folgt, so wirft dies aber immer zurück auf eine Diskussion nach akademischem Vorbild (wogegen sich auch die Kritik Bourdieus am scholastischen Denken bei Habermas richtet), und Habermas räumt der formalen Logik entsprechend auch den höchsten Stellenwert in seiner Hierarchie der Abstraktionsstufen sprachlicher Analyse ein (Habermas 1984a: 92).

vielmehr nach dem Kontext, in dem sie empirisch vorkommen, also dem Konfliktgegenstand, zu dessen Lösung sie eingesetzt werden. Der Idealtypus des Verhandeln beschreibt demnach

»die gegenseitige Anpassung der Forderungen und Wünsche entweder im Wege des Nachgebens durch Verzicht auf das eigene Idealziel oder das voraussetzungslose bzw. durch relative Machtverhältnisse beförderte Anerkennen der Forderungen des anderen. Das idealtypische Argumentieren dagegen versucht, den anderen durch Überzeugen zum Verzicht auf seine Anschauung oder Position zu bringen. Es appelliert an Einsicht, nicht an Bereitschaft. *Zweifellos sind Argumentieren und Verhandeln unterschiedliche Kommunikationsmodi. Der eigentliche Unterschied liegt nicht in den Handlungsmotiven, sondern in der Art des Konfliktgegenstands.* Dieser entscheidet, welcher Kommunikationsmodus gewählt werden muss, kann oder darf« (Holzinger 2001a: 268, Hervorh. im Orig.).

Es gibt somit also gute Gründe, von der besonderen Auszeichnung des Argumentierens als eines normativ überlegenen Kommunikationsmodus abzusehen. Sicher kann durch Argumentation Einverständnis hergestellt werden, aber nur solange die Teilnehmer akzeptieren, dass nur argumentative Beiträge Geltung haben sollen. Daher sind institutionelle Vorkehrungen zu treffen, die die Geltung der Ergebnisse des Diskurses erst sicherstellen; von einem »zwanglosen Zwang« kann also nicht die Rede sein (vgl. auch Pellinzoni 2001). Während sich dieses Argument noch konsistent mit Habermas' Theorie in Einklang bringen lässt, ist jedoch auch davon auszugehen, dass die Chancen zur rationalen Argumentation bei den an einem Konflikt Beteiligten nicht gleichverteilt sind, zum einen, was ihre Kompetenzen als Sprecher angeht, zum anderen, was die Eignung des Konfliktgegenstandes für einen Diskurs angeht.

Was die Sprecherkompetenzen angeht, so sind die Fähigkeiten zur rationalen Argumentation sicher ungleich in der Gesellschaft verteilt.<sup>71</sup> Und selbst unter Sprechern mit einer vergleichbaren Kompetenz sind die praktischen Bedingungen eines Diskurses, die Einbettung des Diskurses in Zeit und die Wirkungen der Zeit auf den Diskurs nicht zu unterschätzen. Ein Argument oder eine Gegenthese ergibt sich vielleicht erst durch längeres Nachdenken oder die Diskussion mit anderen – Möglichkeiten,

---

71 Habermas gesteht zwar den idealisierenden Zug, den er hier vornimmt, ein, will aber letztlich an einer anthropologischen Begründung rationalen Konsenses festhalten, eine Argumentation, die nur von der grundlegenden Gleichheit aller Menschen ausgehen kann. Hintergrund ist der Universalisierungsanspruch seiner Formalpragmatik, der sich nicht nur von unterschiedlichen Kontexten nicht beeindrucken lassen will, sondern auch nicht von unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen.

die zwar im idealen Diskurs gegeben sein mögen, in der realen Diskurspraxis jedoch nicht zur Verfügung stehen.

Was die Eignung von Konfliktgegenständen für Diskurse angeht, so setzen Argumentationen faktische Kenntnisse, also Wissen über den Gegenstand voraus, der zur Diskussion steht. Argumentativ lässt sich also nur begründen, worüber bereits genügend Kenntnisse bestehen. Bei allen Fragen, die durch eine temporäre oder gar grundsätzliche Unsicherheit gekennzeichnet sind, schaffen Diskurse daher eher Probleme, als dass sie zu einer Lösung beitragen könnten. Ein Beispiel dafür sind Fragen der Umweltpolitik, die Voraussagen über Folgen heutiger Entscheidungen bis weit in die Zukunft hinein erforderlich machen und regelmäßig zeigen, dass die nötige Faktenlage nicht hinreichend geklärt ist, um zu einer Entscheidung beitragen zu können. Solange Habermas an dem Weltbezug von kommunikativem Handeln als zentralem Merkmal festhält, bleiben diese Beispiele ein Problem.

In beiden Fällen kann Habermas der Argumentation nur dadurch begegnen, dass er auf den nicht empirischen, idealen Charakter des Diskurses und seiner Bedingungen verweist, die in realer Kommunikation nur vorausgesetzt werden, nicht jedoch tatsächlich erfüllt sein müssen. Diese Argumentation bedeutet jedoch ein Ausweichen in die normativistische Interpretation, der empirische Anspruch lässt sich demgegenüber nicht mehr aufrechterhalten. Jedoch bleibt selbst bei dieser Ausweichstrategie notwendiges Kriterium, dass die Bedingungen eines Diskurses potentiell erfüllbar sein müssen – eine These, die vor dem Hintergrund dieser Argumente angezweifelt werden darf. Und schließlich verändert sich unter der Voraussetzung ungleicher Chancen in argumentativen Diskussionen der Charakter von Argumenten. Sind sie in der Habermas'schen Sichtweise reiner Selbstzweck der Verständigung, so werden sie nun durchaus zu Mitteln, um bestimmte andere Zwecke zu erreichen. Denn die argumentativ begünstigte Seite kann sich sowohl der Argumente als auch der These der normativen Höherwertigkeit von Argumenten bedienen, um sich in der Diskussion einen Vorteil zu verschaffen. Argumente werden so zu Waffen in einem Kampf um Geltung, die normative Bindungskraft rationaler Argumente zu einem Spieleinsatz unter den Kontrahenten in einem Konflikt-Diskurs.

## **Eine Zwei-Welten-Theorie der Kommunikation?**

Nach diesem Ausflug in die empirischen Gefilde soll abschließend ein Kritikpunkt diskutiert werden, der die bisherigen Aspekte umfasst und gleichzeitig verallgemeinernd zusammenführt. Es geht um das der Theorie zugrunde liegende Weltbild, man könnte auch sagen Paradigma,

zweier getrennter Welten, der Empirie und der Theorie, des Interesses und der Vernunft oder auch der Handlung und der Reflexion. Wie bereits durch die zwei Interpretationsvorschläge angedeutet, stellt sich Habermas' Theorie letztlich als zwiegespalten dar zwischen den Anforderungen einer praktischen Philosophie, wie sie in der an normativen Aspekten interessierten Interpretation im Vordergrund steht, und denen einer auf die Empirie bezogenen soziologischen Theorie, die entsprechend in der auf empirische Anwendbarkeit abzielenden Ausdeutung vorherrscht. Zum Problem wird diese Gespaltenheit, weil die Theorie beide Bereiche behandeln möchte, die Verbindung bzw. der Übergang zwischen beiden jedoch nicht plausibel gemacht werden kann.

Die Spaltung lässt sich am Begriffspaar der Kommunikation und des Diskurses bzw. des Handelns und des Reflektierens deutlich machen. Während Habermas eine Kommunikationstheorie der Gesellschaft aufstellen möchte (vgl. Habermas 1984a: 59ff.), also das Phänomen der Kommunikation zur Grundlage einer Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit machen will, betritt er mit dem Begriff des Diskurses, in der oben erläuterten idealistischen Form, die der Begriff bei ihm hat, eine Welt, die nicht mehr mit den empirisch beobachtbaren Phänomenen der Kommunikation zu tun hat. Habermas selbst unterscheidet Kommunikation und Diskurs in dieser Weise:

»Wir können mithin zwei Formen der Kommunikation unterscheiden: *kommunikatives Handeln* (Interaktion) auf der einen Seite, Diskurs auf der anderen Seite. Dort wird die Geltung von Sinnzusammenhängen naiv vorausgesetzt, um Informationen (handlungsbezogene Erfahrungen) auszutauschen; hier werden problematisierte Geltungsansprüche zum Thema gemacht, aber keine Informationen ausgetauscht« (Habermas/Luhmann 1971: 115).

Diese Teilung (die sich im Übrigen auch noch in der »Theorie des kommunikativen Handelns« und späteren Werken findet) wird verdeckt durch die Entscheidung, nicht Kommunikation im eigentlichen Sinne, sondern Sprache zum Ausgangspunkt der Sozialtheorie zu nehmen.

»Die Sprache ist ein Medium, das zugleich den Vollzug eines Handelns und seine Dispensierung ermöglicht, indem sie zwei Formen des Sprachgebrauches bereitstellt: die alltägliche Kommunikation und den Diskurs, in und durch den wir uns befreien können von Missverständnissen, Verstrickungen und Zwängen, die dem Kommunikationsgeschehen eigen sind« (Krämer 2001: 74).

Sprache ist demnach ein übergreifendes Moment, in dem die beiden Welten sich vereint zeigen. Habermas vollzieht den Schwenk von Kommunikation zu Sprache als grundlegendem Paradigma im Zuge der

Aneignung der Sprechakttheorie. Die Sprechakttheorie ist zunächst eine linguistische Theorie der Sprache (Austin), mit allerdings starker Betonung der pragmatischen Dimension im Gegensatz zur syntaktischen oder semantischen. Zur Grundlage einer soziologischen Kommunikationstheorie wird sie durch die Verbindung von Illokutionen mit Intersubjektivität, also mit der Verbindung der Intentionen des Sprechers und der Bereitschaft des Hörers, sich auf diese einzulassen. Diese Wendung ist Habermas zu verdanken.

Trotz des Versuchs, auf dieser Basis eine Kommunikationstheorie (und auf dieser wiederum eine Gesellschaftstheorie) aufzubauen, gelingt es ihm jedoch nicht, die Ebene der Kommunikation mit der Ebene der Reflexion, der Kritik der in den Sprechakten implizierten Geltungsansprüche zu verbinden. Unseres Erachtens liegt die Problematik dabei im Begriff der Vernunft, der für die Ebene des Diskurses reserviert bleibt. Mit dem Rekurs auf Vernünftigkeit bzw. vernünftiger Rede gewinnt Habermas zwar den gewünschten Universalcharakter seiner Theorie, was die normative Seite angeht. Gleichzeitig ergeben sich jedoch Probleme, die andere, empirische Seite noch beschreiben zu können. Dies gelingt zwar, jedoch nur als vermachtete, verzerrte Kommunikation vor dem Hintergrund des idealen, vernünftigen Kommunizierens im Diskurs. Die Trennung der beiden Ebenen wird dadurch besiegelt, denn dieses defizitäre Kommunizieren kann nun nicht mehr zur Grundlage des Diskurses werden, der doch eigentlich auf Kommunikation beruhen sollte. Wie aber soll in Diskursen kommuniziert werden, wenn nicht kommuniziert werden kann, weil dies das Unreine in den Diskurs importieren würde?

Habermas bietet insgesamt zwei Wege an, die die beiden Ebenen verbinden sollen: Erstens die (beinahe) transzendente Wende, wonach die Kommunikation in der real beobachtbaren Gesellschaft ihrerseits auf der Grundlage des Diskurses, speziell der Präsupposition der Bedingungen der idealen Sprechsituation beruhen soll. Dies erscheint zum einen als Zirkel, zum anderen bleibt unklar, wie dies auf nicht-transzendentalen Weg geschehen soll. Ideale Sprechsituationen werden von Habermas nämlich nicht etwa als transzendente Bedingungen der Möglichkeit von Kommunikation angeführt, sondern als faktisch in der Kommunikation operativ wirksame Unterstellungen. Das hieße aber, den Kommunizierenden mit der stets mitlaufenden Kalkulation aller möglichen sich ergebenden Diskurse seiner und der Äußerungen anderer Sprecher zu überfordern.

Außerdem stützt sich der Diskurs auf das Argumentieren, und dieses entspringt weit weniger der Lebenswelt, worin sie Habermas verankert, sondern vielmehr der systemischen Welt, etwa dem akademischen Diskurs, in dem sich das Argumentieren in einer langen Tradition der Rhe-

torik und des Diskutierens herausgebildet hat (vgl. Krämer 2001: 272), oder dem Rechtssystem, in dem sich die Tradition der Begründung von moralischen Urteilen erst herausbilden und institutionalisieren musste, die Habermas nun für seinen Diskursbegriff in Anspruch nimmt (vgl. Krämer 2001: 83: »Der Diskurs wird zum Gerichtshof der Kommunikation«). Insofern kann man ihm also durchaus eine Verwechslung von Gegenstandsbereichen vorwerfen, wenn er den Diskurs in der Lebenswelt verortet und die Verzerrungsfaktoren und externen Einflüsse in den Systemen, tatsächlich aber die Voraussetzungen der vernünftigen Rede sich erst mit der Entwicklung funktional differenzierter Sphären der Gesellschaft entwickeln (was von Habermas in »Strukturwandel der Öffentlichkeit« ja auch dargestellt, allerdings anders interpretiert wird) und auf die lebensweltliche Kommunikation, die mit Leggewie als »dreckige« und keineswegs als reine vorgestellt werden muss, zurückwirken (vgl. zu dieser Argumentation auch Bourdieu 2001: 85ff.).<sup>72</sup>

Der zweite Weg der Verbindung stützt sich auf die empiriebezogene Komponente in Habermas' Theorie. Habermas schlägt vor, die real vorkommenden Diskurse als Verwirklichung der idealen Diskurse zu betrachten, die für ihn zum kommunikativen Handeln gehören. Genau wie er von einer »methodisch kontrollierten« Rückführung der Idealisierung der Theorie spricht, kann er auch davon ausgehen, dass die Diskurse der Politik und des Rechts eine Vorstufe von »reinen« Diskursen sind, in denen die Bedingungen idealer Sprechsituationen näherungsweise verwirklicht sind. Wiederum fällt auf, dass die Beschreibung der Empirie nur als minderwertig, als Approximation an das Ideal möglich ist. Außerdem steht dieses Argument orthogonal zu dem der kontrafaktischen Unterstellung – wenn wir die Idealisierung faktisch erreichen können, warum müssen wir sie dann kontrafaktisch unterstellen? Wie lässt sich die Macht der Verzerrungsfaktoren eindämmen, die doch angeblich im Widerspruch zum kommunikativen Handeln stehen? Keine der beiden aufgezeigten Verbindungsmöglichkeiten kann daher letztlich überzeugen, in ihrer Dualität bestätigen sie eher die These der Zwiespaltenheit der gesamten Theorie. Habermas bleibt eine Erklärung schuldig, wie denn in Diskursen prozessiert wird, wenn nicht durch Kommunikation, also unter Bedingungen gesellschaftlicher Einflussfaktoren? Somit bleibt der Diskursbegriff selbst unterbestimmt – was ihn insbesondere für eine Anwendung auf real ablaufende Diskussionsprozesse problematisch macht.

---

72 Kieserling dagegen lobt Habermas' Analyse der Reflexionstheorien der systemischen Teilbereiche als Versuch, diese aus der externen Perspektive des kommunikativen Handelns ernst zu nehmen und in diese und damit in die Lebenswelt zu reintegrieren (vgl. Kieserling 2000).

## Theorie des Diskurses oder Diskurstheorie?

Diese Kritikpunkte münden schließlich in einer skeptischen Bewertung der Eignung der Habermas'schen Diskurstheorie für eine theoretische Beschreibung von Diskursen. Als Fazit der Diskussion lässt sich festhalten, dass die Habermas'sche Diskurstheorie keine überzeugende Theorie des Diskurses liefern kann – sofern man diesen nicht als ethisches Problem definiert, sondern als real ablaufendes kommunikatives Geschehen. Damit ist weder gemeint, dass eine Theorie des Diskurses nicht normativ sein sollte – die Analyse ergibt vielmehr, dass Habermas durchaus die richtigen Fragen (nämlich zugleich empirische als auch normative) stellt und zu in ihren praktischen Konsequenzen überaus interessanten Antworten kommt. Allein seine theoretische Begründung bzw. Herleitung vermag nicht zu überzeugen, da sie den selbst aufgestellten Anspruch einer kommunikationstheoretischen Fundierung der soziologischen Theorie nicht erfüllen kann.

Habermas Ergebnis ist eine *Diskursethik*. Er kann den Diskurs nur normativ setzen und ihn in seinen Einzelheiten vorgeben, nicht aber von empirischen Gegebenheiten ausgehend abstrahieren und diese auf ihn einrichten. Jeder tatsächliche Diskurs kann nur als mehr oder weniger negativ charakterisiert werden vor dem normativ selbstgesetzten Ideal des Diskurses. Als Problem der Ethik lässt sich dieser Diskursbegriff rechtfertigen, nicht aber als ein analytisches Instrumentarium für die Untersuchung der Bedeutung und Leistungen von Diskursen.

In dieser Schlussfolgerung treffen sich die inhaltlichen Kritikpunkte (Abschnitte a und b) mit der Kritik am Dualismus der Theorie (Abschnitt c). Sie weist außerdem über die reine Fragestellung dieser Arbeit hinaus auf ein grundlegendes Problem der Habermas'schen Theorie, nämlich das, nur unzureichend reflektieren zu können, was ihre tiefste Grundlage ist. Es geht letztlich um ein Paradigmen-Problem: Die von Habermas gewählte Ausgangstheorie – die Sprechakttheorie – kann der Kritik nicht standhalten, wenn sie von dem eigentlich linguistischen Anwendungsbereich auf gesellschaftliche Phänomene übertragen wird.

Insofern ist abschließend festzustellen, dass Habermas keine kommunikationstheoretische Grundlegung der Gesellschaftstheorie gelingt, weil seine Kommunikationstheorie erhebliche Mängel aufweist. Für eine Betrachtung von Diskursen und eine Theorie des Diskurses ist ein klarer und gesicherter Begriff von Kommunikation jedoch zentraler Ausgangspunkt (selbst Derrida, der die Frage der Möglichkeit eines einheitlichen Kommunikationsbegriffes aufwirft, arbeitet letztlich mit einem bestimmten, einheitlichen Begriff von Kommunikation). Auch die beiden Interpretationsweisen, die oben als in sich konsistente, wenn auch je ein-

seitig gewichtende Lesarten der Theorie von Habermas dargestellt wurden, sind anfällig für Kritik: die empiriebezogene, weil sie der theoretischen Grundlage in einem Begriff von Kommunikation gerade entbehrt, die normativ ausgerichtete, weil sie nur eine Theorie der Ethik liefern kann, nicht aber auf den materialen Gegenstand »Diskurs« anwendbar ist.

Was lässt sich darüber hinaus von dieser letztlich zwangsläufig an der Oberfläche verbleibenden Auseinandersetzung mit dem umfangreichen und in steter Weiterentwicklung befindlichen Werk von Habermas lernen, in der dennoch einige zentrale Fragen und Probleme aufgeworfen wurden? Wir halten fest, dass an Diskurse (gerade an real beobachtbare) bestimmte Erwartungen gestellt werden können. Diese betreffen zum einen die Rationalität und Legitimität, aus der sich auch eine normenkritische Funktion ergibt, zum anderen aber auch Aspekte wie die schöpferische Kraft oder Kreativität, die einem Diskurs innewohnt (zu denken ist etwa an die Fähigkeit, in einem Diskurs die Problemsicht zu definieren bzw. zu modifizieren),<sup>73</sup> sowie die soziale Integration, die von einem Diskurs gestiftet werden kann, wenn durch ihn Probleme der Exklusion überwunden werden. Diese Eigenschaften sind zunächst plausibel erscheinende Errungenschaften diskursiver Praktiken. Nun ist zu fragen, woher solche Ergebnisse von Diskursen rühren und welche alternativen Theoriebausteine sie erklären können?

Daneben erscheint die grundlegende Argumentationsstruktur bei Habermas ausgesprochen interessant und vielversprechend. Habermas geht im Wesentlichen davon aus, dass aus bestimmten prozeduralen Eigenschaften der Kommunikation, das heißt also aus dem Wechselspiel von Strukturaspekten und der Dynamik von Kommunikationsprozessen, bestimmte inhaltliche bzw. substantielle Eigenschaften folgen. Bei Habermas sind dies wie erläutert die eben erwähnten Errungenschaften von Diskursen, also ihre normative, sozial-integrative und kreative Wirkung, die sich aus den Bedingungen eines idealen Diskurses, also der Reziprozität, der Öffentlichkeit, der Gleichberechtigung, des ernsthaften Mitwirkens etc. ergeben.

Auch wenn bezüglich solcher Erwartungen und Zumutungen an Diskurse zunächst Skepsis angesagt ist, diese also wie oben dargelegt den Ausgangspunkt, nicht aber das Ergebnis von Untersuchungen bilden, können wir dieses Argumentationsmuster als Kriterium bzw. Leitlinie für die empirische Analyse von Diskursen übernehmen: Welche

---

73 Vgl. auch Joas (1992), der seine Handlungstheorie insbesondere auf diesen Aspekt aufbaut und dazu unter anderem – gewissermaßen an Habermas vorbei – auf Gedanken von Peirce zurückgreift (ebd.: 197).

prozeduralen Eigenschaften, welche Kombinationen von strukturellen und dynamischen Aspekten eines Diskurses sorgen für welche inhaltlichen Ergebnisse, Verläufe oder Entwicklungen im Diskurs? Neben Grundlagen für das Modell des Spiels als Beschreibungsform von Diskursen, das in kritischer Abgrenzung zu Habermas gewonnen wurde, haben wir weitere Anhaltspunkte sowohl für Fragestellungen als auch für Erklärungsstrategien gefunden, die in der hier zu unternehmenden Analyse weiterverfolgt werden sollen.

